

**Initiativ,
Zeitung der Initiative
Österreichischer Atomkraftwerks-
gegner (IÖAG)**

„In den nächsten Monaten werden Millionen von E-Wirtschaft und Industrie für die Atomkraftwerkspropaganda rollen. Wir haben keine Millionen, dafür haben wir die Tatsachen auf unserer Seite – Tatsachen, die noch zu wenig bekannt sind, Tatsachen, die von Euch im und durch ‚Initiativ' bekanntgemacht werden müssen“, schreibt die „Initiativ“-Redaktion in „Initiativ“ Nr. 5. *Einzelpreis S 5,-* Zu beziehen über: IÖAG, 1071 Wien, Postfach 138


Klassenkampf
Sowjetunion raus aus der CSSR!

Klassenkampf, Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Österreichs

Der „Klassenkampf“ erscheint jeden zweiten Montag. Ab Anfang Oktober erscheint er wöchentlich.
Jahresabonnement: S 150,-
Halbjahresabonnement: S 75,-


Razredni boj

Razredni boj, eine besondere slowenische Ausgabe des Klassenkampf

erscheint seit Anfang August auf Beschluß des Zentralkomitees des KB monatlich.
Einzelpreis S 4,-
Halbjahresabonnement S 35,-
Jahresabonnement S 70,-



**NEIN zu
Zwentendorf
Broschüre des
Kommunistischen Bundes Österreichs**

24 Seiten **Preis S 10,-**
Zu beziehen über Alois Wieser Ges.m.b.H., Vertrieb revolutionärer Literatur und Schallplatten, 1042 Wien, Postfach 13

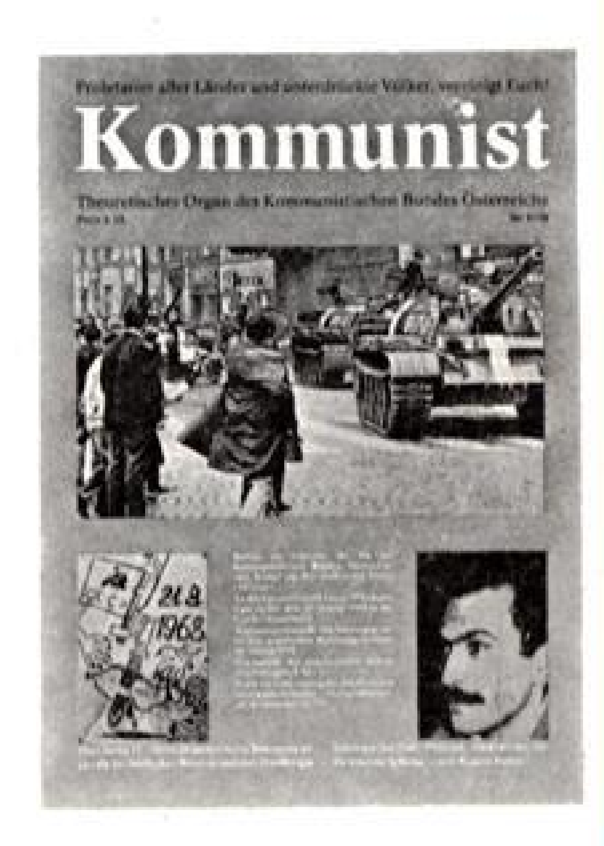

Programm und Statut
des
Kommunistischen Bundes
Österreichs

KB

Kommunistischer Bund Österreichs

**Programm und Statut
des Kommunistischen
Bundes Österreichs**

erhältlich in deutsch und slowenisch sowie in serbokroatischer Übersetzung
Preis S 5,-


Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!
Kommunist
Theoretisches Organ des Kommunistischen Bundes Österreichs

Kommunist, theoretisches Organ des Kommunistischen Bundes Österreichs

erscheint monatlich.
Einzelpreis S 18,-
Halbjahresabonnement S 122,50
Jahresabonnement S 245,-

Zu beziehen über: Alois Wieser Ges.m.b.H., Vertrieb revolutionärer Literatur und Schallplatten, 1042 Wien, Postfach 13

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

Kommunist

Theoretisches Organ des Kommunistischen Bundes Österreichs

Preis S 18,-

7/78



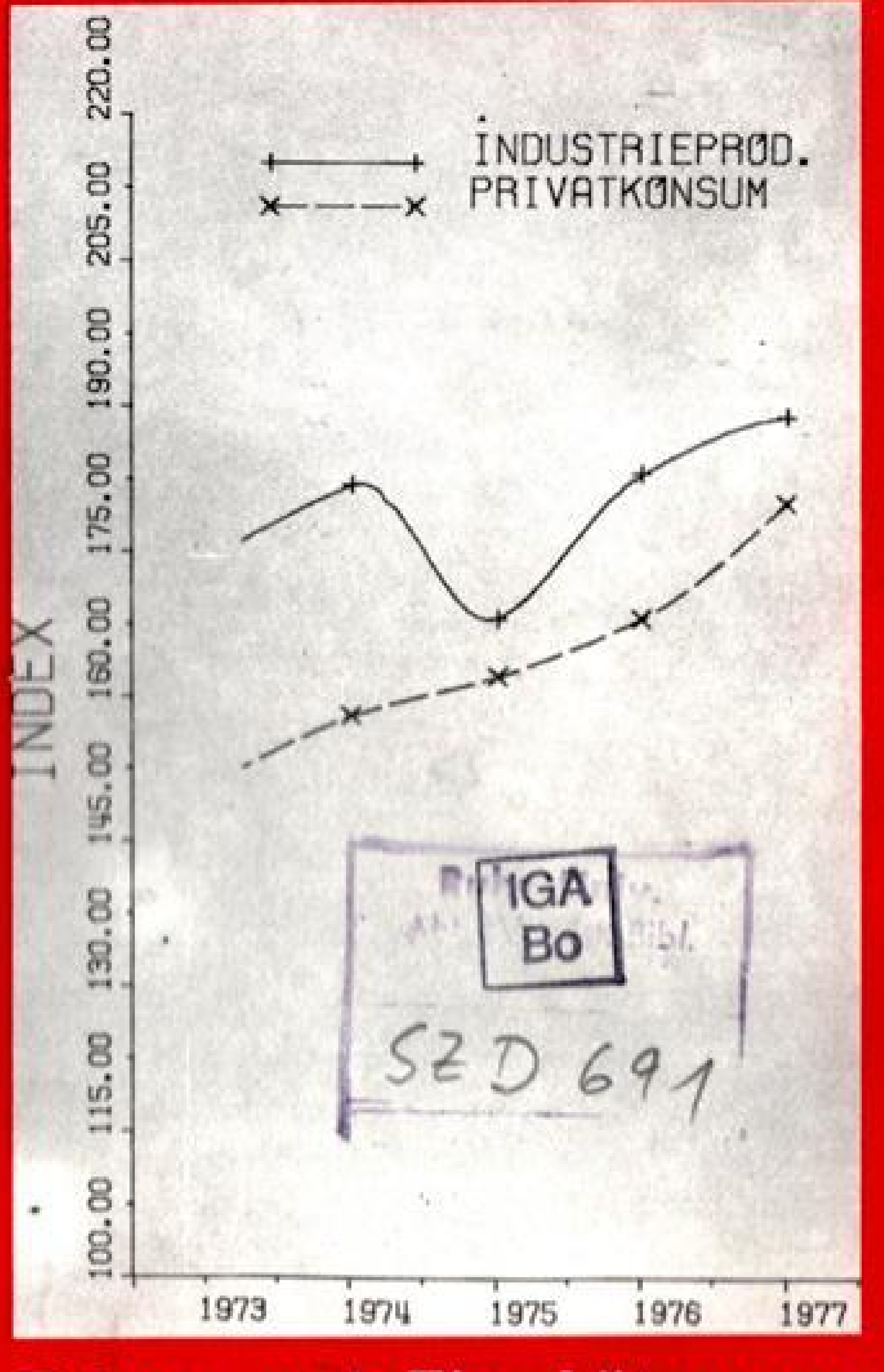
Die Kriegsvorbereitungen der USA in Südkorea

Wachsende Steuerausplünderung der Volksmassen durch den Staat – die Tatsachen sprechen für sich

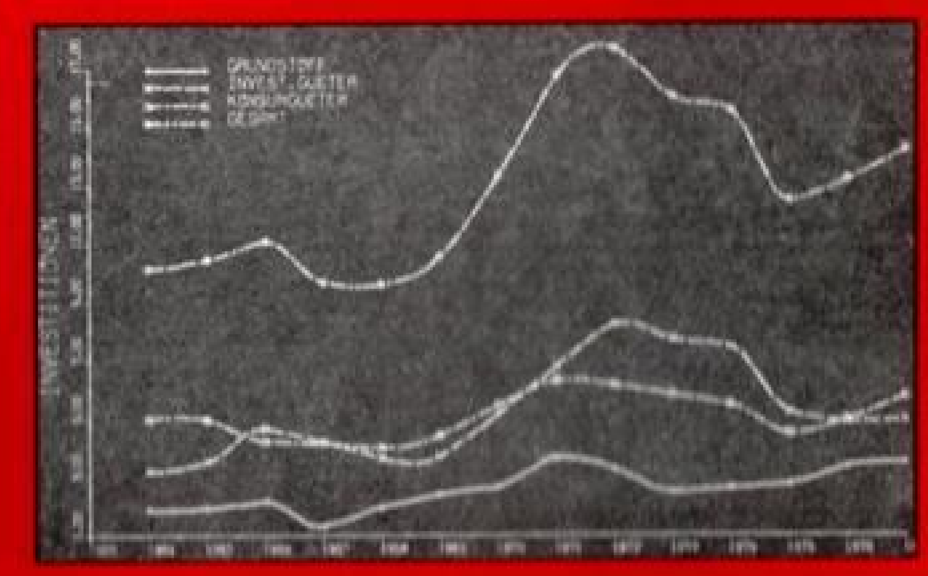
Über die Einseitigkeit in der politischen Arbeit

Minderheitenunterdrückung in den USA





Fakten und Einschätzungen zur Krise 1975



Alois Wieser Ges.m.b.H.
Vertrieb revolutionärer Literatur und Schallplatten

1042 Wien, Postfach 13

Kommunist

Inhalt

Kommunist — Theoretisches Organ des Kommunistischen Bundes Osterreichs, **erscheint monatlich. Einzelpreis:** S 18,-. **Abonnementpreis-Inland:** Halbjahr S 122,50, Ganzjahr S 245,-. **Abonnementpreis-Ausland:** Halbjahr S 137,50, Ganzjahr S 275,-. **Bestellungen an:** Alois Wieser Ges.m.b.H., Vertrieb revolutionärer Literatur und Schallplatten, 1042 Wien, Postfach 13. **Redaktionsadresse:** Redaktion Kommunist, 1042 Wien, Postfach 52.

Fakten und Einschätzungen zur Krise 1975

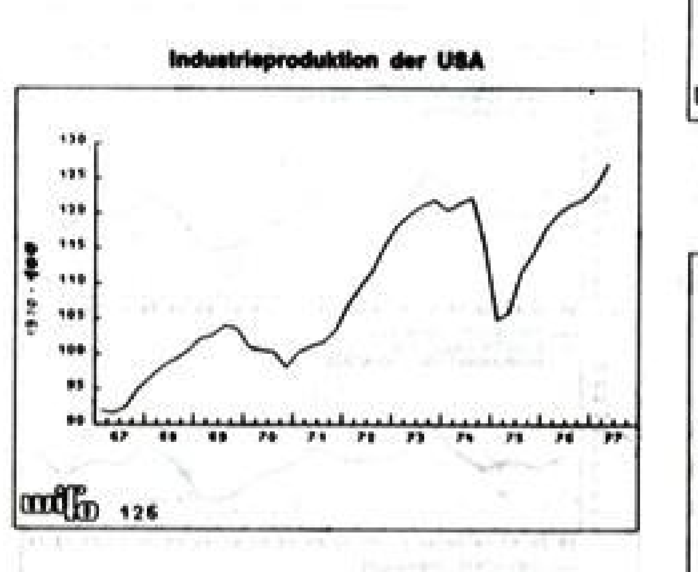
1974/75 trat die kapitalistische Weltwirtschaft in die größte Überproduktionskrise seit der großen Weltwirtschaftskrise 1928 ein. In der „Resolution zur politischen Lage in der Welt und in Österreich" der Gründungskonferenz des KB Österreichs halten wir zu dieser Krise fest: Die politische Krise des Imperialismus auf der Welt und in Österreich *„hat 1974 und 1975 besondere Schärfe gewonnen durch das Zusammenfallen einer äußerst raschen Beschleunigung des Vormarsches der Dritten Welt und der damit verbundenen Einengung des Spielraums und Schwächung des Imperialismus auf der einen Seite und der schwersten Wirtschaftskrise der Nachkriegszeit auf der anderen Seite. Der Imperialismus hat sich bis heute nicht aus dieser Krise erholt und hat auch keine guten Aussichten in dieser Richtung. Seine politische Krise vertieft sich weiter rasch und er hat weitere entscheidende Niederlagen in Aussicht wie z.B. im Südlichen Afrika. Vor diesem Hintergrund, angesichts des anhaltenden und durch die bisherige Kapitalvernichtung nicht gelösten Widerspruchs zwischen der vorhandenen Produktionskapazität und der beschränkten Konsumtionskraft der Massen und angesichts der Zerrüttung der kapitalistischen Wirtschaft ist heute ein einigermaßen dauerhafter, tiefgreifender und allgemeiner Aufschwung der kapitalistischen Produktion unmöglich. Phasen der relativen Stabilisierung sind möglich, aber sie sind nur zeitweilig, erfassen jeweils nur einen Teil der Produktion und der entwickelten kapitalistischen Länder und tragen in sich den Keim eines noch tieferen Absinkens in die Krise. Sie sind eine oberflächliche und vorübergehende Erscheinungen. Jenseits dieser Erscheinungen ist mit der weiteren Vertiefung und dem Anhalten der Krise oder dem Übergang in eine Phase der Depression zu rechnen."*

Diese Einschätzung der Resolution über die Aussichten der Produktionsentwicklung hat sich seither bestätigt. Schauen wir uns den Hauptfaktor von Krise und Aufschwung, die Industrieproduktion in den größten westlichen imperialistischen Staaten an. In den USA, Japan, der BRD, Frankreich und Italien, hat die Industrieproduktion die Höchstwerte von vor der Krise 74/75 noch kaum überschritten. Bei Japan und den europäischen Ländern hat sich der Anstieg nach dem Einbruch in der Krise im letzten Jahr wieder abgeflacht und die Aussichten sind trüb. In den USA hat sich ebenfalls in den letzten Monaten der Anstieg verflacht. Das ist in der Grafik noch nicht verzeichnet (Man beachte die verschiedenen Skalen bei den Grafiken Abb. 1). In Großbritannien wurde noch nicht einmal annähernd der Wert der Industrieproduktion von 72/73 erreicht.

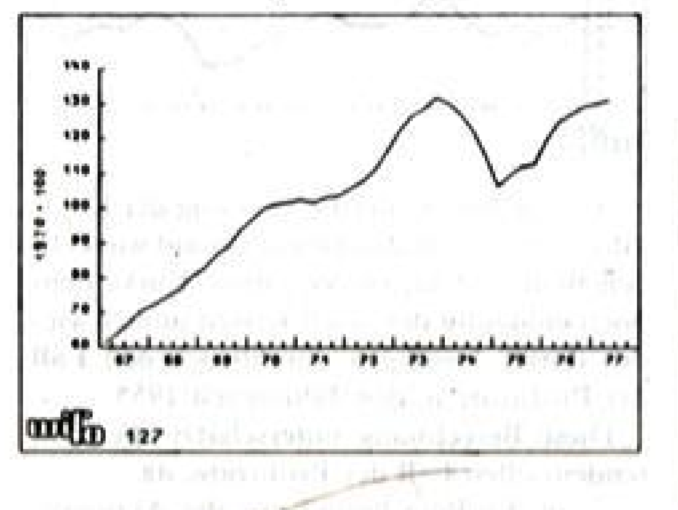
In keinem der Länder findet ein Boom wie in den beginnenden 70er-Jahren statt, oder gibt es Anzeichen eines solchen Booms. Selbst in den Ländern, in denen die Industrieproduktion gegenüber vor 75 gestiegen ist, sind es nur gewisse Branchen, denen es halbwegs gut geht, und sind vor allem in der übergroßen Anzahl der Branchen die Produktionskapazitäten gegenüber 72/73 so stark gewachsen, daß auch bei gleich großer Produktion die Auslastung der Anlagen schlecht ist, was die Profitrate der Kapitalisten drückt und weitere Investitionen natürlich bremst.

Abb.I.

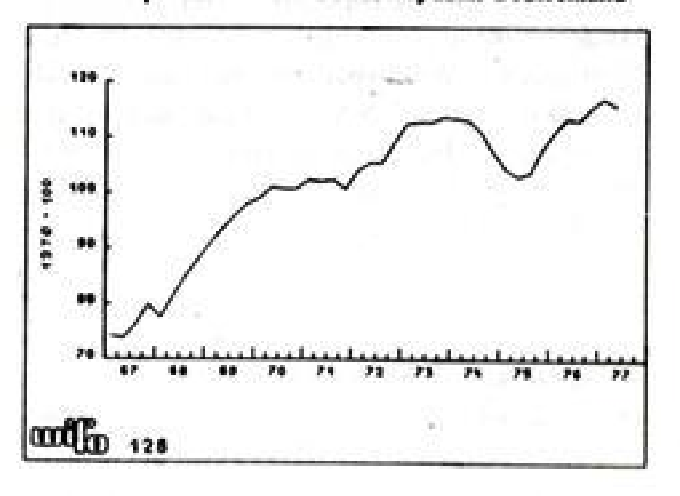
Industrieproduktion der USA



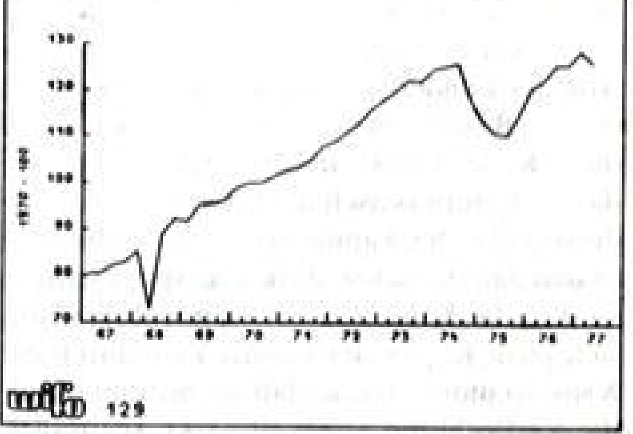
Industrieproduktion Japans



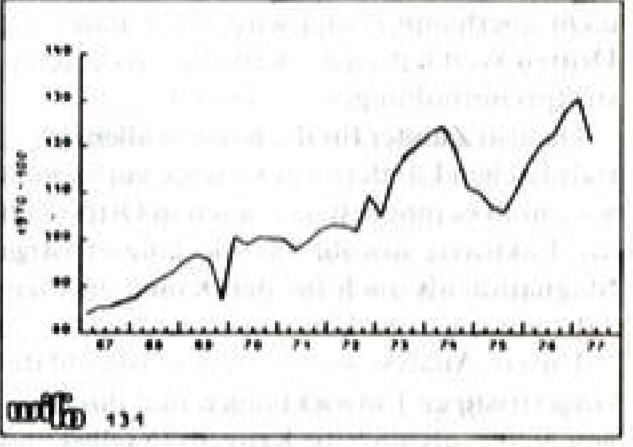
Industrieproduktion der Bundesrepublik Deutschland



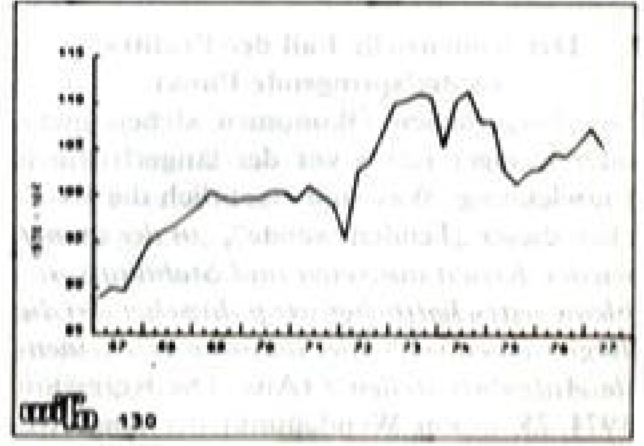
Industrieproduktion Frankreichs



Industrieproduktion Italiens



Industrieproduktion Großbritanniens



Eine Tendenzwende?

Langsam erkennen auch die bürgerlichen Ökonomen, daß mit der Krise 75 nicht nur ein einmaliger Einbruch der Produktion verbunden war, sondern, daß die Entwicklung ab 75 eine „Tendenzwende" anzeigt:

Ist 1950 — 1970 das Bruttonationalprodukt — eine Größe, die einen gewissen Anhaltspunkt über die Entwicklung der Produktion liefert — durchschnittlich um 4,5% pro Jahr in den westlichen imperialistischen Staaten gestiegen, so erhoffen die Ökonomen der OECD für die Jahre 78 — 82 unter günstigen Annahmen ein Wachstum von 3 — 3,5% in Europa — nämlich dann, wenn es in den USA um durchschnittlich 4% steigt und wenn sich „die Kooperation der Industrieländer zumindest nicht verschlechtert". Nun baut das 4%-Wachstum des Bruttonationalproduktes in den USA seinerseits nur auf die Hoffnungen der US-Wirtschaft und berücksichtigt auch keinesfalls, daß auch unter dieser Annahme — also einer echten US-Konjunktur in den Jahren 78 — 82 schon wieder die nächste Überproduktionskrise fällig wäre. Aber auch mit diesen optimistischen Annahmen ist es klar, daß *„sich der Abbau der Arbeitslosigkeit über Jahre als politisches Problem erweisen"* wird (Aus einem Gutachten des Wirtschaftsforschungsinstitut, WIFO) d.h., daß sich die Millionen Arbeitslosen in Europa, den USA und Japan nicht wesentlich verringern werden.

Die Krise 75 hat alle westlichen imperialistischen Länder innerhalb ganz kurzer Zeit erfaßt. Beinahe synchron schlitterten sie in diese Krise. Diese Gleichzeitigkeit zeigt an, daß sich in praktisch allen Ländern die Widersprüche der kapitalistischen Produktion in den Jahren davor stark zugespitzt hatten, so daß die Krise wie ein Steppenbrand um sich griff. Keines der Länder kam durch die Krise so unter Druck, daß es, bedingt durch die Verflechtung am Weltmarkt, sozusagen zur Krise gezwungen wurde. (Diese Gedanken werden von der SP-Regierung und der Gewerkschaftsspitze gern kolportiert, wenn nicht überhaupt gesagt wird, die Länder der Dritten Welt hätten die Krise durch die Rohstoffpreiserhöhungen „erzeugt").

Da also Zunder für die Krise in allen imperialistischen Ländern zur Genüge vorhanden war, muß es möglich sein, auch in Österreich die Faktoren sowohl für die längerfristige Stagnation als auch für den Krach im 75er-Jahr aufzeigen zu können.

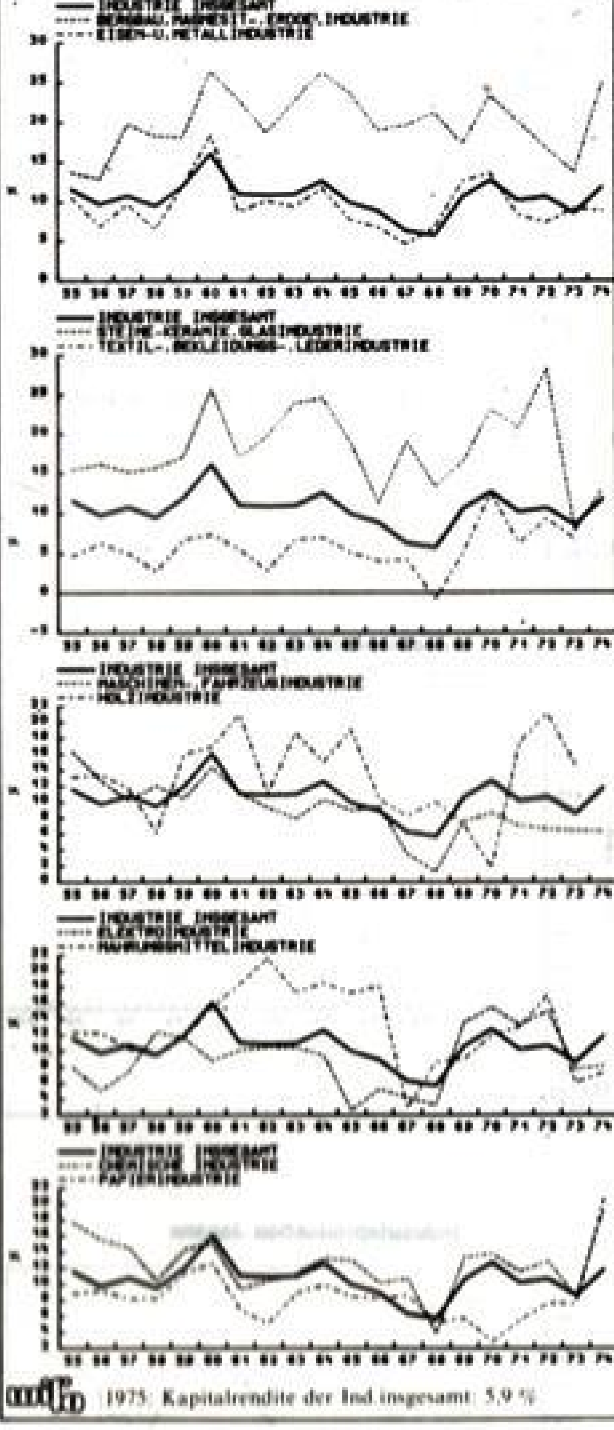
Unsere Analyse soll beitragen, sowohl die längerfristigen Entwicklungen und ihre Vorgeschichte, als auch die Krise ab 75 selbst und ihre Vorgeschichte besser einschätzen zu können.

Der tendenzielle Fall der Profitrate ist der springende Punkt

Die bürgerlichen Ökonomen stehen mehr oder weniger ratlos vor der längerfristigen Entwicklung. Was sind eigentlich die Ursachen dieser „Tendenzwende", *„in der immer wieder Krisen auftreten und Stabilitätsprobleme wirtschaftlicher wie politischer Art die Regierungen vor schier unlösbar erscheinende Aufgaben stellen"*? (Aus „Die Rezession 1974/75 — ein Wendepunkt der längerfristigen Wirtschaftsentwicklung", hrsg. vom WIFO). Warum wird jetzt weniger investiert, so daß das Wachstum der Produktion zurückgeht und ein „chronischer Mangel an Arbeitsplätzen" (ebenda) entstanden ist? Der Herr, der diese Fragen stellt — er ist Mitglied des deutschen Sachverständigenrates, ein Ratgeber des BRD-Finanzkapitals — meint dazu, wenn *„weltweit nicht so viele Arbeitsplätze geschaffen werden können, daß alle Arbeitswilligen einen Arbeitsplatz finden, dann muß das weltweit etwas damit zu tun haben, daß die Rentabilität dieser Arbeitsplätze zu niedrig ist."* Weniger geschwollen ausgedrückt heißt das, daß der Profit für die Kapitalisten auf ihr Kapital zu gering ist, und sie deshalb nicht oder zu wenig investieren.

Tatsächlich sinkt die Profitrate seit 1950 in den meisten imperialistischen Ländern — soweit überhaupt Berechnungen angestellt wurden. Auch in Österreich gibt es seit kurzem Untersuchungen über die Entwicklung der Profitrate seit 1955.

Kapitalrenditen der Industriebranchen



1975: Kapitalrendite der Ind.insgesamt: 5,9 %

Auch wenn bei der Berechnung der Kapitalrenditen der Industrie einiges auf wackeligen Beinen steht, so zeigt diese Kurve dennoch eindeutig den nach Krisen immer wieder durch Ansteigen durchbrochenen Fall der Profitrate in den Jahren seit 1955.

Diese Berechnung unterschätzt eher den tendenziellen Fall der Profitrate, da

— in die Berechnung nur die Aktiengesellschaften eingehen (nur sie veröffentlichen Bilanzen), und aus dem Vergleich mit anderen Berechnungen folgt, daß die *„Gewinnlage der Aktiengesellschaften am Beginn der 70er-Jahre etwas günstiger war als die im allgemeinen kleineren, stärker im Konsumgüterbereich konzentrierten restlichen Industriebetriebe."* D.h. für die Gesamtindustrie sinkt die Profitrate schneller als für die Aktiengesellschaften allein.

— die Inflation nur ungenügend berücksichtigt wird; die Gewinne sind in den Inflationsjahren ab 72, berücksichtigt man die Inflation, tatsächlich geringer.

Wenn also die Grafik in Abb. 2 auch nichts über die tatsächliche Höhe der gesamten Profitrate aussagt, und man auch über die längerfristige Tendenz an Hand dieser Grafik keine genauen Aussagen machen kann, so zeigt sie doch neben dem Auf- und Ab des Krisenzyklus eindeutig eine Tendenz nach abwärts.

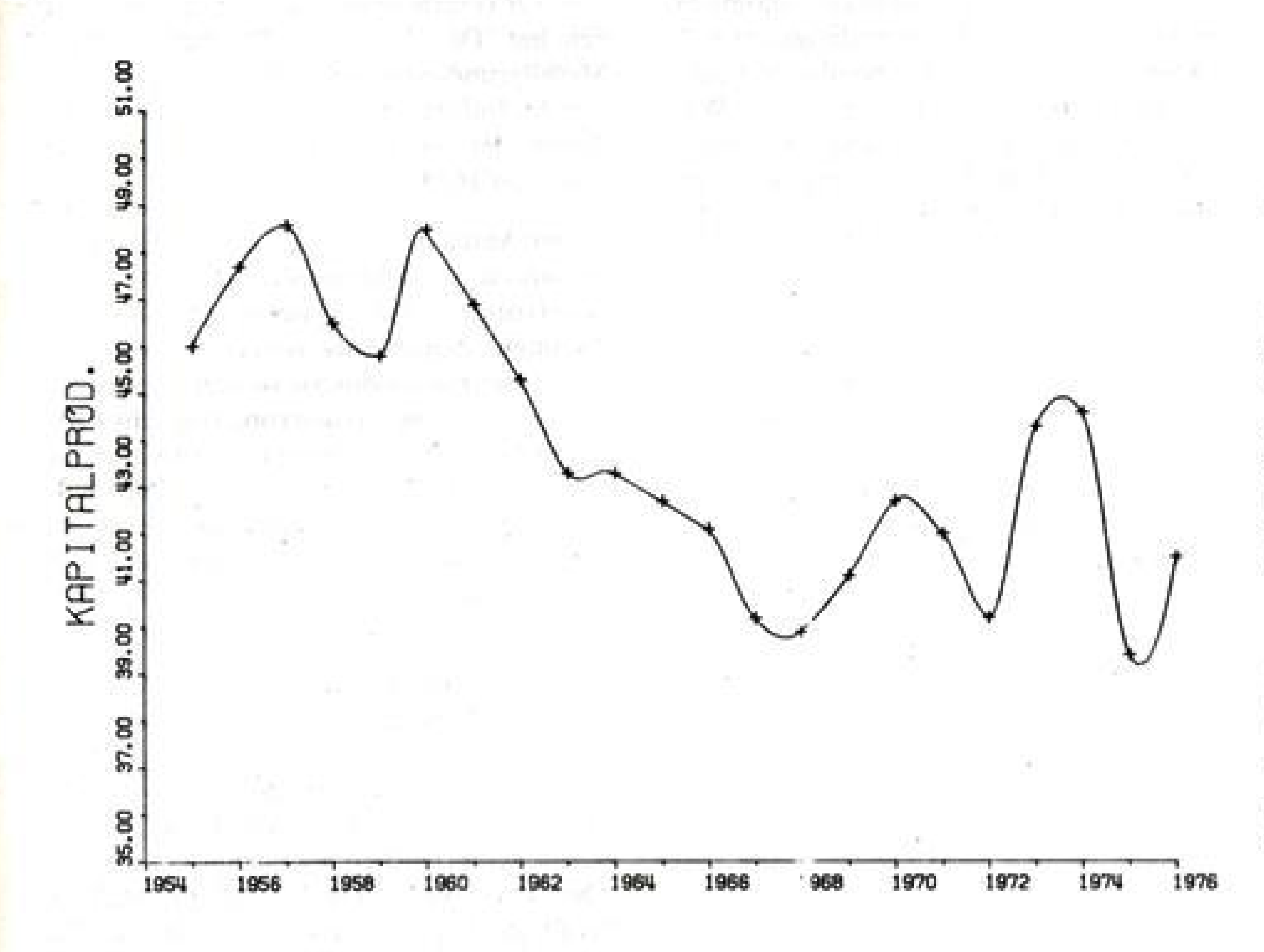
In der BRD ist das längerfristige Sinken der Profitrate stärker ausgeprägt und deshalb auch schon mehr ins Hirn der bürgerlichen Ökonomen gedrungen, aber ob in Österreich oder in Deutschland: Außer zynischen Bemerkungen über die zu hohen Löhne fällt diesen Herrn keine Erklärung für diese unangenehme Tatsache ein. Der obenerwähnte deutsche Experte meint z.B. in aller Offenheit: *„Das* (die zu geringe Rentabilität, Verf.) *muß damit zusammenhängen, daß die Anbieter von Arbeitsleistungen einen zu hohen Preis fordern . . . Die Flexibilität der Reallöhne ist eng begrenzt, zumindest seit der Trick mit der Ausbeutung der Geldillusionen* (= Inflation, Verf.) *nicht mehr so richtig funktioniert . . ."* („Wendepunkt . . ", Seite 26).

Nun, diese „Erklärung" ist in dem Sinn richtig, daß der wichtigste Ausweg für das Finanzkapital aus der Verringerung der Profite die Erhöhung der Ausbeutung ist, und daß sie gerne Neues über „Tricks" erfährt, wie man das gegen die Arbeiterklasse durchsetzt. Aber das ist auch das einzig Richtige an dieser „Erklärung", denn den Fall der Profitrate kann längerfristig weder die Verringerung der Löhne noch die Erhöhung der Ausbeutung aufhalten. Das läßt sich an Hand der Daten der bürgerlichen Ökonomie zeigen.

Das Verhältnis vom gesamten produzierten Wert zum eingesetzten Kapital sinkt

Unter der Bezeichnung „Kapitalproduktivität" berechnen die bürgerlichen Ökonomen das Verhältnis von Nettoproduktionswert zu Wert des Anlagevermögens (= fixes Kapital, das sind Gebäude, Anlagen, Maschinen). Da beim Nettoproduktionswert vom Gesamtprodukt der Wert des abgenutzten Kapitals und die Rohstoffe und Vorprodukte abgezogen sind, gibt der Nettoproduktionswert ein gewisses Bild von dem insgesamt von der Arbeiterklasse in einem Jahr in der Industrie erzeugten Wert. Einen Teil dieses Produkts kauft er sich mit seinem Lohn- und Gehaltsgeld zurück, den anderen sacken die Kapitalisten in Form des Mehrwerts ein (wir sehen wieder ab von Zins, Rente und Steuern). Wie die Grafik in Abb. 3 zeigt, sinkt die „Kapitalproduktivität" schneller noch als die Profitrate, d.h. der Lohn ist nicht schuld, daß die Profitrate fällt. Allerdings geht aus unseren Überlegungen schon jetzt hervor, wie die Kapitalisten den Fall der Profitrate zumindest zeitweilig bremsen können: Indem sie sich nämlich einen immer größeren Teil des geschaffenen Werts aneignen, d.h., indem sie den Lohn drücken, bzw. die Ausbeutung steigern.

Grafik 3



Wieso kommt es zum tendenziellen Fall der Profitrate?

Wie auch immer die Produktionsverhältnisse einer Gesellschaft sind, immer geht die fortschreitende Produktivkraft der Arbeit mit folgender Erscheinung einher: Von den Produzenten wird durch ihre Arbeit eine immer größere Maschinerie in Bewegung gesetzt. Diese Maschinerie ist es ja gerade, die den menschlichen Arm, sein Hirn, seine Kraft, tausendfach verstärkt und so die Produktivkraft der Arbeit hebt. Diese Maschinerie verbraucht ein Vielfaches an Rohstoffen und Vorprodukten und verarbeitet sie.

Diese Maschinen, Rohstoffe und Vorprodukte sind natürlich auch das Produkt menschlicher Arbeit. Sie wurden vorher produziert und Marx bezeichnet die in ihnen steckende Arbeit als tote Arbeit, die im Produktionsprozeß sozusagen zu neuem Leben erweckt wird.

Nun werden ja auch diese Maschinen, Rohstoffe etc. mit immer produktiveren Methoden erzeugt. Die gleiche Menge Arbeit steckt in immer besseren Maschinen, in immer mehr Rohstoff. Trotzdem aber wird auf die Dauer die tote, geronnene Arbeit im Verhältnis zur aktuellen lebendigen Arbeit zunehmen oder umgekehrt kann man sagen, daß „die Masse der angewandten lebendigen Arbeit stets abnimmt im Verhältnis zu der Masse der von ihr in Bewegung gesetzten vergegenständlichten Arbeit, der produktiv konsumierten Produktionsmittel" (Das Kapital, Bd.3, S. 223).

Im Kapitalismus nimmt nun aber diese Tatsache eine besondere Erscheinungsform an. Die abstrakte menschliche Arbeit erscheint als Wert und auf den hat es der Kapitalist abgesehen. Er will sich einen möglichst großen Teil des neuproduzierten Werts aneignen und mißt den Erfolg seiner Aneignungsversuche am eingesetzten Wert: dem Kapital. Der konstante Kapitalteil aber wird, wie wir gesehen haben, immer größer im Verhältnis zum neuproduzierten Wert.

Wir haben gesehen, daß diese Entwicklung tatsächlich und auch in Österreich vor sich geht, was sich an der sinkenden „Kapitalproduktivität" zeigt (1). Nun interessiert es den Kapitalisten an sich nicht, wenn der Neuwert im Verhältnis des von ihm eingesetzten Kapitals sinkt, solange nur derjenige Teil des Neuwertes, den er unbezahlt an sich reißt, d.h. die Profitrate, nicht sinkt. Das ist auch die Hauptmethode, wie er dem Verhängnis auszuweichen versucht. Letzten Endes aber ist es klar, daß auf die Dauer auch das Verhältnis des unbezahlten Teils der lebendigen Arbeit zur Vergegenständlichung sinken muß. Das ist in Österreich tatsächlich der Fall.

Was wirkt dem tendenziellen Fall der Profitrate entgegen?

Wenn man sich den Investitionsboom der beginnenden 70er-Jahre ansieht, muß man sich eigentlich wundern, wieso denn die Profitrate nicht schneller fällt. Wieso hat das rasche Anwachsen des pro Kopf in der Industrie eingesetzten fixen Kapitals nicht zu einem raschen Absinken der Profitrate und auch der „Kapitalproduktivität" geführt? (Siehe Abb.4)

Tatsächlich gibt es neben der Tendenz nach Fallen der Profitrate, die aus der Entwicklung der Produktivkraft der Arbeit erwächst, dem Fallen der Profitrate entgegenwirkende Tendenzen, die teilweise ebenfalls aus der Entwicklung der Produktivkraft resultieren.

Der Druck auf den Arbeitslohn

Schon oben haben wir gesagt, daß den Kapitalisten in erster Linie das Verhältnis des von ihm angeeigneten Teils des produzierten Werts zum vorgeschossenen Gesamtwert interessiert. Kann er daher den Lohn entsprechend drücken, so wird es ihm gelingen, auch aus weniger Arbeitern mehr Profit herauszuholen.

Nun schafft ihm die Entwicklung der Produktivkraft diese Möglichkeit, auch wenn er dem Arbeiter den Wert seiner Arbeitskraft bezahlt. Dieser wird nämlich durch die allgemein steigende Produktivkraft der Arbeit ebenfalls sinken, da die zur Erhaltung der Arbeitskraft, d.h. zur Produktion von Lebensmitteln, Wohnung, Erziehung, Kinderaufzucht usw. notwendige Arbeit immer geringer wird.

Zusätzlich werden die Kapitalisten, wann immer es geht, versuchen, den Arbeitern nicht den vollen Wert ihrer Arbeitskraft zu zahlen, also entsprechend den Vorstellungen des erwähnten deutschen Sachverständigen handeln.

Ausdehnung und Intensivierung der Arbeit

Eine weitere Tatsache, die dem Fall der Profitrate entgegenwirkt, ist die Intensivierung und Ausdehnung der Arbeit.

Einerseits wird aus dem einzelnen Produzenten mehr Wert durch Überstunden herausgepreßt, vor allem aber dadurch, daß die Arbeit intensiver wird, die Maschinen schneller laufen, alle Pausen und Lücken im Arbeitsprozeß geschlossen werden usw. usf. Fast jeder Arbeiter kann jede Menge Beispiele für diese Art der Vergrößerung der Wertauspressung liefern.

Andererseits wird versucht, die immer wertvolleren Maschinen rund um die Uhr

(1) Nicht nur, daß dem Kapitalisten wie dem Ideologen der kapitalistischen Produktion das Kapital mit Produktivität ausgezeichnet zu sein scheint (Der Kapitalist läßt sein Kapital für sich produktiv sein, der Arbeiter muß es selbst sein, d.h. arbeiten), er möchte auch gern die beängstigende Tatsache wegleugnen, daß die „Kapitalproduktivität" sinkt. Zu diesem Zweck berechnet er das Verhältnis von Nettoproduktionswert zu Sachanlagevermögen - das ja jetzt produziert wird, zu Preisen von 1964. Befriedigt erhält er so zumindest in Österreich (in Deutschland sinkt sie, auch wenn man so rechnet) eine gleichbleibende „Kapitalproduktivität", um danach betrübt feststellen zu müssen, daß leider inzwischen die Baupreise so stark angestiegen sind, da, wenn man den obigen Quotienten zu aktuellen Preisen rechnet, die „Kapitalproduktivität" doch sinkt. (Siehe WIFO 2/78, S.88)

auszunützen, durch Einführung von Nacht- und Schichtarbeit. Zwar verändert sich hier nicht das Verhältnis der in den Maschinen geronnenen Arbeit zur lebendigen des Arbeiters, aber den Kapitalisten interessiert ja nicht, wieviel Profit er während der Lebensdauer der Maschine macht, sondern wieviel es in einem Jahr ist. Kann er pro Jahr die Maschine dreimal so lange laufen lassen, indem er in der Nacht arbeiten läßt, dann vergrö-

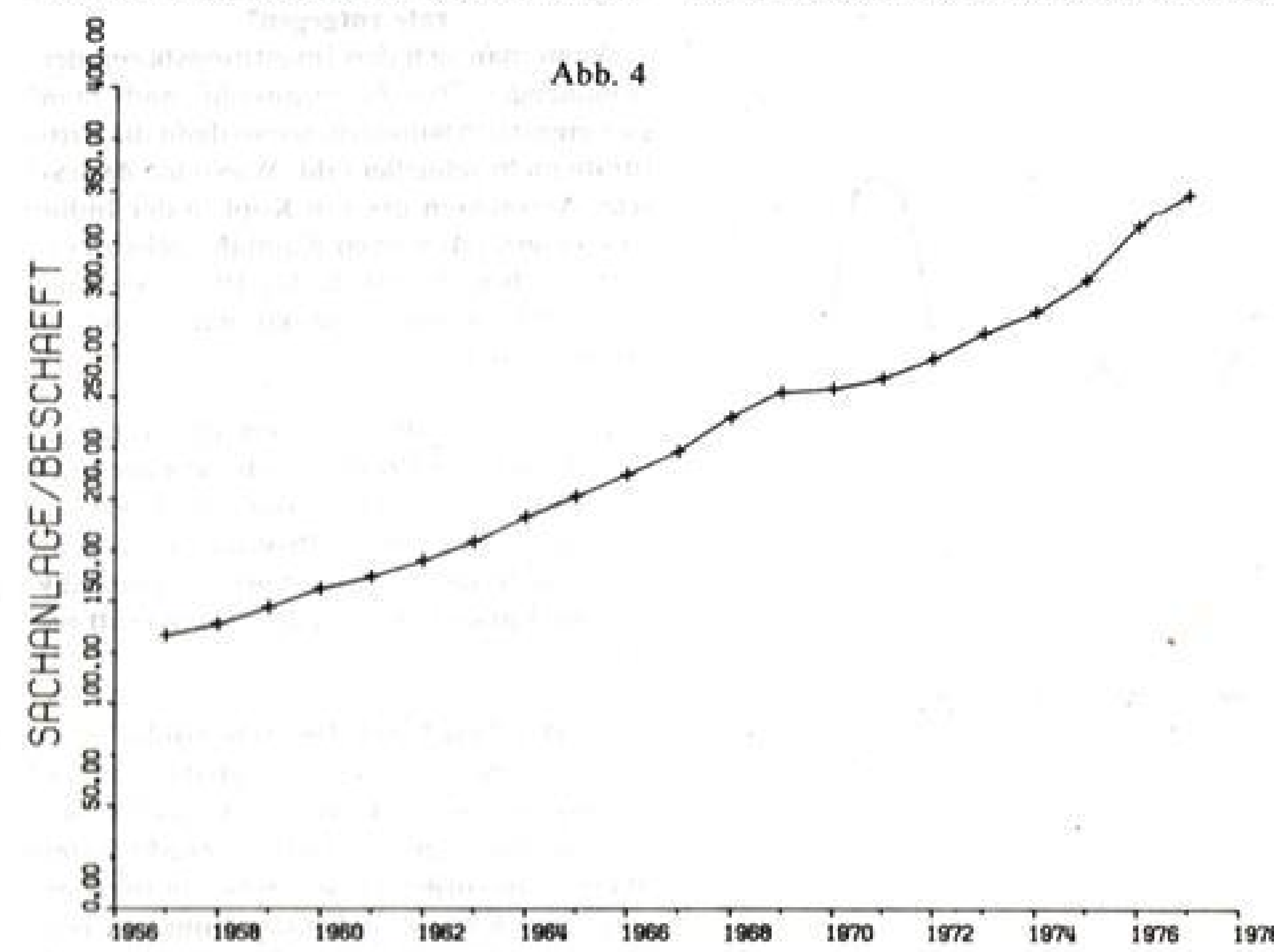


Abb. 4

ßert sich auch der Wert, den sich der Kapitalist aneignet. Auch wenn er mehr Rohstoffe benötigt und die Abnützung der Maschinen größer ist, im Quotienten Angeeigneter Wert/ Wert der Maschinen und Rohstoffe steigt der Zähler schneller als der Nenner. Statt 3 Maschinen benötigt der Kapitalist nur mehr eine, und die kann in der Nacht auch nicht mehr rosten - es wird ja an ihr gearbeitet.

Verbilligung der Elemente des konstanten Kapitals

Gelingt es dem Kapitalisten, die Preise für die verschiedenen Elemente des konstanten Kapitals zu drücken, so macht er im Verhältnis zum eingesetzten Kapital mehr Profit - seine Profitrate steigt.

Auch diese Tendenz entsteht zunächst einmal allein durch die Erhöhung der Produktivkraft der Arbeit. In der einzelnen Maschine steckt, wie in allen anderen Waren, immer weniger Arbeit. Die alten Maschinen entwerten sich schneller als sie sich abnützen durch die Entwicklung neuer, besserer und billigerer.

Für unsere Betrachtung ist aber vor allem von Bedeutung: Den Imperialisten ist es jahrzehntelang gelungen, die Rohstoffpreise zu drücken. Durch ihre beherrschende Stellung am Weltmarkt, durch den direkten Besitz der wichtigsten Rohstoffvorkommen in den Ländern der 3.Welt konnten sie lange Zeit hindurch Rohstoffe weit unter ihrem tatsächlichen Wert kaufen, während die Produkte der imperialistischen Länder ihre Preise vervielfachten. Ganz ohne Zweifel haben diese ungleichen Austauschverhältnisse es den Kapitalisten ermöglicht, den Fall der Profitrate zu verlangsamen.

Aber das immer stärker werdende Unabhängigkeitsstreben der Länder der 3. Welt und die Niederlagen des Imperialismus gegen die Völker der 3. Welt, erschweren den Imperialisten das Aufrechterhalten dieser ungleichen Austauschverhältnisse. Ein Meilenstein in dieser Entwicklung war ohne Zweifel die Erhöhung der Rohölpreise durch die OPEC im Jahre 1973. Ohne Zweifel wird von diesem Kampf der 3.Welt ein bedeutender Einfluß auf die zukünftige langfristige Tendenz der Entwicklung der Profitrate ausgehen.

Z.B. ist der Preis des Rohöls nach 1945 bis in die 70-Jahre hinein unverändert geblieben,

Verschiebungen in der Produktionsstruktur

Neben den bisher aufgezählten Punkten, die auf alle imperialistischen Länder zutreffen, gibt es in Österreich besondere Faktoren, die den Fall der Profitrate verlangsamt haben. (Siehe Abb. 5)

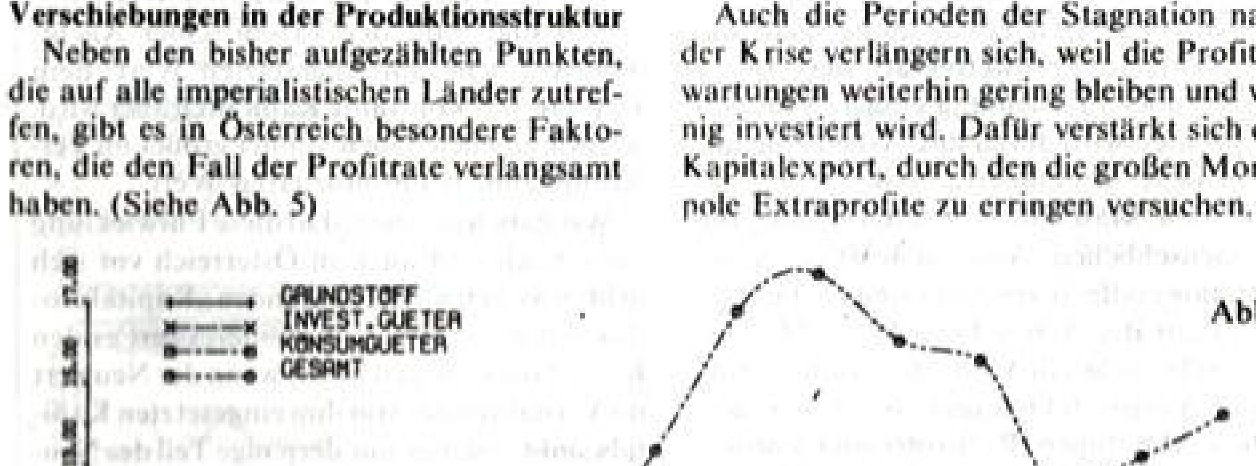
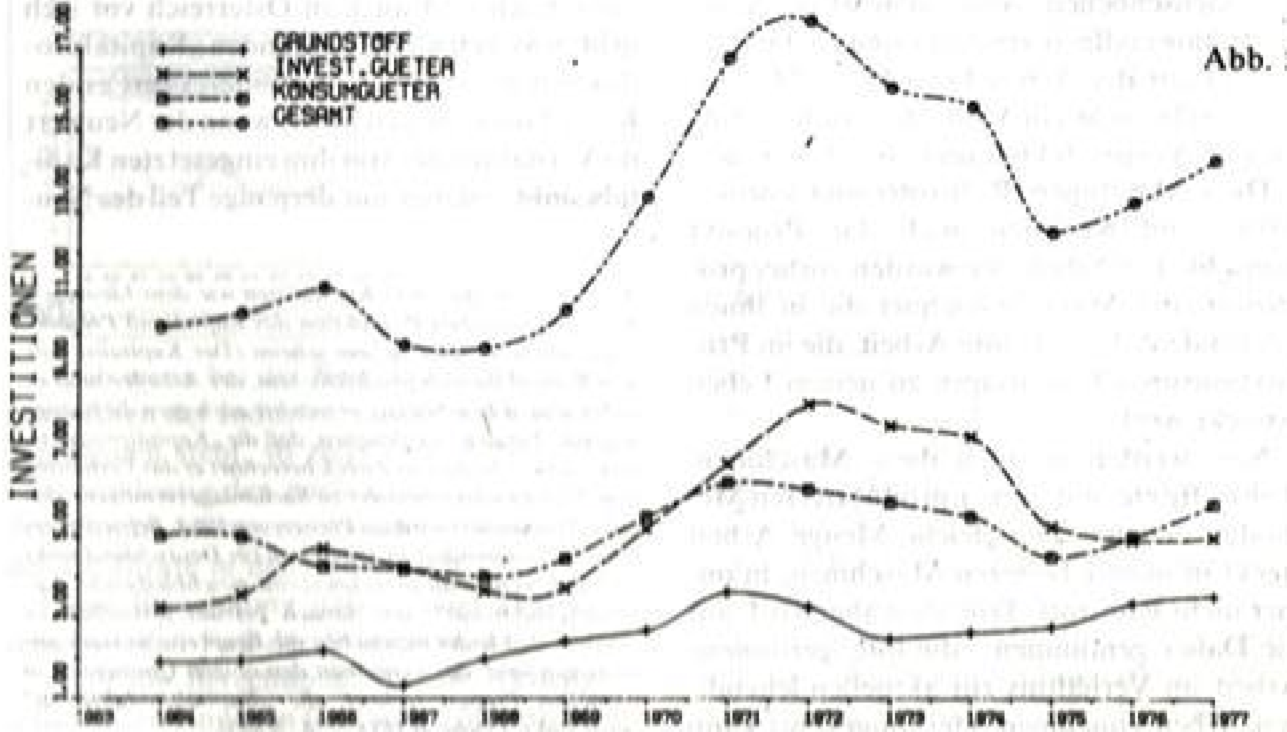



Abb. 5

Wenn wir uns diese Grafik ansehen, so erkennen wir, daß in Österreich eine beträchtliche Verschiebung von der Grundstoffindustrie zur verarbeitenden Industrie stattgefunden hat. Der Anteil des Bergbaus und der Metallgrundindustrie am Sachanlagevermögen der Industrie sank von 28% auf 19%, der Anteil der metallverarbeitenden Branchen stieg von 16,5% auf 22,5%.

Der Anteil der Grundindustrie war in den 50-Jahren in Österreich relativ sehr groß. Aus Gründen, auf die wir noch zu sprechen kommen, expandierte seither die verarbeitende und Finalindustrie wesentlich stärker. D.h. es fand eine Verlagerung von sehr kapitalintensiven Branchen zu weniger kapitalintensiven statt, in denen der Anteil des konstanten Kapitals noch nicht so hoch ist. Diese Verschiebung verlangsamte also ebenfalls den Fall der Profitrate.

Auswirkungen des Gesetzes des tendenziellen Falls der Profitrate

Die Rate, in der sich das Kapital verwertet -die Profitrate - ist der Stachel der kapitalistischen Produktion. Sinkt die Profitrate, so verlöscht das belebende Feuer der kapitalistischen Produktion. Die Vorstellung, daß die Profitrate längerfristig sinken könnte, erfüllt die Kapitalisten ebenso wie die bürgerlichen Ökonomen mit Schaudern.

Das längerfristige Sinken der Durchschnittsprofitrate muß unbedingt seine Auswirkungen auf den Krisenzyklus haben. Die Krisen werden schwerer und länger, weil mehr Kapital zeitweilig außer Funktion genommen werden muß, um zumindest zeitweilig die Verwertungsbedingungen zu verbessern: Es muß mehr Kapital vernichtet werden, damit sich die Profitrate wieder erhöht. Alle Widersprüche der kapitalistischen Produktion bekommen mehr Gewicht, weil der Aufschwung zaghafter und schwieriger ist.

Auch die Perioden der Stagnation nach der Krise verlängern sich, weil die Profiterwartungen weiterhin gering bleiben und wenig investiert wird. Dafür verstärkt sich der Kapitalexport, durch den die großen Monopole Extraprofite zu erringen versuchen.

Mit einem Wort, wir haben eben die Situation, in der sich die kapitalistische Weltwirtschaft momentan befindet: Investitionsunlust, Überkapazitäten, eine riesige Reservearmee, die sich nicht verringert. Der Fall der Profitrate bezeugt, daß die kapitalistische Produktionsweise *„keine für die Produktion des Reichtums absolute Produktionsweise ist, vielmehr mit seiner Fortentwicklung auf gewisser Stufe in Konflikt tritt“ (Das Kapital, Bd.3, S.252).*

Die Krise 1975

Wir haben bisher die längerfristige Entwicklung im Auge gehabt und die „Tendenzwende“ seit der Krise betrachtet. Klar hat sich dabei ergeben, daß die längerfristige Tendenz - der Fall der Profitrate - zu einer Verschärfung der Krisen und zu einer Verringerung der Expansion über lange Dauer führen muß. Wir haben aber dabei die Krise selbst, ihren Inhalt und ihre Form, außer Betracht gelassen.

Nach dem bisher Gesagten könnte man sich auch eine kontinuierliche Verschlechterung der Verwertungsbedingungen vorstellen, die zu einer langsamen Verringerung der Investitionszuwachsraten, einer Vergrößerung der Reservearmee usw. führt.

Die Wirklichkeit ist aber ganz anders: Die kapitalistische Wirtschaft bewegt sich in einer zyklischen Abfolge von Krise, Depression, Aufschwung, Boom und wiederum Krise. Der Krisenzyklus ist die Form, in der sich der Kapitalismus überhaupt nur fortbewegen kann.

Wir haben im vorigen Abschnitt die widersprüchlichen Elemente in bezug auf die Entwicklung der Profitrate behandelt. Diese verschiedenen Tendenzen *„machen sich bald mehr nebeneinander im Raum, bald mehr nacheinander in der Zeit geltend; periodisch macht sich der Konflikt der widerstreitenden Agentien in Krisen Luft. Die Krisen sind immer nur momentane gewaltsame Lösungen der vorhandenen Widersprüche, gewaltsame Eruptionen, die das gestörte Gleichgewicht für den Augenblick wieder herstellen“* (Das Kapital, Bd. 3, S. 259).

Alle Widersprüche im Kapitalismus erwachsen aus dem Grundwiderspruch der kapitalistischen Produktionsweise: Dem Widerspruch zwischen der gesellschaftlichen Produktion und der privaten Aneignung. Aber nicht ein paar oder ein Widerspruch bedingen die Krise, sondern *„dies ist bei der Betrachtung der bürgerlichen Ökonomie das Wichtige. Die Weltmarktkrisen müssen als die reale Zusammenfassung und gewaltsame Ausgleichung aller Widersprüche der bürgerlichen Ökonomie gefaßt werden. Die einzelnen Momente, die sich also in diesen Krisen zusammenfassen, müssen also in jeder Sphäre der bürgerlichen Ökonomie hervortreten und entwickelt werden, und je weiter wir in ihr vordringen, müssen einerseits neue Bestimmungen dieses Widerstreits entwickelt, andererseits die abstrakteren Formen desselben als wiederkehrend und enthalten in den konkreteren nachgewiesen werden.“* (Theorien über den Mehrwert S.510)

Dieses Programm, von Marx im Kapital und in den „Theorien über den Mehrwert“ an Hand der Entwicklung der allgemeinen Gesetzmäßigkeiten des Kapitalismus durchgeführt, können wir hier natürlich nicht nachvollziehen. Dennoch wollen wir hier in Thesenform einige dieser Widersprüche benennen, bevor wir uns konkret einen Zyklus anschauen:

● In der kapitalistischen Überproduktionskrise kommt die Warenzirkulation zeitweise zum Erliegen, die Märkte sind verstopft, der Absatz stockt.

Daß der Fluß der Warenzirkulation eine Unterbrechung erfahren kann, ist nur möglich, weil sich die Ware - Einheit von Tausch- und Gebrauchswert - in Ware und Geld verdoppelt hat. Das Geld kann als Schatz aus der Zirkulation genommen werden, indem jemand erst verkauft, aber danach nicht mehr kauft. Die Ware, die er mit diesem Geld gekauft hätte, bleibt durch seinen Entschluß unverkäuflich. D.h., erst durch das Geld ist die Trennung von Kauf und Verkauf möglich; diese Möglichkeit wird aber noch weit größer, wenn auf Kredit gekauft werden kann: Der Schuldner hat schon längst gekauft, bevor sich erst herausstellt, ob er überhaupt verkaufen kann.

D.h., erst die Warenproduktion ermöglicht, daß die Zusammengehörigen - Kauf und Verkauf - sich trennen und die Krise ist es, die zeigt, daß diese beiden Elemente des Austausches so unabhängig voneinander nicht sind.

Ohne Trennung von Kauf und Verkauf gibt es keine Überproduktionskrise, aber sie ist nur die allgemeine Bedingung einer jeden Krise - sie führt nicht notwendig zu einer: Jahrhundertelang gab es Warenproduktion ohne Krisen. Aber in diesen Gesellschaften, in denen der Großteil der Produkte direkt für den Verbrauch produziert wurde, konnte sich die Gesellschaft reproduzieren, auch ohne daß die Waren verkauft bzw. gekauft werden mußten. Aber erst die kapitalistische Produktion macht den Verkauf der Ware zur Vorbedingung der Wiederaufnahme der Reproduktion. Kann der Kapitalist seine Waren nicht verkaufen, dann ist er nicht in der Lage, auch nur auf kleinerer Stufenleiter weiterzuproduzieren und seine Arbeiter sind nicht mehr in der Lage, die Waren, die für ihre eigene Reproduktion notwendig sind, am Markt zu kaufen.

● **Ergibt sich also erst aus den Widersprüchen der Warenproduktion die Möglichkeit der Krise, so ist es ein Widerspruch, der diese Möglichkeit Wirklichkeit werden läßt und die allgemeinen Bedingungen von Krise und Überproduktion herstellt: Der Widerspruch bzw. die Trennung von Produktion und Konsumtion.**

In einer Gesellschaft, in der sich die Produktion nach der gewünschten Konsumation richtet, ist ein Auseinanderklaffen von Konsumtion und Produktion gänzlich unmöglich. Anders aber im Kapitalismus: Hier wird die Konsumtionskraft der Gesellschaft dadurch eingeengt, daß nicht der Arbeiter sein Produkt besitzt, sonder der Kapitalist, der ihn ausbeutet. Sein Konsum ist eingeschränkt durch die Tatsache, daß er erstens überhaupt nur konsumieren kann, wenn die Verwertungsbedingungen des Kapitals es „gestatten“, ihn auszubeuten, und daß er zweitens immer die zu seiner Reproduktion notwendigen Lebensmitteln kaufen kann.

Möglich wird deshalb erst hier, daß auf der einen Seite eine riesige Reservearmee existiert, die nichts oder wenig konsumieren kann, während auf der anderen Seite Produktionsmittel brach liegen und unverkäuflich sind, ebenso wie die Konsumtionsmittel. Die Maschinen aber liegen brach, die Waren bleiben liegen, weil die Beschäftigung der Arbeitslosen die Verwertung des Kapitals weiter verschlechtern würde.

„Die enge Basis, die die Konsumtionsverhältnisse der kapitalistischen Produktion bieten, ist aber deshalb allgemeine Bedingung der Krise, weil die Unmöglichkeit, sie zu erweitern, eine allgemeine Voraussetzung der Absatzstockung ist. Wäre die Konsumtion beliebig ausdehnbar, so wäre Überproduktion nicht möglich. Aber unter kapitalistischen Verhältnissen bedeutet Ausdehnung der Konsumtion Verminderung der Profitrate. Denn Ausdehnung der Konsumtion der breiten Massen ist gebunden an die Steigerung des Arbeitslohnes. Diese bedeutet aber Verminderung der Mehrwertsrate und daher Verminderung der Profitrate. Steigt daher die Nachfrage nach Arbeitern durch die Akkumulation so stark, daß eine Verminderung der Profitrate eintritt, so daß (als äußerste Grenze) das vermehrte Kapital keinen größeren Profit abwerfen würde als das unvergrößerte, so muß die Akkumulation unterbleiben, da ja der Zweck der Akkumulation, Vergrößerung des Profits, nicht erreicht würde. An diesem Punkte tritt eben die eine notwendige Voraussetzung der Akkumulation, die nach Erweiterung der Konsumtion, in Widerspruch mit der anderen Bedingung, der nach Realisierung des Profits.“ (Hilferding, „Das Finanzkapital“, Bd.2, S.330)

Aus diesen Überlegungen folgt, daß keinesfalls allein die Überproduktion von Konsumtionsmitteln die Krise einleitet, wenn auch jede Krise mit einer Überproduktion von Konsumtionsmitteln einhergeht und daß deshalb auch nicht durch Lohnerhöhungen „Krisen verhindert werden können“, wie das etwa die KPÖ als Rezept zur Krisenbekämpfung empfiehlt.

Der Krisenzyklus 1968 — 1975

Wir haben uns oben einige grundlegende Widersprüche der kapitalistischen Produktionsweise vergegenwärtigt. Neben diesen Widersprüchen gibt es noch viele andere, die sich im Krisenzyklus verschärften und in der Krise ihren Ausgleich finden. Alle diese Widersprüche drücken sich in der Bewegung der Profitrate im Verlaufe des Zyklus aus, und die Entwicklung der Profitrate steuert ihrerseits die Bewegungen des Kapitals.

Schauen wir uns deshalb nochmals die Entwicklung der Durchschnittsprofitrate der Industrie in Österreich an. (Abb. 2)

Wir sehen, daß nach der starken Verrin-

gerung der Profitrate 1967/68, Mitte 1968 ein steiler Anstieg beginnt. Nach dem Höhepunkt 1970 sinkt die Profitrate kontinuierlich, steigt 1974 nochmals stark an, um dann 1975 auf einen Wert unter 1968 abzusinken. Sehen wir vorerst einmal von dem „Hoch" 1974 ab, schaut die Bewegung der Profitrate sehr ähnlich aus wie vor 1967, wo ebenfalls nach einem Anstieg die Profitrate bis 1968 kontinuierlich sank.

Ein Investitionsboom in den 70-Jahren

Der Aufschwung nach 1978 geht vom Aufschwung in der Konsumtionsgüterindustrie und von der Erholung nach dem Einbruch 1967/68 in der Grundstoffindustrie aus.

Die österreichische Bourgeoisie sah die lockenden Märkte der EWG und erhoffte sich bald ein Abkommen, daß diese Märkte öffnen sollte. Insbesondere in der weiterverarbeitenden Industrie konnte man auf ein gutes Geschäft und relativ hohe Profite hoffen. An den Zuwachsraten der Investitionen sehen wir, wie 1969 die Größe der Investitionen in der Konsumgüterindustrie schon um 11% steigt, während die Investitionen in der Investitionsgüterindustrie noch ganz geringfügig um 1,6 % anwachsen. Mit der Ausdehnung der Produktion führt diese Entwicklung schließlich zu einem gewaltigen Boom, insbesondere in der Investitionsgüterindustrie selbst. 39%, 30,1%, 21,6% steigen die Investitionen in diesen Bereichen in den Jahren 1970-72. Die Produktionsausdehnung findet ihren schärfsten Ausdruck in der Investitionsgüterindustrie selbst: Die Krise 1967/68 führte schließlich zu einer großen Neuanlage von fixem Kapital.

Wir haben im vorigen Abschnitt gesehen, daß es eben diese vermehrte Anlage des fixen Kapitals ist, die schließlich zu einer tendenziellen Senkung der Profitrate führen muß. Wieso geht aber diese Neuanlage zunächst gerade mit einer bedeutenden Erhöhung der Profitrate einher?

Faktoren, die die Profitrate nach der Krise erhöhen

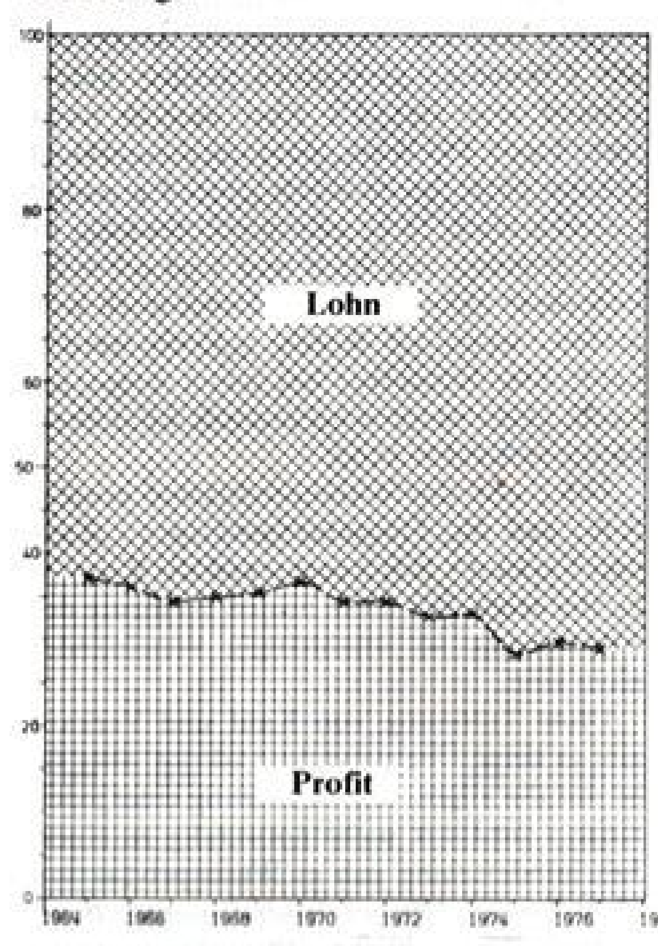
• Die Krise

Der Hauptfaktor, der die Erhöhung der Profitrate nach der Krise ermöglicht, ist die Krise selbst. Sie hat einen Teil der Produktionsstätten lahmgelegt und dadurch den Abfluß der überproduzierten Waren ermöglicht, so daß die Preise nicht mehr von einem völlig verstopften Markt geprägt sind. Sie hat also erst einmal die Produktion der verringerten Nachfrage angepaßt, den Widerspruch zwischen Konsumtionskraft und Produktionskraft entschärft.

Vor allem bedeutet die Krise folgendes: Ein Teil des Kapitals tritt überhaupt außer Funktion, er verrottet und verliert überhaupt die Eigenschaft, Kapital für irgendjemand sein zu können. Ein viel größerer Teil des Kapitals aber ist nur zeitweilig außerstandgesetzt, als Kapital zu funktionieren. Er steht still bzw. verliert in dieser Situation an Wert. Die Sieger in der großen Konkurrenzschlacht aber können nach und in der Krise zu billigen Preisen die Maschinen, Lager etc. aufkaufen. Für sie ist der Wert des konstanten Kapitals sogar gesunken, ihre Profitrate hat sich erhöht.

Weiters sind die Löhne nach der Krise stark unter den Wert der Arbeitskraft gedrückt worden. Die Reservearmee, die angewachsen ist, drückt auf den Lohn. Im Zyklus 1968-75 kann man diese Erscheinung deutlich an der Entwicklung von Lohn und Gehalt im Verhältnis zum Profit ablesen. (siehe Abb. 7)

Abbildung 8



Die Tabelle gibt das Verhältnis der Bruttol-
Die Tabelle gibt das Verhältnis der Bruttolöhne und Gehälter im Verhältnis zu den Profiten wider. Daß dabei die Lohnrate längerfristig steigt, liegt daran, daß die Zahl der Lohnabhängigen ständig zunimmt und die der Kapitalisten abnimmt. Gleichzeitig bezieht ein größer werdender Teil – das Management etc. Löhne, die tatsächlich nichts anderes als Gewinnanteile darstellen. Trotzdem zeigt auch diese Tabelle, daß die Lohnquote in den Jahren 1968 bis 1970 abnimmt, während die Gewinnquote ansteigt – und das trotz Ausdehnung der Beschäftigung.

Weitere Faktoren

Weitere Faktoren, die vorerst die Profitrate erhöhen, sind die bessere Ausnützung des Produktionskapitals durch Intensivierung (die neuen Maschinen laufen schneller), Überstunden, Ausdehnung der Nacht- und Schichtarbeit, die sich während dieses Zeitpunkts auch viel leichter einführen läßt, da die Widerstandskraft der Arbeiter geschwächt ist.

Dann erhalten zu diesem Zeitpunkt die Kapitalisten auch sehr schnell das Kapital zurück, das in den produzierten Waren steckt, da sie oft nicht fürs Lager, sondern auf Bestellung produzieren, die anderen Kapitalisten noch schnell zahlen können, d.h. sie können einen größeren Teil des Kapitals für die Produktion verwenden und brauchen weniger Reservekapital, um auf das Rückfließen des Kapitals warten zu können.

Das Steigen der Profitrate bereitet den Fall vor

Letzten Endes geht diese Steigerung der Profitrate und die steigende Nachfrage aber unter Umständen vor sich, die nur den späteren Fall vorbereiten.

Der Aufschwung nach der Krise ging mit der Neuanlage von Kapital einher, der dem neuesten Stand der Technik entspricht. D.h., daß sich der Wert des konstanten Kapitals im Verhältnis zum produzierten Wert vergrößert hat. In den einzelnen produzierten Waren steckt, bedingt durch die höhere Produktivität, ein geringerer Wert. Diese Tatsache wird aber durch die allgemein steigenden Preise zunächst verschleiert. Was sich schließlich zeigt, ist, daß zu diesen Preisen sich der Markt zu verstopfen beginnt. Der langsame Fall der Profite beginnt. Zu dieser Entwicklung kommen aber noch wichtige andere Faktoren. Der Konsum hinkt gerade in dieser Aufschwungperiode der Entwicklung der Industrieproduktion nach, da die Löhne niedrig sind. Das ist ein Moment für Disproportionalitäten zwischen den Abteilungen des Produktionsapparates.

Abb. 8: Während die Konsumtionskraft in dieser Periode kaum steigt, expandiert die Industrieproduktion, d.h. letztlich auch die Konsumgüterindustrie, rasch. Interessant ist, daß auch gerade die Investitionen in der Konsumgüterindustrie zusammen mit denen der Grundstoffindustrie es sind, die schon 1972 zurückgehen. (Allerdings können hier Faktoren wie Marktanteilsverluste, Exportsteigerung usw. diese Disproportionalitäten verstärken oder schwächen.)

Disproportionalität bedeutet aber immer Überkapazitäten in bestimmten Produktionsbereichen, d.h. schlechte Preise und Profite.

Es gibt aber noch weitere Gründe für notwendig entstehende Disproportionalitäten: Gerade in den Bereichen der Grundstoffindustrie und überhaupt in allen Bereichen mit sehr hohem fixen Kapitalanteil, steigt die Zeit, die erforderlich ist, um Neuanlagen herzustellen, an. Diese Verlängerung der Herstellungszeit macht es aber auch schwieriger, die Anlagen an die Bedürfnisse der (produktiven) Konsumtion anzupassen.

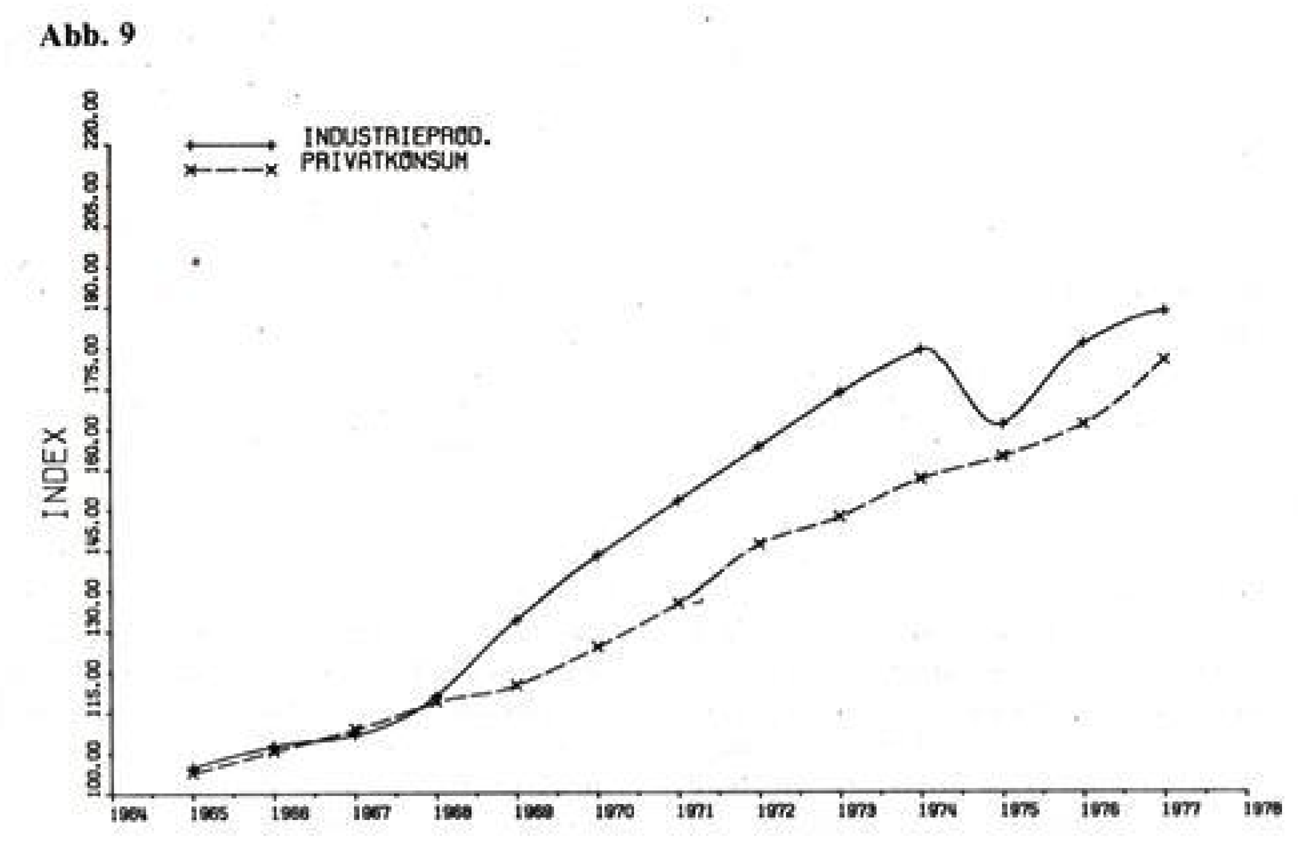
Während also gerade in diesen Bereichen der hohe Anteil des fixen Kapitals auf die Profitrate drückt, steigen gleichzeitig hier die Preise ganz besonders stark, da während des Aufschwungs über längere Zeit hinweg, die Nachfrage das Angebot übersteigt.

Die Tendenz Überkapazitäten zu entwickeln ist groß, und diese Überkapazitäten stellen sich auch erst nach Jahren heraus. Wie wir sehen werden, hat sich genau diese Entwicklung z.B. im Stahlbereich abgespielt -wenn auch durch Sonderfaktoren in der Krise 1975 verzerrt. **Siehe Abb. 9**

Zu diesen grundlegenden Momenten kommen weitere, die eine Tendenz in Richtung Rückgang der Profitrate mit dem Fortschreiten des Zyklus bewirken:

* Durch die Expansion stoßen die Kapitalisten an die Schranken des Arbeitsmarktes. Sie bekommen nicht genug qualifizierte Arbeiter. Die Steigerung der Mehrwertauspressung stößt auf Schwierigkeiten.

Abb. 9



* Den Arbeiteren gelingt es, in der Periode der Hochkonjunktur leichter höhere Löhne durchzusetzen, teilweise auf Kosten des Profits.

Diese Entwicklung zu verhindern, war den Kapitalisten gerade während dieses Zyklus äußerst wichtig, und es ist ihnen durch den Import der ausländischen Arbeiter auch zeitweise gelungen, das neuerliche Fallen der Profitrate hinauszuzögern. Anzeichen dafür ist z.B., daß gerade in der Elektro- und Textilindustrie die Entwicklung der Profitrate zu Beginn der 70-er Jahre überdurchschnittlich gut war.

Völlig offen wird dieser Punkt in dem Artikel über die Profitraten in der österreichischen Industrie kommentiert: Die großzügige Zulassung ausländischer Arbeitskräfte (im Leder-Textil und Bekleidungssektor sowie in der Elektroindustrie) trug in verschiedener Weise zur Steigerung der Renditen bei: Sie beseitigte die Arbeitskräfteknappheit, die in diesen Branchen mit im Durchschnitt relativ niedrigen Löhnen (hoher Frauenanteil) die Expansionsmöglichkeiten besonders begrenzte; sie dämpfte die Lohnsteigerungsraten vor allem für unqualifizierte Arbeitskräfte; und sie erlaubte schließlich die Einführung von drei Schichten zu relativ mäßigen Lohnkosten (Nachtarbeit für Frauen ist verboten). Sowohl in der Elektroindustrie als auch im Bereich Textil-Bekleidung-Leder wuchs der Rohertrag (Umsatz) nach 1968 stärker als vorher." (WIFO-Monatsbericht 11/77, S. 541)

Alle diese Faktoren und viele andere, die wir hier nicht behandeln können, führen schießlich dazu, daß der Durchschnittsprofit zu sinken anfängt. Die Produktionsausweitung verlangsamt sich zunächst vielleicht nur in einigen Schlüsselbereichen. Verlangsamung in der Grundstoff- und Konsumgüterindustrie bedeutet aber nichts anderes als starker Abfall des Produktionsanstiegs in der Invenstitionsgüterindustrie. In gewissen Bereichen werden sich die Überkapazitäten zeigen, die sich entwickelt haben. Die Wirtschaft wird in die Krise schlittern.

Einige Sonderfakten der Krise 1975

Wir haben bisher die Krise 1958, wie die davor 1967, 1968 oder auch eine Krise zu Beginn des Jahrhunderts behandelt. Und tatsächlich hat sich im Wesen der Sache seit damals auch nichts geändert. Zu bedenken ist allerdings, daß neben dem periodischen Zyklus wir auch die langfristige Tendenz des Falls der Profitrate haben, die den Verlauf der Krise verschärft. Wir wollen jetzt versuchen, einige Sonderfaktoren einzuschätzen, die zum besonderen Charakter dieser Krise beitrugen.

*** Die Krise ist in den westlichen imperialistischen Ländern gleichzeitig ausgebrochen.**

Waren die Krisen 1967 und davor relativ ungleichzeitig und konnte so ein Land, das in die Krise schlitterte versuchen, durch Verstärkung des Exports noch relativ glimpflich über die Bühne zu kommen bzw. durch den Vorteil der gedrückten Löhne und der gestiegenen Ausbeutung sogar den imperialistischen Konkurrenten Marktanteile abzujagen, so war diese Möglichkeit 1975 durch die Gleichzeitigkeit kaum gegeben. Mit ein Grund, weshalb die Krise so schwer ist.

*** Die Erhöhung der Röhöl- und der Rohstoffpreise 1973**

Wir haben oben gesehen, daß die Entwicklung der Kosten des konstanten Kapitals - darunter die Rohstoffkosten - große Bedeutung für die Entwicklung der Profitrate haben. Daß es den Imperialisten zunehmend schwerer fällt, die Rohstoffpreise zu drücken, wird deshalb ganz sicher Auswirkungen auf die längerfristige Tendenz der Entwicklung der Profitrate haben. Neben dieser Langzeitwirkung hatte der mutige Schritt der OPEC-Länder auch unmittelbare Auswirkungen auf die Krise 1975. Wenn wir uns wiederum die Abb. 2 über die Profitrate ansehen, dann sehen wir, daß bis 1973 zwar die Profitrate mehr oder weniger gleichmäßig sinkt, daß aber plötzlich 1974 die Rendite stark ansteigt, um dann 1975 um so stärker zu fallen. Auch die Entwicklung der Investitionen in der Grundstoffindustrie ist interessant. Während 1974 die Konsumgüter- und Investitionsgüterinvestitionen zurückgehen, steigen die Grundstoffinvestitionen um 6 % an.

Woraus erklärt sich diese Entwicklung? Die bürgerlichen Ökonomen sprechen 1974 von einem Lagerboom. Das heißt, daß die Nachfrage trotz stark steigender Preise stieg, diese Waren aber auf Lager kamen und sich die Lager stark vergrößerten.

Tatsächlich kam es in diesem Jahr zu wilden Spekulationen z.B. mit dem Rohöl, ungeheure Mengen wurden gelagert, in der Hoffnung auf später noch höhere Preise.

Nun war ja die Inflation in den Jahren vor 1973 schon sehr hoch und durch Überwälzen der Rohölpreiserhöhung stieg die Inflation noch mehr. Die rasante Inflation aber hat mehrere Wirkungen: sie verschleiert einerseits eine Zeitlang, daß tatsächlich die Profite sinken, und sie regt auch zur Anlage großer Lager an, die täglich mehr „wert" sind, während die Kaufkraft des Geldes sinkt. Dieses gegenseitige Abkaufen fürs Lager hat offensichtlich die Krise hinausgezögert, um dann einen noch stärkeren Absturz zu erzeugen. Plötzlich bemerkten die Kapitalisten, daß sie sich nur mehr gegenseitig Waren fürs Lager abkauften. Sie stoppten die Käufe und versuchten die Lager zu verringern. Die Wirtschaft geriet in die Krise.

*** Verstärkung der Tendenz der Grundstoffindustrie nach Überkapazitäten**

Wir haben oben gesehen, wie besonders in den Bereichen mit hohem Anteil des konstanten Kapitals der Aufschwung im Krisenzyklus zu Disproportionalitäten führt. Gerade die besonders hohen Preise von 1973, 74 führten zur Entwicklung bzw. Aufrechterhaltung von Überkapazitäten, die sich erst 1977, 78 in voller Entwicklung gezeigt haben.

1975 kam es z.B. in der Stahlbranche, so wie in fast allen Branchen, zu einem starken Rückgang der Produktion. Aber schon 1976 kam es wieder zu einer kurzen Scheinerholung, die darauf beruhte, daß die Kapitalisten in der Hoffnung auf einen Aufschwung zwar nicht investierten, aber wegen der günstigen Preise ihr Lager wiederum auffüllten. 1977 aber war dieser Traum ausgeträumt. Es stellte sich heraus, daß die Produktionskapazitäten in der Stahl-, Papier- und Chemiefaserproduktion für die geringen Steigerungsraten im Verbrauch viel zu groß waren. Die Krise in den Basisindustrien setzte nach einem kurzen Fiebertaumel wieder voll ein.

Wachsende Steuerausplünderung der Volksmassen durch den Staat — die Tatsachen sprechen für sich

Im politischen Bericht des ZK des KB an die I. ordentliche Nationale Delegiertenkonferenz heißt es:

„Zur dominierenden Frage auf dem Feld der Politik und der Auseinandersetzung zwischen Regierung und bürgerlichen Oppositionsparteien ist die Finanzkrise des Staates und seine Wirtschaftspolitik geworden. Die Finanzkrise des Staates ist auf der Grundlage der Überproduktionskrise akut geworden. Sie hat weitreichende Konsequenzen in allen Bereichen der staatlichen Wirtschafts-, Sozial-, Militär-, Außen- und Kulturpolitik.

Die imperialistischen Staatsgeschäfte und die ständige Aufblähung des imperialistischen Staatsapparates führen – ob in Zeiten der „Prosperität" oder der Krise – notwendigerweise zu einer beständig wuchernden Aufblähung des Staatsbudgets, zu explodierenden Ausgabensteigerungen des bürgerlichen Staates, die in immer krasserem Mißverhältnis zu seinen Einnahmen stehen. Die Zwecke, für die diese Mittel ausgegeben werden, sind ebenso reaktionär und volksfeindlich, wie die Methoden, mit denen diese Mittel aufgebracht werden. Beide Seiten des Staatshaushaltes kehren diesen ihren reaktionären Charakter nur noch offener hervor, wenn die Überproduktionskrise heute die Staatsfinanzen noch unentwirrbarer zerrüttet. Alle Methoden zur „Lösung" oder Dämpfung dieser Finanzkrise des Staates sind nichts anderes als Methoden zur weiteren beschleunigten Verelendung der Volksmassen. Dabei gibt es natürlich Widersprüche im Lager der Bourgeoisie über die Methoden der „Lösung" der Finanzkrise des Staates.

Tatsache ist, daß sie in Wahrheit nicht wirklich gelöst werden kann. Der imperialistische Staat als beständig wucherndes Krebsgeschwür am Leib der Gesellschaft ist unersättlich. An die Stelle jeder finanzierten reaktionären Machenschaft läßt die Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung drei neue treten, die nach Finanzierung schreien. Die ständig sich verschärfende Anarchie der kapitalistischen Produktionsweise fordert gebieterisch immer größere Aufwendungen zu ihrer Dämpfung und zur Verdeckung der Wunden, die sie der Gesellschaft schlägt, zur Aufrechterhaltung der allgemeinen Bedingungen für das Weiterbestehen der Ausbeuterordnung. Wo Ausbeutung und Entrechtung herrschen, entwickelt sich zwangsläufig Widerstand und Revolution. Zur Aufrechterhaltung von Ausbeutung und Entrechtung muß der Gewaltapparat und die würgende Klammer der staatlichen Bürokratie ständig gefestigt und ausgebaut werden. Die Verfolgung der aggressiven, expansionistischen Ausbeuterinteressen nach außen und die Entwicklung der Widersprüche unter den Imperialisten, vor allem zwischen den beiden Supermächten, treiben ebenfalls die Ausgaben für den Ausbau des Militärapparates weiter in die Höhe. Darüber hinaus bedient sich die Finanzoligarchie des imperialistischen Staates als gewaltige Maschinerie zur direkten und indirekten Umverteilung der staatlich abgepreßten Lohngelder in ihre Taschen. All dies sind alltägliche, der Natur des Imperialismus entsprechende Entwicklungen der herrschenden Gesellschaftsordnung, die von der Überproduktionskrise nicht hervorgebracht, sondern nur weiter auf die Spitze getrieben werden.

Dieser beständigen Explosion hinkt die Aufbringung der Mittel zu ihrer Finanzierung ebenso beständig hinterher. Was das Kapital aus der Ausbeutung der Arbeiterklasse und der Ausplünderung der anderen Werktätigen an sich gerafft hat, entzieht es erfolgreich weitestgehend dem Zugriff des Staates, der Besteuerung und den anderen öffentlichen Abgaben. Der Fonds, aus dem der imperialistische Staat seine reaktionäre Tätigkeit finanziert, speist sich gewalttätig mit immer größerem Gewicht aus den Lohngeldern und Einkünften, die der Arbeiterklasse und den anderen Werktätigen nach der Ausbeutung und Ausplünderung durch die Kapitalisten verbleiben." (Dokumente der I.o.NDK, S. 51-52)

Wir haben einige Zahlen zusammengestellt, die deutlich zeigen, in welchem Maß die Ausplünderung der Volksmassen durch den bürgerlichen Staat zugenommen hat.

Entwicklung der wichtigsten öffentlichen Abgaben (A) Direkte Steuern

Kommentar – siehe nächste Seite

Jahr	Direkte Steuern insgesamt		darunter: Lohnsteuer		veranlagte Einkommensteuer		Körperschaftssteuer		Gewerbe- und Bundesgewerbest.		Vermögenssteuer	
	Mio S	Index	Mio S	Index	Mio S	Index	Mio S	Index	Mio S	Index	Mio S	Index
1960	**10.384**	**100,00**	2.614	100,00	2.908	100,00	1.676	100,00	2.503	100,00	523	100,00
1961	**12.690**	**122,21**	3.196	122,26	3.679	126,51	2.135	127,39	2.965	118,46	539	103,06
1962	**14.318**	**137,89**	3.645	139,44	4.252	146,22	2.321	138,48	3.310	132,24	591	113,00
1963	**15.494**	**149,21**	3.809	145,72	4.768	163,96	2.182	130,19	3.638	145,35	649	124,09
1964	**17.357**	**167,15**	4.636	177,35	5.172	177,85	2.408	143,68	3.980	159,01	612	117,02
1965	**19.319**	**186,05**	5.732	219,28	5.705	196,18	2.677	159,73	4.243	169,52	671	128,30
1966	**21.544**	**207,47**	7.079	270,81	6.357	218,60	2.550	152,15	4.546	181,62	744	142,26
1967	**22.391**	**215,63**	7.444	284,77	6.774	232,94	2.397	143,02	4.641	185,42	869	166,16
1968	**22.303**	**214,78**	7.111	272,04	6.874	236,38	2.310	137,83	4.784	191,13	878	167,88
1969	**25.902**	**249,44**	8.621	329,80	6.320	217,33	2.548	142,03	5.037	201,24	832	159,08
1970	**30.460**	**293,34**	10.460	400,15	7.196	247,46	2.808	167,54	5.449	217,70	1.353	258,70
1971	**34.549**	**332,71**	12.244	468,40	8.237	283,25	3.197	190,75	5.898	235,64	1.402	268,07
1972	**40.555**	**390,55**	14.558	556,92	9.986	343,40	3.581	213,66	6.816	272,31	1.531	292,73
1973	**51.071**	**491,82**	21.132	808,42	15.438	530,88	3.978	237,35	7.537	301,12	1.622	310,13
1974	**62.917**	**605,90**	27.380	1.047,44	17.675	607,81	5.867	350,06	8.694	347,34	1.760	336,52
1975	**63.675**	**614,07**	26.755	1.023,53	16.911	581,53	7.318	436,63	9.091	363,20	2.046	391,20
1976	**67.445**	**649,51**	32.249	1.233,70	16.259	559,11	5.924	353,46	8.725	348,58	2.371	453,35
1977*	**76.241**	**734,22**	38.896	1.487,99	16.689	573,90	6.775	404,24	9.236	369,00	2.607	498,47
1978**	**95.377**	**918,50**	50.872	1.946,14	21.208	729,30	7.100	423,63	10.600	423,49	3.200	611,85

* Vorläufige Bundesgebarung 1977

** Bundesfinanzgesetz 1978 (Budgetvoranschlag)

Quelle: Bundesrechnungsabschluß

Entwicklung der wichtigsten öffentlichen Abgaben (B) Indirekte Steuern (Massensteuern)

Jahr	Indirekte Steuern Insgesamt (Massensteuern)		Umsatzsteuer (MWSt) samt Zuschlägen und Sonderabgaben		Verbrauchssteuern		Kraftfahrzeugssteuer	
	Mio S	Index	Mio S	Index	Mio S	Index	Mio S	Index
1960	**12.548**	**100,00**	8.568	100,00	3.799	100,00	181	100,00
1961	**14.235**	**113,44**	9.472	110,55	4.557	119,95	206	113,81
1962	**15.705**	**125,16**	10.341	120,69	5.132	135,09	232	128,18
1963	**17.067**	**136,01**	11.124	129,83	5.627	148,12	316	174,59
1964	**19.403**	**154,63**	12.830	149,74	6.144	161,73	429	237,02
1965	**20.948**	**166,94**	13.700	159,90	6.772	178,26	476	262,98
1966	**23.170**	**184,65**	14.909	174,01	7.727	203,40	534	295,03
1967	**24.420**	**194,61**	15.213	177,56	8.617	226,82	590	325,97
1968	**27.947**	**222,72**	18.013	210,24	9.297	244,72	637	351,93
1969	**30.909**	**246,33**	20.290	236,81	9.939	261,62	680	375,69
1970	**33.581**	**267,62**	22.030	257,12	10.824	284,92	727	401,66
1971	**38.706**	**308,46**	25.495	297,56	12.428	327,14	783	432,60
1972	**45.035**	**358,90**	30.065	350,89	14.109	371,39	861	475,69
1973	**52.718**	**420,13**	37.210	434,29	14.430	379,84	1.078	595,58
1974	**65.213**	**519,71**	49.274	575,09	14.913	392,55	1.026	566,85
1975	**72.567**	**578,32**	56.953	664,72	14.537	382,65	1.077	595,03
1976	**82.361**	**656,37**	64.769	755,94	16.399	431,67	1.193	659,12
1977*	**87.456**	**696,97**	68.138	795,26	18.173	478,36	1.145	632,60
1978*	**98.790**	**787,30**	78.800	919,70	18.685	491,84	1.305	720,99

*) Siehe Anmerkungen zu Teil (A)

Teil (A) der Tabelle zeigt, daß sich die direkten Steuern — also Steuern auf Einkommen und Vermögen — in den Jahren 1968-1978 verzehnfacht haben (1. Spalte). Den Hauptteil machen dabei allerdings die Steuergelder aus den Taschen der Lohnabhängigen aus: Die Lohnsteuereinnahmen des Staates haben sich im gleichen Zeitraum nahezu verzwanzigfacht (2. Spalte).

Hier ist noch besonders zu erwähnen, daß sich im Jahre 1978 die Änderung bei der Berücksichtigung der Kinderzahl in den Lohnsteuereinnahmen entscheidend auswirkt. Früher wurden Kinderabsetzbeträge gewährt, was zu Lasten der Lohnsteuereinnahmen ging. Ab 1.1.1978 wurde die Familienbeihilfe angehoben, die Kinderabsetzbeträge entfallen. Dadurch wird der (zweckgebundene) Familienlastenausgleichsfond ausgeplündert, die Lohnsteuereinnahmen steigen sprunghaft.

Ganz im Gegensatz zur Entwicklung des Lohnsteueraufkommens steht etwa die Entwicklung der Körperschaftssteuer, die vom Bilanzgewinn der Aktiengesellschaften und Gesellschaften mit beschränkter Haftung berechnet wird. Sie hat sich etwa vervierfacht, eine Steigerung, die nicht einmal annähernd der Inflation dieser Jahre entspricht.

Unter den hier angeführten Steuern aus Einkommen und Vermögen fehlen die Abgaben, die Landes- oder Gemeindeabgaben sind, also etwa die Grundsteuer.

Ein ähnliches Bild zeigen die indirekten Steuern (siehe obige Tabelle – B), die beim Kauf oder Verkauf von Waren, auf Dienstleistungen u.s.w. eingehoben werden. Auch hier steht die Ausplünderung der Volksmassen im Vordergrund, immer stärker getragen durch die Umsatzsteuer (jetzt als „Mehrwertsteuer" berechnet). Der Anteil der zahlreichen anderen Verbrauchssteuern, etwa der Tabak-, Mineralöl- oder Alkoholsteuer geht demgegenüber etwas zurück.

Einen relativ geringen und nur wenig wachsenden Betrag machen diejenigen indirekten Steuern aus, die in der Hauptsache von Kapitalisten getragen werden und hier nicht gesondert ausgewiesen sind, wie z.B. die Kapitalverkehrs- und Grunderwerbssteuer, die etwa beim Kauf von bestimmten Wertpapieren, Anteilen an Kapitalgesellschaften und Grundstücken zu entrichten sind.

Die Tabelle 2 zeigt die Entwicklung der Zusammensetzung der Staatseinnahmen aus Abgaben. (Siehe nächste Seite)

Faßt man etwa Lohnsteuer, Umsatzsteu-

Veränderung in der Zusammensetzung der öffentlichen Abgaben

Titel	1960 Mio S	in %	1977 Mio S	in %
Lohnsteuer	2.614	8,49	38.896	21.57
Veranlagte Einkommenssteuer	2.908	9,45	16.689	9.25
Körperschaftssteuer	1.676	5,44	6.775	3,76
Gewerbesteuer und Bundesgewerbesteuer	2.503	8,13	9,236	5.12
Vermögenssteuer	523	1,70	2.607	1,44
Sonstige direkte Steuern	160	0,05	2.038	1,13
Umsatzsteuer samt Zuschläge und Sonderabgaben	8.568	27,83	68.138	37,78
Verbrauchssteuern	3.799	12,34	18.173	10,08
Kfz-Steuer	181	0,06	1.145	0,06
Sonstige Abgaben	7.851	25,50	16.664	9.24
Summe der öff. Abgaben	30.783	100,00	180.361	100,00

Lohnsteueraufkommen in Relation zur Lohn- und Gehaltssumme

Jahr	Lohnsteueraufkommen in Mio S	Lohnsteueraufkommen Index	Lohn- und Gehaltssumme *) in Mio S	Lohn- und Gehaltssumme *) Index	Anteil in %
1960	2.614	100,00	74.076	100,00	3,53
1961	3.196	122,26	82.812	111,79	3,86
1962	3.645	139,44	90.457	122,11	4,03
1963	3.809	145,72	97.636	131,81	3,90
1964	4.636	177,35	107.438	145,04	4,32
1965	5,732	219,28	118.338	159,75	4,84
1966	7.079	270,81	130.281	175,87	5,43
1967	7.444	284,77	141.554	191,09	5,26
1968	7.111	272,04	150.218	202,79	4,73
1969	8.621	329,80	163.412	220,60	5,28
1970	10.460	400,15	178.552	241,04	5,86
1971	12.244	468,40	205.446	277,34	5,96
1972	14.558	556,92	232.793	314,26	6,25
1973	21.132	808,42	272.142	367,38	7,77
1974	27.380	1.047,44	314.570	424,66	8,82
1975	26.755	1.023,53	355.150	479,44	7,53
1976	32.249	1.233,70	391.370	528,34	8,24
1977	38.896	1.487,99	431.300	582,24	9,02
1978	50.872	1.946,14	—	—	—

*)Einschließlich Lohnsteuer, Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeitrag zur Sozialversicherung und angerechnete Pensionen

er, Verbrauchssteuer und Kfz-Steuer — alles Steuern, die im wesentlichen von den Volksmassen getragen werden — so ergibt sich 1960 ein Anteil von rund 49% an der Gesamtsumme der öffentlichen Abgaben, 1977 bereits ein Anteil von rund 70%. Allein die Entwicklung des Anteils der Lohnsteuer — von rund 8% auf rund 22%, also fast eine Verdreifachung, spricht für sich. Auch hier zeigt sich: Die Steuerausplünderung der Volksmassen steigt, die Besteuerung der besitzenden Klassen stagniert oder geht zurück. In seinen eigenen Statistiken offenbart der bürgerliche Staat seinen Klassencharakter.

Wie sehr die Ausplünderung der Lohnabhängigen durch den bürgerlichen Staat zugenommen hat, zeigt die Gegenüberstellung in Tabelle 3. Das Lohnsteueraufkommen hat sich von 1960-1977 etwa verfünffacht, die Lohn- und Gehaltssumme (also, grob gesprochen, die Summe aller Löhne und Gehälter, die in Österreich bezahlt werden) ist nur auf etwa das Sechsfache gestiegen. Der Anteil des Lohnsteueraufkommens an der Lohn-und Gehaltssumme ist von rund 3,5% auf über 9% gestiegen.

Die Aufblähung des Staatsapparats spiegelt sich auch in den Zahlen über sein Abga-

Öffentliche Abgaben insgesamt in Relation zum Bruttonationalprodukt

Jahr	Öffentliche Abgaben Mio. S	Öffentliche Abgaben Index	Bruttonationalprodukt Mio. S	Bruttonationalprodukt Index	Anteil in %
196					
1960	30.783	100,00	163.253	100,00	18,86
1961	36.275	117,84	180.761	110,72	20,07
1962	40.078	130,20	192.349	117,82	20,84
1963	43.178	140,27	207.319	126,99	20,83
1964	48.627	157,97	227.136	139,13	21,41
1965	53.179	172,75	247.431	151,56	21,49
1966	59.127	192,08	267.573	163,90	22,10
1967	61.955	201,26	283.161	173,45	21,88
1968	66.798	217,00	302.762	185,46	22,06
1969	74.485	241,97	331.728	203,20	22,45
1970	83.856	272,41	371.236	227,40	22,59
1971	95.103	308,95	412.701	252,80	23,04
1972	110.635	359,40	469.405	287,53	23,57
1973	116.352	377,97	533.274	326,65	21,82
1974	141.473	459,58	613.460	375,77	23,06
1975	149.013	484,08	654.420	400,86	22,77
1976	162.785	528,81	728.720	446,37	22,34
1977	180.361	585,91	790.500	484,22	22,82
1978	213.072	692,17	—	—	—

benaufkommen wider. In Tabelle 4 sind diese Zahlen dem „Bruttonationalprodukt" (— das ist eine Kennzahl, die den Preis der in einem Jahr hergestellten Waren und Dienstleistungen angibt) gegenüberstellt, zeigt sich ein deutlich rascherer Anstieg der Abgaben, auf etwa das Sechsfache gegenüber einer Verfünffachung des BNP. Dabei ist aber noch zu berücksichtigen, daß das wachsende Defizit des Staatshaushalts, die zunehmende Verschuldung des Staats gegenüber dem Ausland, sich auf das Bruttonationalprodukt auswirkt. Die Bedeckung der Staatsausgaben erfolgt schließlich nur zu einem Teil aus öffentlichen Abgaben.

Die Zahlen, die hier angeführt sind, unterstreichen die Feststellung des Programms des KB:

„Der bürgerliche Staat, in seiner Existenz Ausdruck der Unversöhnlichkeit des Klassengegensatzes zwischen Proletariat und Bourgeoisie, ist geschäftsführender Ausschuß der Kapitalistenklasse. In seinem Kern ist er Maschinerie der Bourgeoisie zur gewaltsamen Niederhaltung und Unterdrückung der Arbeiterklasse. Immer größer wird im Imperialismus auf Grundlage der zunehmenden Vergesellschaftung der Produktion bei Fortexistenz des kapitalistischen Privateigentums die Rolle des Staates, immer mehr bläht sich der Staatsapparat auf. Immer mehr gesellschaftliche Funktionen zieht der Staat an sich und verwandelt sie in bürokratische Tätigkeiten seiner Verwaltungs-und Unterdrückungsmaschinerie. Immer häufiger und tiefgehender werden die staatlichen Eingriffe in das Wirtschaftsleben bis zur direkten Übernahme und Leitung ganzer Wirtschaftszweige im Interesse der Kapitalistenklasse. Immer stärker werden Ausplünderung und politischer Druck. Immer schwerer lastet der Staatsapparat als unproduktiver schmarotzender Auswuchs am Körper der Gesellschaft. Das Finanzkapital macht sich in immer direkterer Weise den Staat dienstbar." (Programm des Kommunistischen Bundes Österreichs, S 14-15)

1 Million für den Parteiaufbau

Mitte März hat das ZK des KB zur Sammlung von 1 Million Schilling bis Jahresende aufgerufen, um den Parteiaufbau auch in bezug auf die technische Ausrüstung der Organisation einen großen Schritt voranzubringen. Das Geld dient der Finanzierung einer neuen Fotosatzanlage zur Unterstützung der Umstellung des „Klassenkampf" auf Wochenzeitung ab Oktober; der Verbesserung der Ausrüstung der Druckereien der Ortsgruppen (Druck- und Abziehmaschinen); und der Finanzierung eines besseren technischen Verbindungssystems in der Organisation. Für die 1. Etappe der Sammlung bis zum 31.7. wurde das Ziel gesteckt, 500.000 Schilling zu sammeln. Tatsächlich konnte dieses Zwischenziel mit einem Ergebnis von S 613.774,60 weit übertroffen werden!

Bis zum 31.7.1978 sind auf dem Spendenkonto eingetroffen:

aus Bregenz	4.261,00
aus Graz	53.823,55
aus Hallein	1.000,00
aus Innsbruck	37.798,95
aus Kapfenberg	17,50
aus Klagenfurt/Celovec	16.495,27
aus Knittelfeld	8.816,45
aus Köttmansdorf/Kotmara vas	200,00
aus Leibnitz	700,00
aus Linz	91.220,80
davon MLS Linz	*6.201,60*
aus Salzburg	33.074,60
davon MSB Salzburg	*8.297,60*
aus St. Valentin	100,00
aus Traisen	750,00
aus Traiskirchen	460,00
aus Tulln	40,00
aus Villach	615,00
aus Wien	302.564,92
davon MLS Wien	*34.932,70*
davon VKI Wien	*93.756,00*
aus Wr. Neustadt	50,00
von zentralen Einheiten	61.144,36
von Leser aus der BRD	142,20
Endsumme 1. Etappe	*613.774,60*

Inzwischen hat die 2. Etappe der Spendensammlung bereits begonnen. Auch für diese Etappe gelten S 500.000 als Ziel — und auch für diese Etappe kann dieses Ziel sicherlich erheblich übertroffen werden, wenn die Sammlung von unseren Freunden weiter so stark unterstützt und von unseren Ortsgruppen, Zellen und Massenorganisationen entsprechend der festgelegten Linie durchgeführt wird (siehe Bericht in „Klassenkampf" 16/78, letzte Seite).

Zwischenstand in der 2. Etappe
Zwischen dem 1.8. und dem 23.8. sind folgende Beträge auf dem Spendenkonto eingetroffen:

aus Graz	5.399,52
Handenberg/OÖ	32,00
Jenbach/Tirol	40,00
Klagenfurt	3.149,10
Leibnitz	300,00
Linz	7.285,90
Salzburg	4.243,82
davon MSB Salzburg	*1.660,30*
St. Jakob	220,00
Wien	34.627,00
davon VKI Wien	*18.343,00*
davon MLS Wien	1.235,00
Zentrale Einheiten	1.050,00
Zwischensumme 2. Etappe bis 23.8.	*55.685,34*

Über die Einseitigkeit in der politischen Arbeit

Vorbemerkung

Der folgende Beitrag ist ein Abschnitt des Referats des Stellvertretenden Sekretärs des ZK auf einer Vollversammlung der MLS Wien, der marxistisch-leninistischen Studentenorganisation der Ortsgruppe Wien des KB. Diese Vollversammlung fand am 1.9.1978 statt, wurde am 2.9. fortgesetzt und von einer außerordentlichen Delegiertenkonferenz der MLS abgeschlossen, die eine Resolution über den Charakter, die Hauptursachen und die Methoden zur Behebung der Krise beschloß, in der sich die MLS in Wien derzeit befindet. Der hier abgedruckte Abschnitt der Rede auf dieser Vollversammlung befaßt sich mit einer der Abweichungen, in denen nach Auffassung des KB und der a.o. DK der MLS die Ursachen der Krise der Studentenorganisation zu suchen sind. Die Frage der Einseitigkeit in der politischen Arbeit ist jedoch nicht nur in der Arbeit unter den Studenten bzw. der MLS Wien von Bedeutung. Auch in der sonstigen Arbeit des KB müssen Erscheinungen der Einseitigkeit in der Politik bekämpft werden. In diesem Sinn ist der folgende Beitrag nicht nur für die Genossen von Nutzen, die mit unserer Politik unter den Studenten befaßt sind.

In unserer Politik unter den Studenten müssen wir — wie in allen Bereichen unserer Politik — Einseitigkeit vermeiden. Einseitigkeit ist immer falsch, weil sie der Wirklichkeit nicht entspricht. In unserer Politik unter den Studenten gibt es noch viele Erscheinungen der Einseitigkeit, die beträchtlichen Schaden anrichten. Vor allem zeigen sie sich schon in der Frage, von welcher Seite wir die Gewinnung der Masse der Studenten überhaupt anpacken sollen. Was sind solche Erscheinungen der Einseitigkeit in dieser Hinsicht?

Manche Genossen sind der Meinung, daß wir unsere Arbeit unter den Studenten vor allem von den Fragen ihrer Studienbedingungen und ihrer besonderen materiellen Probleme her entwickeln sollen. Sie beschäftigen sich in der Hauptsache mit diesen Fragen. Wenn sie unter den Studenten auftreten, sprechen sie sie vor allem auf diese Fragen an. Wenn sie Flugblätter schreiben, werfen sie fast immer nur die Fragen auf. In der Kommunistischen Studentenzeitung sähen sie am liebsten nur solche Fragen behandelt.

Andere Genossen sind der Meinung, daß diese Studentenfragen nicht so wichtig sind, und wir unsere Politik unter den Studenten in der Hauptsache von solchen Fragen her entwickeln müssen, die objektiv oder manchmal auch subjektiv im Klassenkampf der Masse des übrigen Volkes im Vordergrund stehen. Sie beschäftigen sich fast nie mit Studienproblemen oder der materiellen Lage der Studenten. Wenn sie unter den Studenten auftreten, dann fast immer zu bestimmten Fragen des internationalen Klassenkampfes, zur imperialistischen Energiepolitik, zu gerade laufenden Lohnrunden in wichtigen Branchen usw. Ihre Flugblätter greifen fast nur solche Themen auf. In der Kommunistischen Studentenzeitung wollen sie in erster Linie solche Fragen behandelt sehen.

Einige Genossen wieder meinen, daß wir die Studenten an den Kommunismus vor allem so heranführen können, daß wir uns mit der Wissenschaft auseinandersetzen, die sie studieren. Sie meinen, daß wir uns in der Hauptsache darauf konzentrieren sollten, uns gute Kenntnisse in den verschiedenen Zweigen der Wissenschaft anzueignen, ihre bürgerliche Beschränktheit und Fäulnis gut kritisieren zu lernen, und so die Studenten für den Standpunkt des Proletariats zu gewinnen. Es gibt wenige Genossen, die diesen Gesichtspunkt in die Praxis umsetzen, aber es gibt nicht wenige, die diesen Gedanken im Kopf haben und glauben, daß es eigentlich so gemacht werden sollte.

Nicht immer kommen diese einseitigen Standpunkte in dieser klaren Form zutage. Aber sie liegen oft unausgesprochen der praktischen Tätigkeit zu Grunde. Sie zeigen sich nicht immer darin, daß nur die eine für entscheidend gehaltene Tätigkeit ausgeführt wird. Oft zeigen sie sich darin, *wie* die anderen Tätigkeiten ausgeführt werden, die nicht für wesentlich gehalten werden, wieviel Kräfte dafür aufgewendet werden, welche Tätigkeiten nur mechanisch abgespult werden, weil es gerade dem Plan und den Festlegungen der Organisation entspricht, während auf andere viel Mühe und Initiative aufgewendet wird. Aber die Einseitigkeit kommt doch immer deutlich zum Tragen, sei es in offener, sei es in mehr oder weniger verdeckter Form.

Einseitigkeit ist immer falsch, weil sie der Wirklichkeit widerspricht. Alle die genannten Erscheinungen haben miteinander gemeinsam, daß sie in beliebiger Weise verschiedene Seiten des Prozesses auseinanderreißen oder verabsolutieren, in dem die Studenten ihr Denken und Handeln entwickeln. Wenn wir in unserer Politik auf diesen Prozeß Einfluß nehmen wollen, müssen wir aber ein allseitiges und kein einseitiges Bild von diesem Prozeß haben, ein der tatsächlichen Bewegung dieses Prozesses entsprechendes und kein starres Bild. Sonst können wir keine richtige Politik entwickeln, die diesem Prozeß tatsächlich beeinflussen kann.

Der Marxismus lehrt, daß das Bewußtsein der Menschen durch ihre gesellschaftliche Praxis bestimmt wird, und daß dieses Bewußtsein auf die gesellschaftliche Praxis einwirkt, indem es sie leitet. Unter gesellschaftlicher Praxis verstehen wir in erster Linie die materielle Produktionstätigkeit, den Klassenkampf und das wissenschaftliche Experimentieren. Diese Formen der gesellschaftlichen Praxis sind die Hauptquellen der menschlichen Erkenntnis von Natur und Gesellschaft. Die materielle Produktionstätigkeit ist davon die grundlegendste und wichtigste. Von den anderen Formen der gesellschaftlichen Praxis, dem politischen, wissenschaftlichen und kulturellen Leben, beeinflußt vor allem der Klassenkampf am nachhaltigsten die Entwicklung des menschlichen Bewußtseins auf der Grundlage der jeweiligen Klassenlage, die in der Stellung in den jeweils eingegangenen Produktionsverhältnissen begründet ist.

Die Einseitigkeit der vorhin genannten Vorstellungen über die Entwicklung unserer Politik unter den Studenten besteht darin, daß sie jeweils nur eine Form der gesellschaftlichen Praxis als die das Bewußtsein der Studenten bestimmende anerkennen und deshalb auch in der Politik einseitig das Gewicht auf die Beeinflussung dieser Form der Praxis und der ihr entspringenden Ideen legen. Dazu kommt, daß sie das Verhältnis dieser verschiedenen Formen der gesellschaftlichen Praxis untereinander beliebig und subjektiv behandeln. Alles zusammengenommen, führt eine solche Einseitigkeit notwendigerweise zu einer schädlichen Einschränkung der eigentlichen politischen Praxis und damit auch der eigenen Erkenntnismöglichkeiten. Sie verhindert die Entwicklung einer richtigen politischen Linie.

Die Masse der Studenten ist selbst noch nicht unmittelbar und dauerhaft in die materielle Produktionstätigkeit der Gesellschaft einbezogen. Manche Genossen ziehen daraus den Schluß, daß diese Form der gesellschaftlichen Praxis deshalb auch keinen großen Einfluß auf ihr Bewußtsein ausübt. Das ist aber nicht richtig.

In der materiellen Produktion sammeln die Menschen Erfahrungen und entwickeln ihre Erkenntnis der Gesetzmäßigkeiten der Natur und der Gesellschaft. Zum Zweck der materiellen Produktion gehen alle Menschen bestimmte Produktionsverhältnisse ein. Ihre jeweilige Stellung in diesen Produktionsverhältnissen, denen bestimmte Eigentumsverhältnisse entsprechen, bestimmt die Klassenlage der Menschen. Sämtliche Ideen, die in der Gesellschaft auftreten, tragen die Muttermale einer bestimmten Klassenlage, einer bestimmten Klasse. Und alle diese Ideen haben als wesentlichste Quelle die materielle Produktionstätigkeit der Gesellschaft, egal wie der Mensch, in dessen Kopf sie sich widerspiegeln, selbst an dieser Tätigkeit teilnimmt, ob als direkter Produzent, als Vermittler der Produktion oder als Schmarotzer.

In der materiellen Produktionstätigkeit der kapitalistischen Gesellschaft erfährt sich die Arbeiterklasse als produzierende und ausgebeutete Klasse, der die Zukunft gehört, wie immer sie diese Erfahrungen in den verschiedenen Stadien ihrer Entwicklung in ihrem Bewußtsein verarbeitet. Die imperialistische Bourgeoisie erfährt sich als schmarotzende und niedergehende Klasse, wie immer sie diese Erfahrung in den verschiedenen Stadien ihrer Entwicklung in ihrem Bewußtsein verarbeitet. Und so verhält es sich auch mit allen anderen Klassen und Schichten.

Die Studenten werden in ihrer Studienzeit auf ihre Tätigkeit in diesem System der materiellen Produktion vorbereitet. Ihre ganze Existenz ist von diesem System der materiellen Produktionstätigkeit der Gesellschaft geprägt. Zweck, Inhalt und Bedingungen ihres Studiums haben ihre Wurzeln in diesem System. Die Klassenlage ihrer Familie wie ihre eigene künftige Klassenlage sind die Grundlage, auf der sie die übermittelten Erfahrungen und Erkenntnisse der Menschen aus der materiellen Produktion der Gesellschaft verarbeiten und ihre eigene unmittelbare Erfahrung und Erkenntnis in der Praxis der Vorbereitung auf ihre spätere Tätigkeit in der materiellen Produktion entwickeln.

Der Kapitalistensohn an der Universität wird über die „Wohlstandsgesellschaft" in der Regel andere Ideen haben als der Arbeitersohn, auch wenn beide das gleiche Fach studieren. Warum? Weil der Arbeitersohn an der Praxis seiner Familie in der kapitalistischen Produktion in bestimmter Weise teilnimmt, weil die praktischen Erfahrungen seiner Familie in der materiellen Produktion und der Klasse, der sie zugehört, seine Auffassungen prägen, weil seine materielle Existenz in seiner Kindheit wie in seinem Studium von der Stellung seiner Familie bestimmt wurde und wird, weil er auf Grund dieser Stellung in seinen Studienbedingungen besonderen Formen des Drucks, der Gewalt und der Dressur durch den bürgerlichen Staat unterworfen werden muß, um ihn für die Zwecke der herrschenden Klasse abzurichten usw. Wie sollte sich all das nicht in seinem Bewußtsein widerspiegeln, und auf die Verarbeitung aller seiner Eindrücke und Kenntnisse aus anderen Bereichen der gesellschaftlichen Praxis, an denen er teilnimmt, tiefgehenden Einfluß ausüben?

Es gibt Genossen, die die Studenten so betrachten, als wären sie durch eine Mauer von Verhältnissen getrennt, in denen sie aufgewachsen sind, von ihrer Familie und der Klasse, der sie entstammen, ja sogar von ihren eigenen heutigen Lebensverhältnissen, wie sie sich wesentlich aus der Stellung ihrer Familie und der ihnen selbst zugedachten Zukunft während ihres Studiums bestimmen. Für sie schweben die Studenten in der Luft und fliegen ihnen ihre Ideen aus dem Himmel, vom Katheder oder aus Büchern zu. Diese Genossen können sich damit auch nicht richtig die Veränderungen in der politischen Lage an den Universitäten erklären. Diese haben ihre Grundlage eben darin, daß heute, im Gegensatz zu früheren Jahrzehnten, die rasch angewachsene Masse der Studenten aus dem werktätigen Volk stammt, mit ihm in vielfältiger Weise verbunden ist, ihre ganzen Existenzbedingungen eng mit dem Schicksal vor allem der Lohnabhängigkeit verknüpft sind, und auf sie selbst nichts anderes als Lohnabhängigkeit wartet, die objektiv für die Masse von ihnen kaum noch durch Privilegien und Bestechung „vergoldet" ist.

Wenn das aber so ist, wie könnte man diese Studenten für den Kommunismus gewinnen, ohne diese Tatsache zu berücksichtigen? Sie berücksichtigen aber heißt, ihre *gesamte* gesellschaftliche Praxis und Erfahrung zum Gegenstand unserer Politik zu machen, vor allem auch ihre eigenen materiellen Existenzbedingungen. Wovon der Mensch lebt, und wie er dementsprechend lebt — das ist eben bei allen Menschen, also auch bei den Studenten der grundlegende Faktor ihrer gesellschaftlichen Praxis, die ihr Bewußtsein prägt.

Die Produktionsverhältnisse sind die tiefste Grundlage des Klassenkampfs. Von allen Formen des politischen, kulturellen, wissenschaftlichen Lebens ist der Klassenkampf die wesentlichste Form, was ihre Auswirkung auf das Bewußtsein der Menschen betrifft. Der Klassenkampf ist einerseits eine permanente Erscheinung in der Klassengesellschaft, andererseits aber natürlich eine Erscheinung, die niedrigere und höhere Entwicklungsstufen, Phasen des Kräftesammelns und Phasen der massenhaften Beteiligung der Massen durchläuft. Dementsprechend nehmen also die Menschen in bestimmten Phasen mehr und bewußter an dieser Form der gesellschaftlichen Praxis teil und entwickelt sich auch ihr Bewußtsein rascher, in anderen Phasen wieder in geringerem Maß. Das ist eine Frage des subjektiven Faktors und der objektiven Bedingungen und der Entwicklung beider.

Auch hier ist die Einseitigkeit der Betrachtung der Sache falsch. Der Lage und den materiellen Existenzbedingungen der Studenten entsprechend, werden sie keineswegs nur in einem streng abgezirkelten Umkreis von Fragen in den Klassenkampf hineingezogen. Die mittellosen Studenten müssen um ihre materiellen Existenzbedingungen kämpfen, einmal um ausreichende Stipendien, zum anderen, wie jeder andere aus dem Volk auch, gegen die Ausplünderung auf dem Warenmarkt, gegen steigende Preise, Mieten usw. Auch sie sind der staatlichen Ausplünderung über die indirekten Steuern und Tarife unterworfen und müssen sich dagegen erheben. Auch sie sind der politischen Entrechtung und vielfältigen Formen der staatlichen Unterdrückung unterworfen, und müssen dagegen ankämpfen. Auch sie sind von den Folgen des Weltherrschaftsstrebens der Supermächte, von der Kriegsgefahr betroffen und müssen sich zum Kampf dagegen zusammenschließen. Schon jetzt ist es so, daß die Studenten, wo sie in Bewegung kommen, sich keineswegs an eines der Schemata halten, die manche unserer Genossen im Kopf haben, und entweder nur um Stipendien und Einfluß auf die Studienbedingungen, oder nur gegen die AKW-Politik oder nur an der ideologischen Front gegen die bürgerliche Fesselung und Verkrüppelung der Wissenschaft kämpfen. Aus allen ihren Kampferfahrungen, an welcher Front und in welcher Frage auch immer, ob aus direkter Teilnahme oder indirekter Erfahrung durch Vermittlung der Kampferfahrung anderer — aus all diesen Erfahrungen ziehen sie ihre Schlüsse und geht nachhaltige Wirkung auf ihr Bewußtsein aus. Um darauf Einfluß zu nehmen, müssen auch wir ein allseitiges und kein einseitiges Bild vom Klassenkampf und von der Teilnahme der Studenten daran haben, müssen sie auf möglichst großer Stufenleiter in alle diese Kämpfe einzubeziehen suchen und müssen wir ihre direkten und indirekten Erfahrungen daraus verarbeiten und mit Hilfe des Marxismus-Leninismus *richtig* verarbeiten helfen.

Die heutige Praxis der Kommunisten unter den Studenten entspricht dem noch keineswegs. Man kann das so darstellen: Die einen sehen im Studenten nur den Menschen, der im Hörsaal sitzt, und seinen Kampf gegen bürgerliche Indoktrination und unterdrückerische Studienbedingungen auszufechten hat. Seine gesellschaftliche Praxis außerhalb des Hörsaals bleibt unbeachtet. Die anderen sehen im Studenten wieder nur den Menschen, der an Demonstrationen gegen die AKW-Politik und Minderheitenunterdrückung teilnimmt. Seine gesellschaftliche Praxis als Student an den Hochschulen und seine materiellen Existenzbedingungen bleiben unbeachtet. Und so weiter. Der eine sieht nur den Kopf der Studenten, der andere nur den Bauch, der dritte nur seine Füße — der Student und seine gesellschaftliche Praxis in ihre Teile zerlegt, und jeder, der ein Stück davon zu fassen kriegt, meint, er hätte damit den Studenten in der Hand.

Demgegenüber erheben wir nun in Übereinstimmung mit der objektiven Wirklichkeit die Forderung nach *allseitiger* Politik unter den Studenten. Alle ihre Erfahrungen aus der gesellschaftlichen Praxis müssen angesprochen, verarbeitet, auf eine höhere Stufe der Erkenntnis gehoben, zur Grundlage noch umfassenderer und bewußterer Teilnahme an der gesellschaftlichen Praxis der Massen in all ihren Formen gemacht werden. Wir wissen, daß wir Allseitigkeit im höchstmöglichen Ausmaß immer *anstreben* müssen, um der objektiven Wirklichkeit gerecht zu werden.

Hier stellen sich natürlich sofort einige

konkrete Fragen. Drei davon will ich kurz behandeln. 1. Von welcher Warte aus müssen wir die Erfahrungen der Studenten ansprechen, verarbeiten, weiterentwickeln? 2. Bedeutet die Forderung nach Allseitigkeit Zersplitterung und Verzicht auf Schwerpunktsetzung? 3. Welches sind die Hauptgebiete, in denen wir die Einseitigkeit in der politischen Arbeit überwinden müssen?

Zur ersten Frage: Wir haben von seiten des KB in letzter Zeit wiederholt Kritik an der Tendenz in der Politik der MLS geübt, *„die besonderen Studentenfragen zum ‚Nabel' der Welt zu machen, von ihnen auszugehen, und die Gesamtlage und die Aufgaben nur mehr zu ‚berücksichtigen', die an den Hauptfronten des Kampfs zwischen den Arbeiter- und Volksmassen und der herrschenden Klasse stehen." („Zwei Artikel Lenins über die Studentenbewegung. Mit einem aktuellen Kommentar.", Wien 1978, Seite 34f)*

Warum ist diese Tendenz falsch und schädlich? Sie ist es, weil sie in Widerspruch zur objektiven Wirklichkeit und zu den Gegebenheiten des Klassenkampfs steht. Die besonderen Widersprüche an den Hochschulen haben ihre Wurzel nicht an den Hochschulen selbst, sondern außerhalb der Hochschulen, in den grundlegenden Produktionsverhältnissen und den in letzter Instanz von ihnen bestimmten Gegebenheiten des wirtschaftlichen, politischen, kulturellen, militärischen Lebens der Gesellschaft. Was an den Hochschulen gelehrt wird, wieviel Studenten es gibt, welchen Studien- und Existenzbedingungen sie unterworfen sind, welchen Formen der politischen Unterdrückung sie ausgesetzt sind, wie das Verhältnis der Studenten, der Professoren und der Hochschulbürokratie zueinander ist, wie die politische Gruppierung und Auseinandersetzung unter den Studenten sich entwickelt — all das läßt sich nicht aus den Hochschulen selbst oder im Rahmen der Hochschulen erklären, und verstehen, ist nicht in erster Linie von ihnen abhängig, sondern ist im Gegenteil selbst von der Gesamtentwicklung und dem Gesamtzustand der Gesellschaft abhängig und in letzter Instanz bestimmt.

Wenn wir also sagen, alle besonderen Widersprüche an den Hochschulen müssen von der Warte der Entwicklung der grundlegenden Widersprüche unserer Gesellschaft beurteilt und behandelt werden, so ist das nicht Ausdruck unseres subjektiven Wunsches, die Studenten „für die Gesellschaft" oder „für den Klassenkampf außerhalb der Hochschulen" zu interessieren, sondern ein Erfordernis, das der objektiven Wirklichkeit entspricht. Es handelt sich also um eine Frage von richtig und falsch, von Übereinstimmung mit der Wirklichkeit oder nicht. Wenn wir z.B. bei der Behandlung der Frage der Studentenheime nur die besondere Situation unter den Studenten betrachten und von ihr ausgehen, müssen wir unbedingt zu falschen Beurteilungen der Frage und zu einer falschen Politik kommen. Erst wenn wir die Wohnungsfrage, wie sie sich für die gesamte Gesellschaft stellt, und ihren Kern, die Frage des Privateigentums an den Produktionsmitteln gut verstanden haben, und *davon* ausgehen können, können wir auch zu einer richtigen Beurteilung der konkreten Verhältnisse und politischen Erfordernisse in dieser Frage unter den Studenten gelangen. Das ist im übrigen auch eine der konkreten Formen, in der wir unseren Anspruch verwirklichen, in allem und jedem vom Standpunkt der Arbeiterklasse auszugehen.

Soweit zur ersten Frage. *Dann zur zweiten:* Bedeutet die Forderung nach Allseitigkeit Zersplitterung und Verzicht auf Schwerpunktsetzung? Wir alle wissen, daß es gegenwärtig in der Politik der MLS — und nicht nur der MLS — vielfältige Erscheinungen der Zersplitterung und des Verzichts auf Schwerpunktsetzung gibt. Offenbar ist es also so, daß Zersplitterung und Verzicht auf Schwerpunktsetzung sich glänzend vertragen mit der von uns festgestellten Einseitigkeit in der Politik. Das ist auch kein Wunder. Denn solange es die verschiedensten einseitigen Standpunkte im Herangehen an die Politik nebeneinander oder im raschen Wechsel gibt, *muß* es notwendigerweise Zersplitterung und Verzicht auf Schwerpunktsetzung geben. Umgekehrt ist es so, daß Allseitigkeit im Herangehen an die Politik die Voraussetzung für die Vermeidung von Zersplitterung und für eine planmäßige Schwerpunktsetzung ist. Allerdings ist eine solche Allseitigkeit erst die Voraussetzung dafür. Konzentration der Kräfte auf die wesentlichen Aufgaben und Entfaltung einer Agitprop und Politik in den Fragen, die objektiv und subjektiv gerade die größte Bedeutung haben, das erfordert eine beständige Analyse der objektiven Lage der gesellschaftlichen Praxis und der vorherrschenden Ideen, und dann die konkrete Entscheidung und Festlegung entsprechend diesen Umständen und den eigenen Kräften. Kurz gesagt: Allseitigkeit ist nicht gleichbedeutend mit „Alles auf einmal anpacken". Allseitigkeit heißt erstens, unter Berücksichtigung aller wesentlichen Seiten der Sache die Hauptaufgabe und die Nebenaufgaben auf allen wesentlichen Gebieten festlegen, und heißt zweitens, jede Frage in korrekter Weise als Teil des Ganzen und dem Ganzen untergeordnet behandeln.

Damit kommen wir *zur dritten Frage:* Welches sind die Hauptgebiete, in denen wir die Einseitigkeit in der politischen Arbeit überwinden müssen? Oder anders gesagt, welche Gebiete unserer politischen Arbeit unter den Studenten sind infolge der bisherigen Einseitigkeit in unserer Politik besonders „unterentwickelt"? Hierzu ist zu sagen, daß infolge der bisherigen Einseitigkeit auf *allen* Gebieten ein großer Nachholbedarf besteht, sowohl was die Behandlung der materiellen, wirtschaftlichen Existenz der Studenten betrifft, als auch was die Agitations-, Propaganda-und Organisierungsarbeit betrifft. Aber es steht wohl außer Zweifel, daß das größte „Notstandsgebiet" in unserer Politik in gewisser Hinsicht das Studium ist. Man kann sogar sagen, daß das Studium überhaupt nicht als Gegenstand unserer Politik aufgefaßt wird. Das ist eigentlich erstaunlich, ist das Studium doch der eigentliche Zweck, zu dem die Studenten an den Hochschulen zusammengefaßt sind, also das, was sie überhaupt erst einmal zu Studenten macht. Trotzdem gibt es die hartnäckige schlechte Tradition, daß sich die MLS als Organisation und die meisten der kommunistischen Studenten gar nicht oder zumindest nicht als Kommunisten mit dem Studium befassen. In vielen Fällen studieren sie selbst kaum und soweit sie studieren, setzen sie sich meist weniger mit den Inhalten und Bedingungen ihres Studiums auseinander als jeder beliebige andere Student. Sie schließen sich auch kaum mit den anderen Studenten im Studium zusammen zur bewußten Auseinandersetzung mit den Inhalten und Bedingungen und zur gegenseitigen Unterstützung im Studium. Mit einem Wort: Sie überlassen das Studium der Herrschaft der Bourgeoisie und ihrer Hochschulbürokratie, den bürgerlichen Gruppen an den Hochschulen und dem spontanen Lauf der Auseinandersetzung der Studenten mit ihrem Studium.

In diesem Zusammenhang ein Wort zur Kritik der bürgerlichen Wissenschaft. Es gibt seit langem einen Popanz mit diesem Namen. In gewisser Weise ist dieser Popanz an die Stelle einer wirklichen Politik in der Frage des Studiums getreten und hat sie erwürgt.



Zwei Artikel Lenins über die Studentenbewegung
„Welchen Nutzen kann man sich aus dem Studium der in dieser Broschüre abgedruckten Aufsätze von Le*nin für das Verständnis der Lage und der Aufgaben in der revolutionären Arbeit unter den Studenten in der heutigen Zeit und in einem entwickelten imperialistischen Land erwarten? Gar keinen, wenn man darin fertige Analysen und Antworten sucht, die auf die heutigen Verhältnisse ‚passen'. Beträchtlichen Nutzen jedoch, wenn man von Lenins Herangehen an die Analyse der Lage und Aufgaben der Studentenbewegung in Rußland 1903 und 1908 zu lernen bereit ist, wenn man seine Methode, und das, was von seinen Schlußfolgerungen allgemeingültig ist, sich anzueignen und auf die konkreten Verhältnisse hier und heute anzuwenden bereit ist."* (Aus dem Kommentar zu Lenins Aufsätzen über die Studentenbewegung)
Inhalt
Lenin: Die Aufgaben der revolutionären Jugend (1903)
W.I. Lenin: Die Studentenbewegung und die gegenwärtige politische Lage (1908)
Kommentar zu Lenins Aufsätzen über die Studentenbewegung
40 Seiten Preis S 5,- *Zu beziehen über Alois Wieser Ges.m.b.H., Vertrieb revolutionärer Literatur und Schallplatten, 1042 Wien, Postfach 13*

Kritik der bürgerlichen Wissenschaft — da denkt jeder gleich an das ewig unerreichbare Monsterwerk, das man einmal zu einer bestimmten wissenschaftlichen Frage schreiben wird, oder an den berühmten Ansatzpunkt, an dem man den Studenten in irgendeinem Fach endlich einmal schlagend beweisen wird, daß die ihnen gelehrte Wissenschaft tatsächlich bürgerlich ist, und der Bourgeoisie statt dem Volk nützt. Zu manchen Zeiten werden derartige Projekte hervorgeholt und einige Mühe auf sie verwendet, meist ohne erwähnenswerte Ergebnisse, was in der Natur der Sache liegt. Mit dem Studium, wie es tatsächlich von den Studenten und eben auch von unseren eigenen Genossen betrieben wird, haben diese Projekte verzweifelt wenig zu tun. Im *wirklichen* Studium herrschen ganz andere Gesetze. Da kann man sich nicht auf den „idealen Ansatzpunkt zur Entlarvung der bürgerlichen Wissenschaft" beschränken, sondern muß sich wohl oder übel auf einer ganzen Reihe von Gebieten des eigenen Fachs mit einer Vielfalt von Fragen auseinandersetzen, Kenntnisse aneignen, oder das, was als solche Kenntnis ausgegeben wird, muß Lehrveranstaltungen verschiedenster Art absolvieren, Prüfungen ablegen usw. In diesem *wirklichen* Studium herrschen praktisch uneingeschränkt die Gesetze der Bourgeoisie und die besagen: Idealismus als Grundanschauung und Methode, Verkrüppelung der wissenschaftlichen Erkenntnis, Anheizung der Konkurrenz unter den Studenten und „Auslese", klassenmäßige Entrechtung und Unterdrückung. In diesem *wirklichen* Studium finden sich unsere kommunistischen Studenten genauso vor wie die anderen, nämlich diesen Gesetzen der Bourgeoisie unterworfen, vereinzelt und bewußtlos der Einzelkonkurrenz ausgeliefert, als stumme Opfer der Paukerei und des Wettlaufs um die Scheine.

Dieser rauhen, ganz unidealen Wirklichkeit des Studiums auf der einen Seite steht der „ideale" Popanz der ominösen „Kritik der bürgerlichen Wissenschaft" auf der anderen Seite gegenüber. Ist das nicht ein schreiender Widerspruch? Es *ist* einer, und er kommt auch zwangsläufig zutage. Einmal in der eigentlich ganz grotesken Erscheinung, daß Genossen „wegen ihrer politischen Arbeit nicht zum Studium kommen", oder umgekehrt „wegen ihres Studiums ihre politische Arbeit einschränken oder einstellen müssen", wie es heißt. Zum anderen darin, daß unsere Genossen an den Hochschulen entweder Studenten „besonderen Typs" sind, die keine Ahnung vom Studium und den wirklichen Studienbedingungen haben und sich deshalb auch mit ihren Kollegen nicht zusammenschließen können, oder eben im besten Fall Studenten wie alle anderen sind, für die der Kommunismus, die kommunistische Politik dort aufhört, wo das wirkliche Studium anfängt.

So ist, denke ich, die Lage auf diesem Gebiet. Wir stehen vor der Aufgabe, das Studium überhaupt erst einmal wirklich zum Gegenstand kommunistischer Politik zu machen, also unsere eigene gesellschaftliche Praxis auf diesem Gebiet und die Praxis der Masse der Studenten bewußt als Kommunisten zu analysieren, daran bewußt und organisiert als Kommunisten teilzunehmen und sie bewußt und organisiert als Kommunisten zu gestalten. Das ist eine ganz entscheidende Aufgabe, die uns im Kampf gegen die Einseitigkeit in unserer Politik bevorsteht. Dabei werden wir zwangsläufig auch den Popanz der Kritik der bürgerlichen Wissenschaft von seinem Podest schmeissen, und das an seine Stelle setzen, was wohl alle unsere Genossen selbst dringend notwendig haben: bewußt, planmäßig und als Kommunist studieren und sich dabei mit den Inhalten des Studiums laufend kritisch auseinandersetzen, mit denen man tagtäglich in seinem ganz normalen Studienverlauf konfrontiert ist und an denen *sie* sich genauso wie jeder andre Student auch so oder so abarbeiten müssen — jenseits von allen großartigen und doch nie realisierten Monsterprojekten der sogenannten „Kritik der bürgerlichen Wissenschaft".

An anderer Stelle des Referats wurde zu dieser Frage im weiteren festgestellt:

Bei der Inangriffnahme des Aufbaus einer Bewegung für ein kollektives selbständiges Studium handelt es sich um etwas Neues, und wie bei allem Neuem ist es so, daß die Sache auch unfertig und noch nicht in allen Konsequenzen durchdacht ist. Jetzt ist vor allem wichtig, daß Ihr den Gedanken selber gut begreift. Habt Ihr den Gedanken begriffen, dann wird es Euch nicht schwerfallen, ihn entsprechend den konkreten Bedingungen in die Praxis umzusetzen, und in dieser Praxis diesen Gedanken weiterzuentwickeln und nötigenfalls zu korrigieren.

Der Gedanke mit dem kollektiven selbständigen Studium ist keine subjektivistische Erfindung, sondern beruht auf einer gewissen Analyse der Wirklichkeit und der Praxis. Die Zwecke, die die Bourgeoisie mit den Hochschulen und der Organisation des Studiums verfolgt, bedingen, daß die Studenten während ihres Studiums in vielfältiger Weise in Konkurrenz zueinander gesetzt werden und ihr selbständiges Denken und Handeln neben der offenen *bürokratischen* Unterdrückung durch eben diese Konkurrenz unterdrückt wird. Dagegen entwickeln sich spontan Formen der kollektiven Arbeit und gegenseitigen Unterstützung unter den Studenten. Diese nehmen vielfältige Formen an, von gering entwickelten, wie dem Ausleihen von Mitschriften und dem sogenannten Schwindeln bei schriftlichen Prüfungen bis zu höher entwickelten wie der Forderung nach Anerkennung von Kollektivarbeiten und entsprechender Kollektivberatung, der Forderung nach Zulassung aller zu bestimmten geschlossenen Lehrveranstaltungen usw.

Dieser spontane Widerstand gegen die Zersplitterung und Einzelkonkurrenz birgt große Möglichkeiten in sich. Wird er bewußt und organisiert als Kommunist, kann er große Sprengkräfte im Kampf gegen die bürgerliche Hochschulpolitik entfalten, da er der Einzelkonkurrenz der Studenten den Kollektivismus entgegensetzt, der Kollektivismus im Studium die selbständige kritische Auseinandersetzung mit der Wissenschaft fördert und die Organisiertheit ist in besseren Bedingungen im Kampf um die selbständige Einflußnahme auf die Studien- und Existenzbedingungen umsetzen wird. Dieser



Arbeiterklasse und Kernenergie

Inhalt:
Die Geschichte der Erkenntnis und Nutzung der Energiequellen durch den Menschen
Die kapitalistischen Produktionsverhältnisse stehen der Beherrschung der Produktivkraft Kernenergie im Weg.
Erschienen im Verlag Alois Wieser.
40 Seiten Preis S 20,-

Die von der I. ordentlichen Nationalen Delegiertenkonferenz des KB verabschiedete Resolution zur Arbeit der Kommunisten unter den Studenten kann als Separatdruck aus den Dokumenten der I. o. NDK über *Zu beziehen über Alois Wieser Ges.m.b.H., Vertrieb revolutionärer Literatur und Schallplatten, 1042 Wien, Postfach 13 bezogen werden.*
18 Seiten Preis S 2,-

Die vorliegende Broschüre ist die erste einer Reihe, die in unregelmäßiger Folge fortgesetzt wird.



Kollektivismus und die Selbständigkeit im Denken und Handeln in Hinblick auf das Studium und die Studienbedingungen zu fördern, hat für uns sowohl die Bedeutung, die Studenten auch von dieser Seite her gegen Bourgeoisie und Staat zusammenzuschließen, als auch uns selbst besser mit der Masse der Studenten zu verbinden.

Kollektivismus im Studium scheint auf den ersten Blick klassenunspezifisch zu sein. Tatsächlich ist es ja auch so, daß die Hochschulbürokratie selbst kein bedingungsloser Gegner von kollektivem Studium ist, solange und insofern die verkrüppelten Formen von Kollektivismus, die sie zuläßt oder von Fall zu Fall sogar fördert, unter ihrer Kontrolle stehen, und von ihr gegängelt werden können. Der entscheidende Punkt ist also, den Kollektivismus bis ins letzte *konsequent* zu entwickeln und ihn *selbständig* zu entwickeln, also dem Einfluß und der Gängelung der Hochschulbürokratie zu entziehen, *gegen* sie zu entwickeln. *Solcher* Kollektivismus ist keineswegs klassenneutral, sondern läuft den von der Bourgeoisie verfolgten Zwecken direkt zuwider und liegt im Interesse der Entfaltung des Kampfs gegen sie und ihren Staat.

Wir müssen also, wenn wir an die konkrete Vorbereitung unserer Arbeit auf diesem Gebiet gehen, uns diesen Gedanken gut aneignen, selbst wiederum von der konkreten Praxis und den konkreten Bedingungen in jedem Studienzweig ausgehen, und an den spontanen Formen anknüpfen und sie weiterentwickeln und dabei auch die Formen konkret analysieren und in Rechnung stellen, mit denen die HS-Bürokratie und die bürgerlichen Fraktionen an den Hochschulen ihrerseits daran anknüpfen. Damit meine ich vor allem die Tutorien, die nun im größeren Stil an den meisten Hochschulen von der HS-Bürokratie und der ÖH in Angriff genommen werden. Wir dürfen unsere eigenen Pläne auf diesem Gebiet nicht einfach an diesen Projekten vorbeientwickeln, sondern müssen sie einbeziehen und prüfen, wieweit wir sie ausnützen und wieweit wir sie bekämpfen müssen.

Die Kriegsvorbereitungen der USA in Südkorea

25 Jahre sind vergangen, seitdem das Donnern der Geschütze verstummte und der Waffenstillstand in Korea begann.

Das einmütige Sehnen des koreanischen Volkes ist die Beseitigung der Kriegsgefahr, die Erhaltung und Festigung des Friedens und die schnellstmögliche Herbeiführung der friedlichen Wiedervereinigung des Landes.

Die kriegstreiberische Politik der US-Imperialisten und ihrer Helfershelfer sowie ihre Machenschaften zur Spaltung der Nation stellten jedoch eine ständige Gefährdung des Friedens in Korea dar und verschärfen die Gefahr einer Spaltung auf ewig.

In diesem Zusammenhang enthüllte und verurteilte die Regierung der Koreanischen Demokratischen Volksrepublik in ihrem am 1. Februar d.J. veröffentlichten Memorandum die verschwörerischen Pläne der USA-Imperialisten und ihrer Helfershelfer zur Fabrizierung von „zwei Koreas“ sowie ihre neuen Machenschaften zur Provokation eines Krieges und appellierte an die Regierungen der friedliebenden Länder und die Völker der ganzen Welt, dieser Entwicklung gebührende Aufmerksamkeit zu schenken.

Trotz der Forderung des koreanischen Volkes und der friedliebenden Völker der Welt nach Einstellung der spalterischen und auf die Provokation eines Krieges gerichteten Machenschaften in Korea halten die USA-Imperialisten und ihre Lakaien unter dem zur Schau getragenen Aushängeschild des „Truppenabzugs“ an der Verstärkung ihrer Aggressionsstreitkräfte in Südkorea in großem Maße und an ihrem abenteuerlichen Kriegsgeschrei fest.

Eine solche Entwicklung, wie sie heute in Korea beobachtet wird, zeigt, daß die Aggressionspolitik der USA gegenüber Korea heute noch die gleiche ist wie früher.

Die Weltöffentlichkeit erinnert sich noch sehr wohl daran, daß die USA vor genau 28 Jahren Korea zum „Prüffeld“ für eine Entscheidungsschlacht um die Vorherrschaft in Asien und der ganzen Welt bestimmten und einen Angriffskrieg entfachten, um ganz Korea zu besetzen.

Die heutigen USA-imperialistischen kriegstreiberischen Kreise, in die Fußstapfen der ihnen vorhergegangenen Kriegsverbrecher tretend, verfolgen das Ziel, einen neuen Krieg in Korea zu entfesseln und entsprechend der Korea-Strategie, die auf die Eroberung Asiens und der ganzen Welt gerichtet ist, ebenfalls das Ziel, die Spaltung Koreas, mit Hilfe der Streitkräfte zu zementieren und ihre schändlichen Herrschaftspläne über ganz Korea durch „Stärke“ zu verwirklichen.



Genosse Kim Il Sung verkündet die Gründung der KVDR (1948)

Das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der Koreanischen Demokratischen Volksrepublik veröffentlicht anläßlich des Monats des gemeinsamen Kampfes gegen den USA-Imperialismus vom 25. Juni bis 27. Juli, dieses Memorandum, in der Ansicht, daß es notwendig ist, die neuen kriegstreiberischen Machenschaften der USA-Imperialisten und ihrer Helfershelfer, die von ihnen in neuer Form hinter den Kulissen des sogenannten „Truppenabzugs“ betrieben werden, ein weiteres Mal zu entlarven.



Der Angriffsplan der USA auf Nordkorea aus dem Jahr 1949

Der betrügerische Trick des „Truppenabzugs“

Im Februar 1976 erklärte der USA-Präsident Carter, daß die USA all ihre Truppen aus Südkorea „unverzüglich und vollständig abziehen“ müßten; und auf einem Essen, das am 17. März desselben Jahres zu Ehren der Korrespondenten der Zeitung „Washington Post“ gegeben wurde, sowie in einem Interview vom 6. Juni desselben Jahres für die Fernsehstation „ABC“ sagte er, daß er, falls er gegen Ford gewinnt und zum Präsidenten gewählt wird, „innerhalb von 4 — 5 Jahren“ alle in Südkorea stationierten USA-Truppen „evakuieren“ und „auch die Kernwaffen unverzüglich abziehen werde“.

Das war ein „Wahlversprechen“ Carters an das Volk der USA.

Der von Carter versprochene sofortige Abzug aller USA-Truppen und der Kernwaffen aus Südkorea im Falle seiner Wahl zum Präsidenten hätte nur begrüßt werden können.

Im Verlauf der Zeit zeigte sich jedoch ein Widerspruch zwischen den Taten Carters und seinen Worten.

In seiner Ansprache anläßlich eines Es-

sens, das von der „Gesellschaft für Außenpolitik" der USA gegeben wurde, erklärte Carter am 23. Juni 1976, daß sich der Abzug der USA-Truppen aus Südkorea „nur auf die Landstreitkräfte" beziehe und zudem „etappenweise erfolgen werde", und am 16. Oktober desselben Jahres sagte er, daß auch die Kernwaffen „nicht auf einmal abgezogen" werden; auf diese Weise begann er, von seinem ursprünglichen „Wahlversprechen" abzugehen.

Daß Carter von seinem Versprechen abrückte, wurde nach seiner Wahl zum Präsidenten noch deutlicher.

Auf einer Pressekonferenz, die am 21. Dezember 1976 kurz nach seiner Wahl zum Präsidenten stattfand, erklärte Carter, daß auch der „Abzug der US-amerikanischen Landstreitkräfte" aus Südkorea „sehr langsam" vonstatten gehen werde, unter Berücksichtigung der Situation, insbesondere nach der Erzielung einer „hinreichenden Übereinkunft" mit Südkorea und Japan vor dem Abzug.

Am 5. Mai 1977 veröffentlichte Carter schließlich und endlich offiziell den „Beschluß" über den „Plan zum Abzug der Landstreitkräfte der USA".

Anläßlich der „10. Beratung zu Sicherheitsproblemen zwischen Südkorea und den USA", die in Übereinstimmung mit diesem Beschluß im Juli 1977 stattfand, stellte es sich heraus, daß von den USA-Truppen in Südkorea, die über 42.000 Mann zählen, die Luftstreitkräfte um 20 — 25% verstärkt und im Zeitraum 1978 — 1982 nur 27.000 Mann evakuiert werden, in der Hauptsache die 2. Infanteriedivision, wobei 1978 in der ersten Stufe 6.000 Mann abgezogen werden.

Doch auch dieser „Truppenabzugsplan" wird wieder revidiert, je näher der Termin für den Abzug der ersten Gruppe heranrückt.

Am 21. April d.J. stellte Carter in einer „Sonderverlautbarung" fest, daß er, weil „sich im Kongreß allzu viele Gesetzesvorlagen angehäuft" haben, keine „Möglichkeit" einer kurzfristigen Zustimmung des Kongresses zu der „Gesetzesvorlage über Waffenlieferungen in Höhe von 800 Millionen Dollar" sehe, die als Bestandteil der „Ausgleichsmaßnahmen" für den „Truppenabzug" eingereicht worden war; deshalb würden von den 6.000 Angehörigen der Landstreitkräfte der USA, deren Abzug bereits auf 1978 festgelegt worden war, nur 3.400 evakuiert, vor allem 2.600 Nichtaktive und 800 Bajonette, was der Kampfesstärke eines Bataillons entspricht, während die übrigen 2.600, darunter die Kampfkraft von zwei Bataillonen, bis Ende 1979 im Lande verbleiben würden (Washington, 21. April 1978, Reuter, 22. April 1978, südkoreanischer Rundfunk „Tongjang Radio Bangsong").

Was die „Zustimmung" des Kongresses zu den „Waffenlieferungen in Höhe von 800 Mio. Dollar" betrifft, wovon Carter im Zusammenhang mit dem Abzug der Landstreitkräfte der USA aus Südkorea sprach, so war dies in Wirklichkeit ein von ihm vorher erdachtes Schutzschild, um sein Abrücken von der „Wahlversprechung" zu verbergen, und diente einzig und allein dazu, den „Truppenabzug" zu bremsen und die Gegner der Truppenevakuierung zu besänftigen.

Mit der Veränderung des „Planes über den Abzug der Landstreitkräfte der USA" durch Carter schmiedet man heute im USA-Kongreß in der Tat die Intrige, nicht nur die vorgeschlagene Revision des Truppenabzugplanes für 1978 zu durchkreuzen, sondern auch den „Plan zur Evakuierung der Landstreitkräfte der USA" selbst rückgängig zu machen.

Am 12. Mai 1978 nahm der Senatsausschuß der USA für auswärtige Angelegenheiten einen „Gegenvorschlag" an, in dem es heißt, daß der Präsident, um die „Zustimmung" des Kongresses zu der Gesetzesvorlage über „Waffenlieferungen an Südkorea in Höhe von 800 Mio. Dollar" sowie zu der „Gesetzesvorlage über Militärhilfe für Südkorea" im Haushaltsjahr 1979 zu erreichen, dem Kongreß „120 Tage vor der Evakuierung der Landstreitkräfte der USA aus Südkorea" einen „Bericht über die Zweckmäßigkeit des Truppenabzuges„ vorlegen müsse (12. Mai 1978, südkoreanischer Rundfunk „Tongjang Radio Bangsong").

Dieser „Gegenvorschlag" bedeutet, wie sein Autor, der Vorsitzende des Unterausschusses für Asien des Senatsausschusses für auswärtige Angelegenheiten der USA, Glenn, feststellte, daß „ohne die Zustimmung des Kongresses zu der Gesetzesvorlage über Waffenlieferungen in Höhe von 800 Mio Dollar" kein einziges Bataillon der USA-Truppen aus Südkorea abgezogen werden kann.

Am 26. April d.J. wurde, noch bevor dieser von Glenn erdachte „Gegenvorschlag" im Senatsausschuß für auswärtige Angelegenheiten der USA angenommen wurde, auch im Ausschuß für militärische Angelegenheiten des Repräsentantenhauses der USA ein „Gegenvorschlag" angenommen, der die zeitlich unbegrenzte Stationierung von 26.000 Angehörigen der Landstreitkräfte der USA in Südkorea bis zur „Errichtung eines festen Friedens auf der Koreanischen Halbinsel" forderte (Washington, 26. April, „AP").

Der Vorsitzende einer Unterkommission des Militärausschusses des Repräsentantenhauses, Stratton, der diesen „Gegenvorschlag" ausarbeitete, und von Anfang an einer der Hauptgegner des „Truppenabzugsplans" war, verkündete, bevor er den Bericht über seine Reise nach Südkorea aufstellte: Südkorea „ist nicht nur in strategischer Hinsicht der wichtigste Militärstützpunkt, sondern auch ein Aufmarschfeld für die Erhöhung der Kampffähigkeit der USA-Truppen, wie man es nirgendwo sonst, weder in den USA, noch in anderen Ländern der Welt, findet; weshalb der Abzug der USA-Truppen von dort nicht nützlich sein wird". Weiter schwätzte er davon, daß „kein Termin für die Evakuierung" festgelegt werden dürfe, und die Landstreitkräfte der USA „nicht vollständig abgezogen" werden dürfen (8. Januar 1978, südkoreanischer Rundfunk „Dschungang Bangsong", Tokio, 9. Januar 1978, „Dsidsi").


Eine Geschichte der militärischen Provokation. Im Bild: Die Besatzung des US-Spionageschiffs „Pueblo" wird gefangengenommen.

Dieses Abrücken Carters von seiner „Wahlversprechung" und dem damit zusammenhängenden Truppenabzugsplan" enthüllt letzten Endes ein weiteres Mal die Unaufrichtigkeit seines „Versprechens".

Dies geben sogar militärische Kreise der USA zu.

Am 5. September 1977 stellte der ehemalige Verteidigungsminister der USA, Rumsfeld, fest, daß der von Carter unterbreitete „Truppenabzugsplan" „von Anfang bis Ende auf die Hintertreibung des Wahlversprechens abzielte"; und am 14. September 1977 wies der Sonderberater des Präsidenten für Fragen der Staatssicherheit der USA, Brzesinski, darauf hin, daß der Abzug der Landstreitkräfte der USA aus Südkorea „zweckmäßigerweise weniger Abzug, als vielmehr Reduzierung genannt werden sollte" (Tokio, 5. September 1977, „AFP", Washington, 14. September 1977, „Dsidsi").

Am 2. Dezember 1977 erklärte der ehemalige Vorsitzende des vereinigten Komitees der Stabschefs der USA, Brown, ebenfalls, daß der Abzug der Landstreitkräfte der USA aus Südkorea nur eine „geographische Umverteilung der Streitkräfte" darstelle (2. Dezember 1977, südkoreanischer Rundfunk „Munhwa Bangsong").

Die südkoreanischen Marionetten schwätzen davon, sie hätten schon damals, als Carter die Mitteilung über den Abzug der USA-Truppen aus Südkorea machte, gewußt, daß dies nur „Schall und Rauch" gewesen sei, und es keinerlei Veränderungen in der Besatzerpolitik der USA gegenüber Südkorea geben werde, und sie brechen in Freudenrufe aus, daß sich die Lage nach ihrer Vorhersage entwickelt habe.

Der japanische Premierminister Fukuda stattete Carter am 3. Mai d.J. einen Besuch ab und teilte ihm mit, daß er den „Kurs der USA-Regierung" auf die Verstärkung der Streitkräfte Südkoreas als „Ausgleich" für den „Truppenabzug" als „angebracht" betrachte und schwätzte auch vorher schon in Verhandlungen mit Vance davon, daß es der Wunsch Südkoreas sei, daß die USA „kein einziges Bataillon" aus Südkorea „evakuieren".

Der Minister für auswärtige Angelegenheiten Japans, Sonoda, erging sich am 30. Mai d.J. sogar auf der UNO-Sondersitzung über Abrüstung in Lobpreisungen, indem er feststellte, er „begrüße" es, daß Carter den „Plan zum Abzug der ersten Gruppe der USA-Streitkräfte" revidiert habe, und daß dies das „Bestreben der USA" deutlich mache.



New York: Die Volksmassen in den USA fordern den Abzug der US-Truppen aus Südkorea

Somit zeigt der Lauf der Zeit, daß der „Truppenabzug" eine Lüge und nichts weiter als eine billige propagandistische Losung ist.

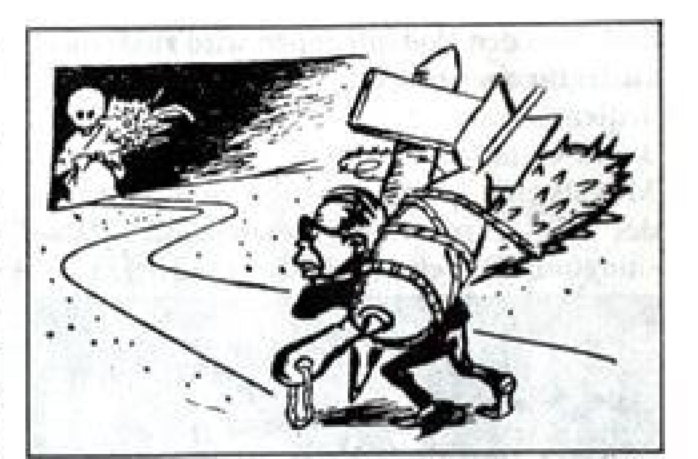
Militärische Intrigen und die ständige Vervollkommnung des Kriegsplans

Militärische Kreise der USA und ihre Helfershelfer, die gemeinsame Reisen nach Seoul, Washington und Tokio veranstalten, halten unter dem Aushängeschild des „Truppenabzugs" geheime militärische Verhandlungen ab und ergänzen und vervollkommnen ständig den Kriegsplan gegen den nördlichen Teil der Republik.

Seitdem die Carter-Administration ihren „Plan über den Abzug der Bodentruppen der USA" aus Südkorea veröffentlichte, gab es die meisten Reisen von Vertretern militärischer Kreise der USA nach Südkorea und die meisten Militärverhandlungen zwischen ihnen und ihren Helfershelfern seit dem vergangenen Koreakrieg.

Allein im Jahre 1977 reisten zahlreiche militärische Vertreter der USA nach Südkorea: im Januar der Kommandierende der Luftstreitkräfte der USA im Pazifik und der Kommandierende der Pazifikflotte der USA, im März der Kommandeur für militärische Ausrüstung der Luftstreitkräfte der USA und der Kommandeur der 7. USA-Flotte, im April der Generalstabschef der US-Armee, im Mai der Kommandeur der Seekriegsflotte der USA im Pazifik und der Vorsitzende des vereinigten Komitees der Stabschefs der USA, im Juni der Kommandeur der 5. Luftarmee der USA, im Juli der Armeeminister und der Kommandeur der US-Luftstreitkräfte im Pazifik, im August der Leiter des Kabinetts für militärische Unterstützung und Absatz der Luftstreitkräfte der USA, der Berater der stellvertretenden Verteidigungsministers der USA für Ostasien und den Pazifik, im September der Kommandeur der Marineinfanterie der USA, im November der Leiter der operativen Stabsabteilung der Luftstreitkräfte der USA und der Kommandeur der Pazifik-Flotte der USA; und in der Zeit von Januar bis Mai dieses Jahres kamen zahlreiche Vertreter militärischer Kreise und militärische Elemente des Kongresses nach Südkorea, unter ihnen der Kommandeur der Lufttransporte der Luftstreitkräfte der USA, der Generalstabschef der US-Armee, der stellvertretende Verteidigungsminister der USA, der stellvertretende Verteidigungsminister der USA für Forschung und Entwicklung, der Kommandeur für Luftstreitkräfte der USA zur Erforschung und Entwicklung des taktischen Waffensystems, der Kommandeur für Pazifik-Angelegenheiten der USA, der Sonder-Berater des Präsidenten für Fragen der Staatssicherheit der USA.

Die Reisetätigkeit von USA-Militärs nach Südkorea diente, ihren Behauptungen zufolge, der „Beratung" von „Ausgleichsmaßnahmen" für die „Truppenevakuierung", aber ihr wahres Ziel bestand darin, die Vorbereitung auf die Provozierung eines neuen Krieges in Korea aktiv zu forcieren.


Pak Dschong Hi, der Marionetten-„Präsident" Südkoreas, geht seinem Schicksal entgegen

Kaum in Südkorea angekommen, „inspizierten" sie als allererstes die militärische Demarkationslinie, überprüften den Stand der Angriffsbereitschaft der in der vordersten Linie stationierten Truppenteile, ergingen sich in groben Äußerungen und führten, Pulvergestank verbreitend, vertrauliche Militärverhandlungen mit der südkoreanischen Marionettenclique ähnlich dem Kriegsfanatiker Dulles, der die Lunte des vergangenen Koreakrieges unmittelbar entzündete.

In diesen Militärverhandlungen wurden die schon früher ausgearbeiteten Pläne für den „Fünftagekrieg" und die „Neuntageoperation" erneut bestätigt und konkretisiert.

Der ehemalige „Kommandeur des ersten südkoreanisch-US-amerikanischen Corps", Cushman, verkündete bei jeder passenden Gelegenheit, daß die „kurzfristige Neun-Tage-Strategie des massiven Vernichtungsschlages zum Kriegsbeginn", die die „Manövrierfähigkeit durch fünf Tage lang konzentrierte Bombardierungen lähmen" und die „Hauptkräfte durch eine viertägige Bodenoperation vernichten" soll, unverändert bestehen bleibe, und ließ am 23. Januar 1978 verlauten, daß „sich selbst der Begriff des ‚Neuntagekrieges' nicht verändert" habe, sondern noch „weiter entwickelt worden" sei (südkoreanische Zeitung „Tonga Ilbo", 24. Januar 1978).

Die von den USA-Imperialisten entwickelte „kurzfristige Neun-Tage-Strategie des massiven Vernichtungsschlages zum Kriegsbeginn" wird durch den „Plan der kurzfristigen Truppenverschiebungen", der die Heranziehung gewaltiger militärischer Kontingente zum Einsatz im Koreakrieg vorsieht, noch weiter ergänzt und vervollkommnet.

Der Verteidigungsminister der USA, Brown, verkündete am 22. Februar 1978 in seiner Aussage bei einer „Anhörung" vor dem Ausschuß für internationale Beziehungen des Repräsentantenhauses der USA: „Im Falle außerordentlicher Umstände werden die in Südkorea stationierten USA-Truppen nicht nur unverzüglich in die Kämpfe eingreifen, sondern noch am selben Tag werden 12 Fliegerstaffeln aus umliegenden Gegenden um die Koreanische Halbinsel zusammengezogen, und danach werden binnen einer Woche zusätzlich weitere 24 Fliegerstaffeln von Hawai und vom Westufer des USA-Territoriums zur Verstärkung entsandt".

und „von den Bodentruppen wird zusätzlich zu der für eine sofortige Verlagerung bereiten dritten Division der USA-Marineinfanterie, die in Okinawa stationiert ist, binnen eines Monats eine weitere Division vom Westufer des USA-Territoriums herangeholt" (Washington, 22. Februar 1978, „Dsidsi").



Die Besatzung eines US-Spionagehubschraubers wird gefangengenommen

Über den eigentlichen „Plan der kurzfristigen Truppenverlagerung", der auf der Basis der „Präsidentennote Nr. 18" ausgearbeitet wurde, gab die USA-Zeitung „Philadelphia Inquirer" konkrete Auskünfte.

In ihrer Nummer vom 29. März 1978 schrieb die Zeitung: „Carter wies das Verteidigungsministerium an, eine hochmobile Truppe für den Gegenschlag zur Verlagerung in den Koreakrieg aufzubauen. Diese Kräfte bestehen aus 5 — 8 Divsionen der Bodentruppen und Marineinfanteriedivisionen in einer Stärke von über 100.000 Mann, sie werden Unterstützung durch zumindest einen



1950: US-Außenminister Dulles besichtigt unmittelbar vor Kriegsbeginn den 38. Breitengrad

Flugzeugträger und eine Luftbrücke aus 72 taktischen und strategischen Fernbombern für Truppentransporte erhalten" (südkoreanisches Radio „Dschungang Bangsong", 31. März 1978).

Die militärischen Kreise der USA entwickelten sogar einen „außerordentlichen Plan für einen Kernwaffenkrieg" gegen den nördlichen Teil der Republik und verkünden die ganze Zeit, daß sie mit Atomwaffen angreifen werden.

Der Verteidigungsminister der USA, Brown, erklärte am 23. April 1977, daß ein „außerordentlicher Plan zur Vervollkommnung der Vorbereitung auf einen lokalen Kernwaffenkrieg" in Südkorea ausgearbeitet werde (südkoreanischer Rundfunk „Tongang Radio Bangsong", 25. April 1977).

In einer Meldung über eine Pressekonferenz Carters vom 26. Mai 1977 schrieb die in den USA wöchentlich erscheinende „US News and World Report": „Er erklärte, daß die Entfesselung eines taktischen Kernwaffenkrieges der USA in Südkorea und außerhalb seiner Grenzen im Bereich „des Möglichen" läge (Tokio, 31. Mai 1977, „Hapdong, in englischer Sprache").

Am 11. Juni 1977 verkündete John Burns, der Kommandierende der Luftstreitkräfte der USA in Südkorea, in einem Interview für den Korrespondenten der Zeitung „Washington Post", daß es „dumm wäre", die „Möglichkeit des Einsatzes von Kernwaffen" in Korea „zu leugnen"; und am 12. Juni 1978 erklärten militärische Kreise der USA, Stellung nehmend zu einer Verlautbarung des Staatssekretärs Vance über den Einsatz von Kernwaffen: „Die USA werden den Einsatz von Kernwaffen gegen Nordkorea gestatten" (11. Juni 1977, südkoreanischer Rundfunk „Kidokio Bangsong", 13. Juni 1978, südkoreanischer Rundfunk „Dschungang Bangsong").

In dem Bestreben, ein neues Befehlssystem für die Kampfoperationen entsprechend den Ergänzungen zu der „kurzfristigen Neun-Tage-Strategie des massiven Schlages" festzulegen, planen die USA in diesem Jahr die Schaffung eines „vereinigten südkoreanisch-US-amerikanischen Kommandos", wobei der „Kommandierende" der „Kommandeur der UNO-Truppen" und der „stellvertretende Kommandierende" ungskräfte ausgearbeitet wurde, hieß es, daß der japanischen Regierung „vorgeschlagen" wurde, einen „gemeinsamen außerordentlichen Aktionsplan der USA und Japans für den Ausbruch eines Krieges auf der Koreanischen Halbinsel auszuarbeiten und Truppen der Selbstverteidigungskräfte Japans als UNO-Truppen zur Erhaltung des Friedens zu entsenden" (USA-Zeitung „Boston Globe", 2. September 1977).

Am 30. Mai 1978 schrieb die japanische Zeitung „Nihon Kejdsai", daß das „japanische Amt für Verteidigung inoffiziell begonnen habe, die Frage einer Entsendung von Selbstverteidigungskräften als UNO-Truppen zur Erhaltung des Friedens zu prüfen" und beabsichtige, sie unverzüglich „dem Parlament zur Behandlung" vorzulegen (30. Mai 1977, südkoreanischer Rundfunk „Tongang Radio Bangsong").

Die Festigung des „Systems der Kriegszeit" und die umfassende Verstärkung der Streitkräfte

Die südkoreanischen Marionetten, die „mit allen Kräften für die Sicherheit des Landes" und die „Herstellung der Kriegsbereitschaft" eintreten, ...



Pjöngjang: Massenkundgebung „US-Imperialisten, raus aus Südkorea"

der „Kommandierende", der „Kommandeur Marionette sein soll, und sie bereiten sich darauf vor, die „Selbstverteidigungskräfte" Japans im Koreakrieg als „UNO-Truppen" einzusetzen.

In Übereinstimmung damit verkündet die japanische Reaktion gegenwärtig, daß „die Zeit gekommen" sei, „da Japan ehrlich seine Rolle in der gemeinsamen Operation gegenüber Südkorea erfüllen und die ‚Selbstverteidigungskräfte' zur Errettung der ‚Leidenden' und zum ‚Schutz der Konzessionen' verstärken sowie die Vorbereitung für ihre Entsendung als ‚UNO-Truppen' in den Koreakrieg aktiv forcieren" müsse.

In einem politischen Bericht, der im September des vergangenen Jahres im Auftrage von Fukuda durch das japanische „Vereinigte Nomura-Institut" gemeinsam mit der reaktionären Militärclique der Selbstverteidi-

schaft" eintreten, mobilisieren unter dem Aushängeschild des „Abzugs der Bodentruppen der USA" aktiv alle Menschen- und Materialreserven Südkoreas für die Vorbereitung auf einen neuen Krieg und verstärken immer mehr die Konfrontation zwischen Nord und Süd und die Kriegshysterie.

Auf der „Neujahrs-Pressekonferenz" erklärte die Marionettenclique um Pak Dschong Hi am 18. Januar 1978: „Es ist sehr gefährlich, wenn die Nation den Krieg in Vergessenheit geraten läßt", „wir müssen mit dem unverbrüchlichen Glauben gerüstet sein, daß wir unbedingt siegen werden, wenn wir kämpfen, und daß wir den Sieg erringen müssen". Und vorher noch, am 1. Januar d.J., hatte der „Sondergehilfe für Sicherheitsfragen des Tschongwadä", ein gewisser So Dschong Tschol, vormals Verteidigungsminister des Marionettenregimes, verkündet: „Es muß eine generelle Geschlossenheit mit Hilfe eines gut organisierten Kommandosystems gewährleistet" und „die Bereitschaft zum unumgänglichen Sieg am Anfang des Krieges hergestellt" werden (1. und 18. Januar 1978, südkoreanischer Rundfunk „Dschungang Bangsong").

Am 27. Januar 1978 erklärte ein gewisser Vorsitzender des Rates der „antikommunistischen Liga Südkoreas": „Alle Mitglieder der antikommunistischen Liga Südkoreas, die in ihren Reihen 9.650.000 Menschen des Landes vereint, müssen weiterhin kühn in der ersten Reihe des Antikommunismus im Interesse der Verteidigung durch den Sieg über den Kommunismus voranschreiten" (27. Januar 1978, südkoreanischer Rundfunk „Dschungang Bangsong").

Die südkoreanischen Marionetten bürden der südkoreanischen Bevölkerung gegenwärtig vielerlei Steuern und Abgaben auf und erhöhen drastisch den „staatlichen Verteidigungshaushalt".

Der Anteil der Verteidigungsausgaben der Marionetten am Gesamthaushalt für 1978 beläuft sich auf 35,6% oder um 27,2% mehr als im vergangenen Jahr.

Aus diesem Anlaß erklärte die Marionettenclique um Pak Dschong Hi: „Der Verteidigungshaushalt für das laufende Jahr wurde ... mit astronomischen Ziffern aufgestellt, er überschreitet den Staatshaushalt, den es vor mehreren Jahren gab" (3. Februar 1978, südkoreanischer Rundfunk „Tongjang Radio Bangsong").

Hinter dem Aushängeschild der „Stärkung der Verteidiungsindustrie" stellen die südkoreanischen Marionetten ihre gesamte Industrie auf „Kriegsproduktion" um und versuchen sogar, die Verfügung über Kernwaffen zu erhalten.

Am 2. Juli 1977 erklärte der Außenminister des Marionettenregimes, Pak Tong Dschin, im Marionettenparlament, daß Südkorea „Kernwaffen besitzen" werde, und am 5. Oktober verkündete der „Sondergehilfe für Sicherheitsfragen des Tschongwadä", So Dschong Tschol: „Von der Doktrin der Umwandlung der Koreanischen Halbinsel in eine kernwaffenfreie neutrale Zone, wovon in einigen Kreisen gesprochen wird, kann in der gegenwärtigen Situation keine Rede sein" (5. Oktober 1977, südkoreanischer Rundfunk „Munhwa Bangsong", USA-Zeitung „New York Times", 2. Juli 1977).

In der letzten Zeit richteten die südkoreanischen Marionetten insgeheim die Bitte „an die USA, ihnen auch die Boden-Boden-Rakete ‚Lance' zu übergeben, die mit einem atomaren Sprengkopf ausgerüstet werden kann" (Seoul, 12. März 1978, „Kiodo").

In dem Bestreben, ihre Streitkräfte, darunter die Luftstreitkräfte in Südkorea, zu verstärken und ihre Schlagkraft noch mehr zu festigen, verlegen die USA in diesem Jahr große Kontingente aggressiver Streitkräfte nach Südkorea und in die umliegenden Gebiete.

Die USA kündigten an, daß sie entsprechend dem operativen Stationierungsplan der Luftstreitkräfte im Finanzjahr 1978 mehr als 270 Flugzeuge in Südkorea und im Pazifikraum stationieren werden, darunter das



Seoul, 1945: Die US-Imperialisten lösen die revolutionären Volkskomitees in Südkorea auf.

Jagdflugzeug „F-15" Eagle, „F-4-E" Phantom, das Aufklärungsflugzeug „RF-4 C", den Jagdbomber mit abklappbaren Tragflächen „F-111" und „F-105" Wild Weasel usw. (12. Januar 1978, südkoreanischer Rundfunk „Dschungang Bangsong").

Der Verteidigungsminister der USA, Brown, erklärte in dem im Februar 1978 dem USA-Kongreß vorgelegten „Jahresbericht über die Nationale Verteidigung": „... Im Finanzjahr 1978 wird ein Infanteriebataillon der USA-Truppen in Südkorea in ein mit 66 Panzern des neuesten Modells „M-60" ausgerüstetes Panzerbataillon umgewandelt" (6. Februar 1978, südkoreanischer Rundfunk „Dschungang Bangsong").

Am 19. Februar 1978 schrieb die Zeitung „New York Times", daß die USA-Administration beschlossen habe, innerhalb weniger Monate mindestens 12 Flugzeuge vom Typ „F-4" Phantom zusätzlich in Südkorea zu stationieren (20. Februar 1978, südkoreanischer Rundfunk „Kidokio Bangsong").

Am 26. April 1978 veröffentlichten die Luftstreitkräfte der USA, daß 3 Staffeln von „F-15" Eagle, den „genauesten Jagdflugzeugen der Welt", erstmalig im Pazifikraum in Okinawa stationiert werden (Washington, 26. April 1978, Reuter).

Die USA verstärken nicht nur ihre Streitkräfte in Südkorea, sondern übergeben auch unter dem Vorwand des „Ausgleichs" für den „Truppenabzug" den südkoreanischen Marionetten zahlreiche moderne Massenvernichtungswaffen und erhöhen das Militärpotential Südkoreas, indem sie für eine gewaltige Summe Militär„hilfe" leisten.

In dem „Bericht über die nationale Verteidigung der USA" vom Juli 1977 hieß es: als „Ausgleichsmaßnahmen" für den „etappenweisen Abzug der USA-Bodentruppen" werden die USA „innerhalb von 4-5 Jahren Südkorea Waffen im Wert von 8 Mrd. Dollar zur Verfügung stellen", und dazu „gehören 239 Düsenjäger, darunter 90 Flugzeuge des neuesten Typs „F-16" sowie mehr als 200 Hubschrauber, 6 Torpedebootzerstörer, zahlreiche Raketen und großkalibrige Waffen"; der Verteidigungsminister der USA, Brown, erklärte, daß der „Umfang der Militärhilfe der USA für Südkorea bis 1982 7 Mrd. Dollar erreichen" werde (20. Juli 1977, südkoreanischer Rundfunk „Dschungang Bangsong").

Die USA-Administration fordert gegenwärtig vom Kongreß die „Bestätigung" der „Gesetzesvorlage über Waffenlieferungen in Höhe von 8 Mrd. Dollar", die für die südkoreanischen Marionetten bestimmt sind; am 4. Mai d.J. billigte der Ausschuß für internationale Beziehungen des Repräsentantenhauses der USA den für Südkorea bestimmten Militärkredit in Höhe von 277 Mio. Dollar sowie den Militärfonds in Höhe von 90 Mio Dollar im Finanzjahr 1979, wie es die Administration gefordert hatte (4. Mai, südkoreanischer Rundfunk „Dschungang Bangsong").

Am 15. März 1978 teilte das Verteidigungsministerium der USA dem Kongreß seine Absicht mit, 6 Transporthubschrauber „CH-47" Boeing und 16 fliegende Reparatureinheiten „M-88" für Panzer im Wert von 54,1 Mio Dollar an Südkorea zu verkaufen; und am 9. Juni 1978 billigte der USA-Kongreß automatisch die 3 Gesetzesvorlagen über Waffenverkäufe im Wert von 67 Mio Dollar, darunter von 1100 Panzerabwehrraketen „TOW" (Washington, 15. März 1978, Reuter, 10. Juni 1978, südkoreanischer Rundfunk „Dschungang Bangsong").

Außerdem planen die USA, eine gewaltige Menge Munition als Vorrat für den Kriegsfall nach Südkorea einzuführen.

Die USA-Zeitung „Wall Street Journal" schrieb, daß die „USA 300.000 Tonnen Munition im Wert von 700 Mio Dollar Vorrat zum Einsatz im Koreakrieg" besitzen, und daß das Verteidigungsministerium der USA plane, „den Munitionsvorrat Südkoreas um mindestens 3 Monate zu vergrößern" (26. Juli 1977, südkoreanischer Rundfunk „Tongjang Radio Bangsong", 30. Mai 1978, südkoreanischer Rundfunk „Kidokio Bangsong").

Bezug nehmend auf diese Machenschaften der USA-Imperialisten, die versuchen, unter dem Aushängeschild des „Truppenabzugs" die Streitkräfte in Südkorea in großem Maße zu verstärken, schrieb die Zeitung „New York Times" am 17. April 1978, daß die USA, „die weiterhin Waffen auf die Koreanische Halbinsel liefern, alles tun, um die Mög-

lichkeit eines Konfliktes maximal zu steigern".

Abenteuerliche militärische Manöver und die Verstärkung der Angriffsvorbereitung

Die USA und die südkoreanischen Marionetten erörterten auf der „10. jährlichen Sicherheitsberatung zwischen Südkorea und den USA", die im Juli des vergangenen Jahres stattfand, die weitere Verstärkung der „gemeinsamen Militärmanöver Südkoreas und der USA" als „Ausgleichsmaßnahme" im Zusammenhang mit der „Truppenevakuierung".

Sofort danach erklärte das Verteidigungsministerium der USA, daß die „Anzahl der großangelegten gemeinsamen Militärmanöver Südkoreas und der USA auf das 2- bis 3fache erhöht" werden „und diese 1978 siebenmal und 1978 achtmal" stattfänden.

In Übereinstimmung damit fanden in Südkorea und in den umliegenden Gebieten nahezu täglich zügellose Kriegsmanöver statt, die an richtige Kämpfe erinnerten.

In der Woche, die am 8. Oktober 1977 begann, führten sie die „Zweidrachenoperation" durch, die „größte Mobilmachungsoperation seit Gründung der Armee", um die



1945, Landung der US-Truppen in Südkorea

„Fähigkeiten zur Mobilisierung aller Menschen-und Materialreserven" zu überprüfen (9. Oktober 1977, südkoreanischer Rundfunk „Munhwa Bangsong).

Innerhalb weniger Wochen, seit dem 5. Dezember 1977, mobilisierten die USA den operativen Schiff-Flugzeug-Verband der USA-Seestreitkräfte einschließlich eines Flugzeugträgers und führten zusammen mit der südkoreanischen Marionettenarmee gemeinsame operative U-Boot-Abwehrmanöver auf See durch, und vom 10. bis 15. Dezember 1977 inszenierten sie unter der Bezeichnung „Zwei Drachen Nr. 7" gemeinsame südkoreanisch-US-amerikanische Landungsmanöver".

An diesen Manövern beteiligten sich die Landungsdivisionen der 7. US-Flotte sowie mehrere Tausend Soldaten der Landungsdivsion der US-Marineinfanterie aus Okinawa und Flugzeuge von Luftwaffenstützpunkten in Japan und den USA (6. und 10. Dezember 1977, südkoreanischer Rundfunk „Munhwa Bangsong").

Die Militärmanöver der USA und der südkoreanischen Marionetten haben sich insbesondere in diesem Jahr aktiviert und einen immer abenteuerlicheren Charakter angenommen.

Der Verteidigungsminister der USA, Brown, erklärte am 22. Februar 1978 in seinen Aussagen vor dem USA-Kongreß, daß sich „Anzahl und Maßstab" der „strategischen Militärmanöver der USA-Truppen für den Fall außerordentlicher Umstände" in Korea vergrößern werden.

Vom 7. bis 17. März 1978 führten die USA die seit dem Koreakrieg größten „vereinigten operativen Manöver Südkoreas und der USA" unter dem Namen „Team Spirit-78" durch.

Nach Angaben, die von einem Vertreter des Verteidigungsministeriums der USA und der südkoreanischen Seite offiziell veröffentlicht wurden, nahmen 73.000 Bajonette der Land-, See- und Luftstreitkräfte der südkoreanischen Marionettenarmee an diesen bisher größten Manövern teil, verstärkt durch 23.000 amerikanische Soldaten in Südkorea, d.h. insgesamt 118.000 Mann, über 200 Flugzeuge der USA-Luftstreitkräfte von 12 verschiedenen Typen, darunter strategische Bomber „B-52", Jagdbomber mit abklappbaren Tragflächen vom Typ „A-7", und mobilisiert wurden ebenfalls die Seestreitkräfte der USA von 16 Kriegsschiffen: von dem Flugzeugträger „Midway", verschiedenen Landungsbooten und Booten für den Etappendienst.

Die operativen Manöver „Team Spirit-78", die unter Beteiligung aller Arten und Gattungen der Streitkräfte der USA und der Marionettenarmee und unter Einsatz aller Operationen: „Boden-" und „Landungsoperationen", „Bombardements" und „Manöver zum Absprung von Fallschirmjägern und zum Abwurf schwerer Waffen mit Fallschirmen" usw. durchgeführt wurden, waren eine zügellose Kriegskampagne zum Angriff auf den nördlichen Teil der Republik von der Luft, vom Boden und vom Meer aus, es war ein aktiver „vorläufiger Krieg", ein „Probekrieg" gegen die Koreanische Demokratische Volksrepublik.

Unter anderem wurden bei diesen Militärmanövern auch „Lance"-Raketen eingesetzt, die atomare Sprengköpfe tragen können, und es wurden Startübungen mit diesen Raketen durchgeführt. Dies enthüllte die finsteren Absichten der USA-Imperialisten, die selbst vor einem Kernwaffenkrieg in Korea nicht zurückschrecken.

Die Militärmanöver in Südkorea wurden auch nach den operativen Manövern „Team Spirit-78" fortgesetzt.

Die USA und die südkoreanischen Marionetten führten am 27. April 1978 am Fluß Rimdschingang, der entlang der militärischen Demarkationslinie verläuft, „südkoreanisch-US-amerikanische Manöver zur Flußüberquerung" durch; und das Verteidigungsministerium der USA erklärte, daß innerhalb einer Woche ab 14. Juni 1978 „gemeinsame Landungsmanöver Südkoreas und der USA" unter dem Namen „Zwei-Drachen-Operation" in der Nähe von Pohang in Südkorea abgehalten werden (27. April 1978 und 14. Juni 1978, südkoreanischer Rundfunk „Munhwa Bangsong").

Am 16. Juni hielt die Marionettenclique um Pak Dschong Hi, die von der „Notwendigkeit des Sieges am Anfang des Krieges" schwätzt, die seit der Schaffung der Armee größten „Sondermanöver zur Vernichtung des Kommunismus" ab, bei denen der nördliche Teil der Republik als Angriffsobjekt imitiert wurde (16. Juni 1978, südkoreanischer Rundfunk „Dschungang Bangsong").

Zur weiteren Vervollkommnung der Angriffsbereitschaft gegen den nördlichen Teil der Republik führen die USA, die von einem „blitzschnellen Ende" des modernen Krieges schwätzen, häufig auch Manöver mit Non-Stop-Fernflügen superstarker Jagdflugzeuge der neuesten Konstruktion sowie strategischer Bombenflugzeuge von Stützpunkten auf dem USA-Territorium und dem Pazifikraum aus durch und halten „Manöver zur Anpassung an die örtlichen Bedingungen" ab.

Im Juli 1977 verkündete der Kommandeur des 132. Verbandes der Luftstreitkräfte der USA auf dem Luftwaffenstützpunkt Kadena, der sich auf Okinawa in Japan befindet, daß die „in Okinawa befindlichen Flugzeuge der Luftstreitkräfte der USA Langstreckenflüge in geringer Höhe durch den Luftraum über Südkorea" durchführen; und am 30. August 1977 erklärte das Verteidigungsministerium der USA, daß die „Flüge der strategischen B-52-Bomber, die in den Luftwaffenstützpunkten von Anderson auf Guam stationiert sind, über Südkorea fortgesetzt werden" (2. Juli 1977, südkoreanischer Rundfunk „Kidokio Bangsong", 31. August 1977, südkoreanischer Rundfunk „Dschungang Bangsong").

Am 21. Januar 1978 veröffentlichte ein Sprecher der taktischen Luftflotte der USA, daß „bis zum 14. Februar in Südkorea 8 Flugzeuge vom Typ „F-15" Eagle vom Luftwaffenstützpunkt Langley in den USA stationiert werden, um die Operation „Eagle" durchzuführen, die der Aneignung ‚spezifischer operativer Formen' in Südkorea dienen soll"; und am 2. Februar 1978 erklärte das Kommando der taktischen Luftstreitkräfte der USA, daß an der Operation „Condor Falcon" vom 1. bis 22. März 12 Jagdbomber mit abklappbaren Tragflächen vom Typ „F-111" auf dem Territorium der USA teilnehmen werden, um die Piloten mit dem eigenartigen Oberflächenrelief Südkoreas vertraut zu machen (21. Januar 1978, südkoreanischer Rundfunk „Dschungang Bangsong", 2.Februar 1978, südkoreanischer Rundfunk „Kidokio Bangsong").

Am 17. Mai 1978 bekannte der „Kommandierende der UNO-Truppen", Vessey, auf die häufigen militärischen Manöver in Südkorea eingehend: „Südkorea und die USA führen täglich gemeinsame Manöver auf dem Festland, in der Luft und auf der See durch, von denen in den Zeitungen nichts veröffentlicht wird" (17. Mai 1978, südkoreanischer Rundfunk „Dschungang Bangsong").

Die USA und die südkoreanischen Marionetten, die immer mehr Streitkräfte für den Angriff in der Nähe der militärischen Demarkationslinie konzentrieren, lösen unablässig ernsthafte militärische Provokationen aus.

An militärischen Provokationen und Verletzungen des Waffenstillstandsabkommens von seiten der USA gegen den nördlichen Teil der Republik wurden nach dem

„Zwischenfall in Panmunjon" über 40.800 registriert, und im Zeitraum vom Januar bis Mai d. J. waren es allein 9.500.

All das geschieht unter dem Deckmantel des „Truppenabzugs", es beleuchtet, daß die abenteuerlichen Machenschaften von seiten der inneren und äußeren kriegstreiberischen Elemente, einen neuen Krieg in Korea vom Zaune zu brechen, ein höchst ernstes Stadium erreicht haben und in Korea jederzeit ein neuer Krieg vom USA-Imperialismus und ihren Helfershelfern entfesselt werden kann.

Der USA-Imperialismus behauptet heute, daß seine Machenschaften in Südkorea zur Provokation eines neuen Krieges auf die Abwendung der sogenannten „Angriffsdrohung gegen den Süden", auf die Erhaltung des „Kräftegleichgewichtes" und die Verwirklichung des „Truppenabzuges" verbundenen „Ausgleichs" sowie auf die „Wahrnehmung offizieller Verpflichtungen" gegenüber den südkoreanischen Marionetten gerichtet seien.

Doch weder Lüge noch Betrug können ihnen helfen, ihr verbrecherisches Wesen zu maskieren.

Jedermann weiß, daß es in Korea nur eine Angriffsdrohung gegen den Norden und keine „Angriffsdrohung gegen den Süden" gibt; und was den Lärm um die „Angriffsdrohung gegen den Süden" angeht, so entpuppt sie sich als nichts weiter als ein alter Trick, mit welchem die kriegstreiberischen Elemente ihre aggressiven Ansprüche gegenüber Korea verschleiern wollen.

Das sogenannte „Kräftegleichgewicht", die „Ausgleichsmaßnahmen" und die „Wahrnehmung offizieller Verpflichtungen" und was nicht noch alles, sind ausnahmslos nichts anderes als Beweise dafür, daß die USA von der Position der „Stärke" aus bestrebt sind, die Spaltung durch Waffengewalt zu verstärken und die Vorbereitung auf einen neuen Krieg zu beschleunigen.

Die neuen Machenschaften zur Provokation eines Krieges der inneren und äußeren kriegstreiberischen Elemente in Korea müssen unbedingt durchkreuzt, und die Koreafrage muß auf friedlichem Weg gelöst werden.

Die USA-Imperialisten und ihre Helfershelfer sollen sich nicht einbilden, das Bestreben und der Wunsch unseres Volkes, die Gefahr eines neuen Krieges zu beseitigen, den Frieden in Korea zu erhalten und zu festigen und die Koreafrage auf friedlichem Wege zu lösen, wären ein Ausdruck der Schwäche.

Wenn die USA-Imperialisten und ihre Helfershelfer weiterhin zu neuen kriegstreiberischen Machenschaften greifen und den Willen und die Forderung unseres Volkes nach Erhaltung und Festigung des Friedens in Korea und einer friedlichen Lösung der Koreafrage ignorieren, werden sie die volle Verantwortung für alle sich daraus ergebenden Folgen zu tragen haben.

Die USA müssen ihre jetzige rücksichtslose Verstärkung der Streitkräfte und das Spiel mit dem Feuer einstellen und ihre Truppen gemäß der UNO-Resolution und ihren bereits gegebenen „offiziellen Zusagen" so bald wie möglich vollständig aus Südkorea abziehen, zusammen mit allen tödlichen Waffen einschließlich der Kernwaffen.

Außerdem müssen sie, wie wir vorgeschlagen haben, den Weg zur friedlichen Lösung der Koreafrage durch Kontakte mit der Koreanischen Demokratischen Volksrepublik suchen; sie dürfen die südkoreanischen Marionetten, die die für die Demokratisierung und die friedliche Wiedervereinigung des Landes kämpfende südkoranische Bevölkerung unterdrücken, nicht mit Waffengewalt unterstützen und zum Krieg aufhetzen.

Die reaktionären herrschenden Kreise Japans, die am gleichen Strang wie die Marionettenclique um Pak Dschong Hi ziehen und eifrig im Fahrwasser der koreafeindlichen Aggressionspolitik der USA schwimmen, müssen von ihrem Wahnsinnstraum abrücken, daß fremde Hände ihnen die Kastanien aus dem Feuer holen; sie dürfen das japanische Territorium nicht als Operations-, Etappen-und Aufmarschbasis der USA-Truppen für die Aggression gegen Korea zur Verfügung stellen.

Die Marionettenclique um Pak Dschong Hi darf nicht in rücksichtsloser Weise versuchen, mit Hilfe militärischer Abenteuer ihr Leben zu verlängern, indem sie den Gegensatz zwischen dem Süden und dem Norden verschärft.

Der Kampf für die Beseitigung der Gefahr eines neuen Krieges, für die Erhaltung und Festigung des Friedens in Korea ist ein gemeinsamer Kampf für Frieden in Asien und der übrigen Welt.

In der Welt kann nur dann Ruhe herrschen, wenn die Kriegsgefahr in Korea beseitigt ist.

Alle, die Gerechtigkeit und Frieden lieben, müssen der Entwicklung der Lage in Korea, wo die aggressiven und spalterischen Machenschaften der Imperialisten gegenwärtig ihren konzentriertesten Ausdruck in Asien finden, Beachtung schenken, sie müssen entschlossen gegen die neuen Machenschaften zur Provokation eines Krieges der kriegstreiberischen Kreise der USA und Japans und der Marionettenclique in Südkorea auftreten.

Dank seines gerechten Charakters genießt der Kampf unseres Volkes für den Frieden und die friedliche Wiedervereinigung Koreas die Unterstützung und Solidarität der friedliebenden Menschen in der ganzen Welt.

Das koreanische Volk erhält einen starken Auftrieb durch die Unterstützung und Ermutigung der Regierungen und Völker der friedliebenden Länder der ganzen Welt für seinen gerechten Kampf und ist dafür stets dankbar.

Anläßlich des Monats des gemeinsamen Kampfes gegen den USA-Imperialismus vom 25. Juni bis 17. Juli bringen die Regierung der KDVR und das ganze koreanische Volk die feste Überzeugung zum Ausdruck, daß die Regierungen der verschiedenen Länder der ganzen Welt, die Gerechtigkeit und Frieden lieben, die Organisationen für Solidarität mit dem koreanischen Volk, alle demokratischen Organisationen, die Kampforganisationen und die friedliebenden Völker der ganzen Welt in den Tagen des bevorstehenden Monats ebenso wie in der Vergangenheit die verbrecherischen Machenschaften der inneren und äußeren Kriegstreiber, die einen neuen Krieg in Korea vom Zaune zu brechen suchen, entschieden verurteilen, ihre gerechte Stimme mit der Forderung nach Abzug aller USA-Truppen und Kernwaffen aus Südkorea noch lauter erschallen lassen und die Solidaritätsbewegung zur Unterstützung des gerechten Kampfes des koreanischen Volkes für den Frieden und die selbständige friedliche Wiedervereinigung des Landes noch breiter entfalten werden.

Pjöngjang, 26. Juni 1978

(nach der englischen Übersetzung)

Bücher und Zeitschriften aus Korea



Kim Il Sung: Ausgewählte Werke, Band IV
Dieser 1978 erschienene Band enthält Werke aus den Jahren 1964 — 1967, darunter die „*Thesen zur sozialistischen Agrarfrage in unserem Lande*", den Bericht auf der Parteikonferenz der PdAK „*Die gegenwärtige Lage und die Aufgaben unserer Partei*" aus dem Jahr 1966, die Rede „*Über die Ausmerzung des Formalismus und des Bürokratismus in der Parteiarbeit und über die Revolutionierung der Funktionäre*", sowie den Artikel „*Verstärken wir den antiimperialistischen, antiamerikanischen Kampf*". (Gebunden, 710 Seiten)

Kim Il Sung: Für die selbständige friedliche Wiedervereinigung des Vaterlandes
Dieser 1978 erschienene Sammelband enthält zahlreiche Beiträge von Genossen Kim Il Sung, in denen die Linie der Partei der Arbeit Koreas und der Regierung der KDVR für die Wiedervereinigung Koreas dargelegt wird. (Gebunden, 392 Seiten)

Das sozialistische Arbeitsgesetz der Koreanischen Demokratischen Volksrepublik (Angenommen auf der 2. Tagung der VI. Legislaturperiode der Obersten Volksversammlung der KDVR am 18. April 1978 (Broschürt, 30 Seiten)

Korea Today Politisch-informative Monatszeitschrift in englischer Sprache

Alle angeführten Publikationen können über *Alois Wieser Ges.m.b.H., Vertrieb revolutionärer Literatur und Schallplatten, 1042 Wien, Postfach 13,* bezogen werden.

Minderheitenunterdrückung in den USA

Präsident Carter und seine Minister trällern beständig das Lied von den Menschenrechten. Die Prozesse gegen Schtscharansky und Ginsburg in der sozialimperialistischen SU werden von der US-Bourgeoisie weidlich ausgeschlachtet, der Fall Bakke und vieles andere kann „vergessen" werden. Es wird vertuscht, daß gerade jetzt die Minderheitenunterdrückung durch die imperialistische US-Bourgeoisie wieder anwächst.

Der vorliegende Artikel soll anhand von Beispielen die gegenwärtige Minderheitenunterdrückung und den Kampf dagegen darlegen sowie auf die Bedeutung dieses Kampfes bezüglich des heraufziehenden imperialistischen Weltkrieges eingehen. Es geht hier jedoch nicht um eine Behandlung der nationalen Frage in den USA; diese soll Gegenstand eines späteren Artikels sein.



Eine Protestdemonstration der „Antibakke-Entscheidungskoalition" in Kalifornien

Der Fall Bakke

Herr Alan Bakke, 38 Jahre alt, Weltraumingenieur, beschloß vor einigen Jahren, Medizin zu studieren. Er wurde mehr als zwölf Mal von verschiedenen Universitäten abgewiesen. Zuletzt vor fünf Jahren von der University of California at Davis (UC Davis), die bei einer jährlichen Aufnahmequote von 100 Studenten 16 Studierplätze – also 16% – für Minderheitenangehörige reserviert hatte (wobei Minderheiten mehr als 25% der Bevölkerung Kaliforniens ausmachen). Herr Bakke lief zu Gericht und beschuldigte die UC Davis der „umgekehrten Diskriminierung" (reverse discrimination), weil ein Minderheitenstudent, der bei der Aufnahmsprüfung schlechter abgeschnitten hatte als Herr Bakke, zum Medizinstudium zugelassen worden war. die Gerichte, inklusive dem Obersten Gerichtshof des Bundesstaates Kalifornien, gaben Herrn Bakke vollinhaltlich „Recht". Schließlich landete der Fall beim Obersten Gerichtshof der USA, und dieser entschied am vergangenen 29.Juni, daß UC Davis Herrn Bakke zum Medizinstudium zulassen muß (5 Richter dafür, 4 dagegen). Gleichzeitig befand das hohe Gericht jedoch, daß spezielle Bestimmungen bezüglich der Zulassung von Minderheitenstudenten (sogenannte „special admissions programs") nicht verfassungswidrig seien, sofern „Rasse" nicht das entscheidende Kriterium bei der Aufnahme von Minderheitenstudenten sei. Auch hier: 5 Richter dafür, 4 dagegen, wobei Richter Lewis Powell Jr. in beiden Fällen die ausschlaggebende Stimme war.

In Wirklichkeit ist jedoch der zweite Teil der Entscheidung des obersten Gerichtshofes nur eine Augenauswischerei und hat zudem den Zweck, die bereits seit Jahren anwachsende Bewegung gegen die diversen Pro-Bakke-Gerichtsbeschlüsse abzufangen bzw. einzulullen. Die Praxis hat bereits vor dieser Entscheidung gezeigt, worum es der US-Bourgeoisie tatsächlich geht. Denn die vorangegangenen Bescheide der kalifornischen Gerichte dienten als „legale" Grundlage dafür, um zum Beispiel

– ein spezielles Anstellungsprogramm für Frauen bei den Lockheed-Werken durch die Firmenleitung wegen „reverse discrimination" (in diesem Fall gegen Männer im allgemeinen) als „verfassungswidrig" zu erklären und daher abzuschaffen;

– die Forderung nach stärkerer Vertretung von Minderheiten in der Polizei der Autostadt Detroit (wo Minderheitenangehörige die Mehrheit der Bevölkerung ausmachen) unter Berufung auf den Fall Bakke wegen „reverse discrimination" abzulehnen,

Hingegen ist der weiße Rassismus, der insbesondere in Polizei und Armee eine wichtige Rolle spielt, durchaus nicht verfassungswidrig; denn rassistische Äußerungen sind, wie ständig von bürgerlichen Politikern, Richtern und Massenmedien eher weniger als mehr verschleiert mitgeteilt wird, Teil der verfassungsmäßig garantierten Redefreiheit. Andererseits wurden in den 50-er und 60-er Jahren soundsoviele rassistische Bestimmungen aufgehoben, weil sie „verfassungswidrig" waren, bzw. wurden Gesetze erlassen, die den Minderheiten erstmals gewisse Rechte und Möglichkeiten gaben (wenn auch in verstümmelter Form). Damals war die Bourgeoisie durch die viele Millionen starke Bürgerrechtsbewegung zu diesen Zugeständnissen gezwungen worden. Es geht also nicht um „Hinzufügungen" oder die „richtige Auslegung" der bürgerlichen Verfassung, wie uns die Revisionisten ständig weismachen wollen, sondern um das Kräfteverhältnis im Kampf zwischen unterdrückten Volksmassen und imperialistischer Bourgeoisie, die zum Schlag gegen demokratische Errungenschaften der Massen (in diesem Kontext vor allem nationale Minderheiten und Frauen) ausholt.

Der Fall Bakke ist gewissermaßen ein Versuchsballon, ein Vorfühlen der Bourgeoisie, welchen Widerstand sie bei den nächsten und umfassenderen und schärferen Angriffen gegen die Massen zu erwarten hat. Der Fall Bakke ist ein vorläufiger Sieg der Bourgeoisie.

Rassistisches Militär, rassistische Polizei, rassistische Gerichte — Stützen der imperialistischen Bourgeoisie



8.8.78: Die „Schwarze Einheitsfront" führt in New York eine Massendemonstration durch, bei der sie Carter mit der Ermordung des Aktivisten der Bewegung, Arthur Miller, konfrontiert.

Der Rassismus und der Kampf dagegen haben eine ununterbrochene Geschichte, sind untrennbarer Bestandteil der Geschichte der USA von ihrer Gründung bis heute.

Abgesehen von Diskriminierung gegen Nichtweiße in der US-Armee (Beschimpfungen, Ausspielen weißer Mannschaften gegen Minderheitenangehörige, unverhältnismäßig geringe Repräsentation unter den Offizieren), hat die US-Bourgeoisie stets Angehörige nationaler Minderheiten als besonders „billiges" Kanonenfutter betrachtet. Portorikaner und Jugendliche anderer karibischer US-„Besitzungen" waren etwa für den Indochina-Krieg „besonders als Soldaten geeignet, weil sie unter ähnlichen klimatischen Verhältnissen aufwuchsen". Für die nationalen Minderheiten gilt insgesamt – und die US-Bourgeoisie macht gar kein Hehl daraus –, daß sie in den imperialistischen Kriegen einen unverhältnismäßig hohen Blutzoll geleistet haben. Nach der Rückkehr von den imperialistischen Schlachtfeldern mußten sie aber sehen, wie sie von den den Kriegen folgenden Krisen am härtesten getroffen wurden. In ihrer Verbitterung haben sie den Ausspruch geprägt: „Wenn es ums Sterben geht, sind wir die ersten, wenn es um die Arbeit geht, die letzten."

Bereits in einem Klassenkampfartikel im Herbst 1977 ist über die Schießfreudigkeit der Polizei in den Armenvierteln der US-Großstädte berichtet worden. Dieses praktisch legalisierte Morden dauert unvermindert an. Auch wenn darunter nicht nur nationale Minderheiten zu leiden haben (z.B. wurde am 18.7.77 der 25-jährige weiße Arbeiter Bennie McQurter in Atlanta auf offener Straße von Polizisten erwürgt), so trifft der Polizeiterror doch hauptsächlich sie:

– Arturo Castillo, Gewerkschafts-Aktivist, wurde am 9.März in New York City am Arbeitsplatz verhaftet, weil er angeblich eine Aufsichtsperson attackierte.

– Bei einem Feuerüberfall der Polizei in New York City am 2.April kam Dalou Asahi (Mariano Gonzalez), Portorikaner, ums Leben und wurde Jomo Joka Omowale (Eric Thompson) schwer verwundet. Die beiden waren ehemalige Häftlinge des Attica State Prison (Bundesstaat New York) und am Aufstand gegen die unmenschlichen Gefän- Aufstand gegen die unmenschlichen Gefängniszustände im September 1971 führend beteiligt gewesen (bei der Niederwerfung des Aufstandes wurden 43 Menschen – Häftlinge und Aufseher – von Polizeitruppen abgeknallt). Bei diesem Feuerüberfall blieb aber die Polizei nicht ungeschoren: Zwei Polizisten mußten ins Gras beißen.

– Am 1.Juni wird Arthur Miller, Afro-Amerikaner, in New York City von der Polizei zunächst zusammengeschlagen, als er seinem Bruder zu Hilfe kommen will, der wegen eines angeblichen Verkehrsvergehens verhaftet werden soll. Von der Polizei verhaftet und im Polizeiwagen zur Wachstube transportiert, zeigt Arthur Miller beim „Ausladen" aus dem Polizeiwagen kein Lebenszeichen. Die Polizei bringt ihn ins Spital, wo sein „Tod durch Erwürgen" festgestellt wird. Arthur Miller, Besitzer einer kleinen Baufirma, war in einem Wohnbezirk aktiv für die Rechte der Schwarzen eingetreten, und hatte den „Fehler" begangen, den Polizisten in seinem Wohnbezirk keine „Spenden" zukommen zu lassen. – Bis jetzt wurde gegen die Mörder-Polizisten nichts unternommen.

– Im Laufe der letzten zwölf Monate wurden in Texas mehr als zehn Chicanos (US-Staatsbürger mexikanischer Abstammung im Südwesten der USA) von der Polizei ermordet. Der „prominenteste" Fall ist die Ermordung des 26-jährigen Arbeiters Joe Campos Torres in Houston am 6.5.77: Torres wurde zunächst verprügelt und dann in einem Bach ertränkt. Die Mörder-Polizisten erhielten zunächst nur eine „Sträfe" von 1 Dollar (!!). Später wurde diese „Strafe" von einem Bundesgericht in eine einjährige Gefängnisstrafe (!) umgewandelt.

Polizeistreifen patrouillieren durch Wohngebiete nationaler Minderheiten und prügeln unter meist nichtigen Vorwänden. Solche Polizisten sind fast ausnahmslos Weiße, deren Hirne vom Rassismus zerfressen sind. Folgender Fall ereignete sich in New York City: Drei schwarze Jugendliche, Brüder, spielen auf der Straße. Einer der drei ist Epileptiker und bekommt während des Spielens einen Anfall. Ein Bruder versucht ihm zu helfen. Vorbeikommende Polizisten betrachten das Ganze als Rauferei, sind gegenüber jedweder Erklärung taub, verprügelt die Jugendlichen und verhaftet sie anschließend.

Wir wollen gar nicht auf jene zahllosen Fälle eingehen, wo die Erschießung von Angehöriger nationaler Minderheiten von der Polizei damit gerechtfertigt wird, daß es sich um Einbrecher gehandelt habe, die gewissermaßen „auf der Flucht erschossen" wurden.

Fabrizierte Gerichtsverfahren

Eine besonders raffinierte Methode, Angehörige von Minderheiten als Schwerverbrecher hinzustellen und somit rassistische Vorurteile gegen Minderheiten zu schüren, sind fabrizierte Gerichtsverfahren (frame-up trials). Hier verfügt die US-Bourgeoisie über langjährige „Erfahrung". Dabei werden „Zeugen" der Anklage produziert, die das Blaue vom Himmel lügen, während Entlastungszeugen und –material der Angeklagten als „nebensächlich" oder „nicht

zum Fall beitragend" vom Gericht abgelehnt werden.

In den Sechziger- und Anfang der Siebziger Jahre war es eine besonders beliebte Methode des Staates, etwa bei Angehörigen der Black Panther Party und anderen politischen Aktivisten Hausdurchsuchungen wegen „Verdachts auf Besitz von Rauschgift" durchzuführen. Dabei wurden dann von einem Polizisten Rauschgift-Päckchen an unauffälliger Stelle „deponiert" und von einem anderen Polizisten „gefunden".

Wir wollen das rassistische Gerichtswesen der USA an einigen Fällen aufzeigen. Es geht dabei gar nicht um solche Fälle, wo etwa Afro-Amerikaner wegen des Diebstahls von zehn oder fünfzehn Dollar „lebenslänglich" erhielten: Ein solcher „Fall" ist John Harris, der 1971 in Alabama für den Raub von 11, 67, 90 und 205 Dollars sowie die Vergewaltigung einer 17-jährigen Weißen fünfmal „lebenslänglich" erhielt. Derzeit sitzt John Harris wegen eines ihm zugeschriebenen — aber nicht stichhaltig nachgewiesenen — Mordes an einem Gefängnisaufseher in der Todeszelle. Daß der Sozialimperialismus diesen Fall ausschlachtet, ist eine andere Frage, auf die wir später eingehen.

Der Fall Gary Tyler: Am 7.10.1974 wird ein Schulbus, der schwarze Jugendliche von der Mittelschule in Destrehan in Louisiana (etwa 60 km nördlich von New Orleans) nach Hause bringen soll, von einem rassistischen Mob attackiert. Ein Schuß fällt, der 14-jährige weiße Schüler Timothy Weber ist tot. Obwohl mehrere Schüler im Bus unter den Attackierenden Erwachsene mit Schußwaffen sahen, wird keiner aus dem rassistischen Mob nach Waffen untersucht oder verhört, geschweige denn, verhaftet. Man braucht einen schwarzen „Schuldigen". Gary Tyler, einer der Schüler im Bus, wird verhaftet, nachdem er gegen Grobheiten der Polizei während der Leibesvisitation der schwarzen Schüler protestiert hat. Erst am folgenden Abend wird die Anklage gegen ihn von „Behinderung der Amtsgewalt" (interfering with the law) auf „Mord" abgeändert. Während der Suche nach einer Mordwaffe am Tatort konnte eine solche nicht gefunden werden. Erst nachdem der Bus bei der Polizeistation abgestellt worden war, wird eine Pistole im leeren Bus von der Polizei „gefunden". Der Busfahrer — ein 20-jähriger ehemaliger Soldat — erklärt, daß er keinen aus dem Bus abgefeuerten Schuß gehört hatte. Die Autopsie des getöteten Timothy Weber ergibt keinen Schluß über Kaliber oder Schußwinkel. Am Abend der Verhaftung Gary Tyler's ist die Polizei bereits fieberhaft damit beschäftigt, „Zeugen" für einen Prozeß gegen Gary Tyler zu produzieren. Die schwarzen Schüler werden einzeln verhört: Natalie Blanks wurden 99 Jahre Gefängnis angedroht, falls sie nicht unterschreibt, daß sie Gary Tyler den Schuß feuern sah. Untersuchungsrichter Hymel droht, ihr Baby würde ihr weggenommen werden. — Ähnliche Drohungen werden gegen Loretta Thomas ausgesprochen. um die in Destrehan lebenden Weißen aufzuputschen, kommt David Duke vom KuKluxKlan aus Boston, wo er rassistische Demonstrationen gegen das „Busing" organisierte. Gary Tyler ist in dieser Situation des hysterischen Rassismus „schuldig", bevor es noch zum Prozeß kommt. Beim Prozeß sieht sich Gary Tyler lauter weißen Geschworenen gegenüber. Im Zeugenstand beantwortet Natalie Blanks die Fragen des Staatsanwaltes, indem sie von einem Blatt Papier liest, das vorher von den Gerichtsbehörden im Zeugenstand angebracht wurde. Gary Tyler wird zum Tode verurteilt und soll am 5.Mai 1976 hingerichtet werden. Mehr als ein Jahr nach dem Prozeß entlarvt Natalie Banks die Einschüchterungsmethoden von Polizei und Untersuchungsrichter und zieht ihre ursprüngliche Zeugenaussage zurück.


Wallace Davis wurde im heurigen Frühjahr von einem Polizisten in den Rücken geschossen; er lag danach Monate im Krankenhaus. Er berichtete den Reportern des „Call" über den Mordversuch: „Der Polizist schoß auf mich und schrie: Stirb Nigger, stirb!"

Doch erklärt Richter Ruche Marino im April 1978, daß es keinen Grund für ein neues Gerichtsverfahren gebe.

In der Zwischenzeit wächst eine Bewegung im ganzen Land zur Befreiung Gary Tylers. Das Todesurteil wird in lebenslange Haft umgewandelt; Gary Tyler befindet sich gegenwärtig im Angola State Penitentiary, Lousiana. Viermal wurde bisher sein Ansuchen um ein Wiederaufnahme des Verfahrens abgelehnt. Doch die Bewegung zur Befreiung Gary Tylers wächst Tag für Tag. Gary Tyler spricht offen von der Bedeutung der Massenbewegung, die ihm die Kraft gibt, ungebrochen im Gefängnis auszuhalten, Prügeleien durch Gefängniswärter und Morddrohungen standzuhalten. Der Kampf um die Befreiung Gary Tylers wird von den fortschrittlichen Menschen innerhalb und außerhalb der USA nicht als Kampf um die Einhaltung der bürgerlichen Gesetzgebung begriffen , sondern als Teil und einer der derzeitigen Brennpunkte des Kampfes gegen die ständigen Angriffe der US-Bourgeoisie gegen die afro-amerikanischen Massen und die nationalen Minderheiten insgesamt.

Der Fall Leonora Perez und Filipina Narciso: Daß nur der Massenkampf zum Ziel führen kann, zeigt der Fall dieser beiden Krankenschwestern philippinischer Abstammung. Im Sommer 1975 treten im Krankenhaus für ehemalige Armeeangehörige in Ann Arbor, Michigan, bei 50 Patienten mysteriöse Erstickungsanfälle auf; 12 Patienten sterben. Leonora Perez und Filipina Narciso werden angeklagt, den Patienten die Droge Pavulon verabreicht zu haben. Nach 16 Wochen Prozeß, in dem 78 Zeugen die Unschuld der Krankenschwestern nachwiesen, werden die beiden jedoch am 14.7.77 für schuldig erklärt. — Obwohl die beiden zu den ersten gehörten, die wegen der auftretenden Erstickungsanfälle Alarm schlugen, wurden sie vom FBI in Zusammenarbeit mit den Spitalsbehörden als Sündenböcke ausgewählt. Man hofft, wegen mangelnder Englischkenntnisse und durch die Drohung mit Deportation auf die Philippinen leichtes Spiel zu haben. Am 16.6.76 werden die beiden verhaftet. Nebensache, daß Perez im vierten Monat schwanger ist. Nach massivem Protest werden die beiden am 30.6.76 gegen Kaution freigelassen. Anfang 1977 gesteht die Oberschwester Betty Jakaus, kurz bevor sie Selbstmord begeht, daß sie es war, die die Vergiftung der Patienten verschuldetet, und beteuerte die Unschuld der philippinischen Krankenschwestern. Beim Prozeß selbst wird dieses Geständnis von der Anklage als „unwesentlich" abgelehnt. — Die Bewegung gegen das Gerichtsurteil wächst an. Selbst einer der 50 betroffenen Patienten nimmt daran teil: „Sie waren es, die mir das Leben gerettet haben", erklärt er. Am 1.2.78 erklärt ein Bundesgericht den Fall für null und nichtig. Es muß zugeben, daß das Gericht die Schuld der beiden nicht nachweisen konnte, und erklärt in verschleierter Form, daß es die Massenbewegung für Leonora Perez und Filipina Narciso war, die die Aufrechterhaltung des Urteils für die Bundesbehörden unmöglich macht.

Ein weiterer Fall ist der der „Wilmington Ten" — 9 Schwarze, eine Weiße — in North Carolina, die wegen Brandstiftung angeklagt und verurteilt wurden, obwohl einige der Angeklagten zum Zeitpunkt des Brandes nachweisbar nicht in Wilmington waren. Als der Hauptzeuge der Anklage einige Zeit nach der Verurteilung erklärt, daß er von der Polizei zur falschen Zeugenaussage gezwungen worden wa r, wird das Ausmaß der Strafe zwar gemildert, das Gerichtsverfahren vom Gouverneur jedoch „in Ordnung" befunden. Alle zehn Angeklagten waren an der Bürgerrechtsbewegung aktiv beteiligt gewesen.

Auch im Fall der „Dawson Five" in Georgia (Anklage wegen Mordes an einem Geschäftsbesitzer) werden Zeugenaussagen durch verschiedene Drohungen (bis zur Morddrohung) erzwungen, doch bricht der Fall für die Anklage zusammen, nachdem sich der Richter gezwungen sieht, das „Geständnis" von Roosevelt Watson (einem der fünf Angeklagten) für ungültig zu erklären.

Gegenwärtig besteht buchstäblich Lebensgefahr für die Afro-Amerikanerin Joanne Little. Vor kurzem wurde sie vom Bundesstaat New York nach North Carolina ausgeliefert, von wo sie aus dem Gefängnis ausgebrochen war. sie hatte 1975 einen weißen Gefängniswärter in Selbstverteidigung getötet, als er sie zu vergewaltigen versuchte. Wegen des landesweiten Aufsehens, den der Fall erregte, mußte sie von der Mordanklage freigesprochen werden. Bei einer Demonstration gegen ihre Auslieferung erklärte sie, daß diese ihren „sicheren Tod bedeuten würde, weil die Gefängnis- und Staatsbeamten in North Carolina erst dann befriedigt sen werden, wenn sie mich für immer zum Schweigen gebracht haben. Solange ich lebe, werde ich ein Symbol des Kampfes gegen sie sein, und das ist es, was sie nicht ertragen können." (The Call, 3.4.78)

Und im Gefängnis kann der Rassismus erst recht „blühen". In obigen Fällen wurde dies bereits angedeutet. Von Gefängniswärtern werden „Sportveranstaltungen" organisiert, bei denen weiße Mannschaften gegen schwarze Mannschaften aufgehetzt werden. Bei der Transferierung von einem Zellenblock in einen anderen werden Gefangene zunächst halb bewußtlos geprügelt, um sie dann „problemlos" in die neuen Zellen schleifen zu können. George Jackson, einer der „Soledad Brothers", sagte im Herbst 1971 seine Ermordung voraus. Zwei Wochen nach seiner Voraussage wurde er „auf der Flucht erschossen".

Der Widerstand der nationalen Minderheiten wächst

Am 6. und 7.Mai dieses Jahres kam es in Houston, Texas, zu einem Zusammenstoß zwischen Polizei und etwa 1500 Chicanos (Mexikaner), Afro-Amerikanern, Portorikanern und anderen: Die Ermordung Joe Campos Torres' vor einem Jahr sowie neun anderer Chicanos innerhalb der letzten zwölf Monate und der darauffolgende Kampf zur Bestrafung der Mörder-Polizisten sowie die Verhöhnung der Massen durch lächerliche Gerichtsurteile (siehe oben) waren ein zentrales Thema bei einer Veranstaltung im Moody Park, in der der 5. Mai — ein traditioneller mexikanischer Feiertag — gefeiert wurde. Am Vorabend der Veranstaltung wurde ein Gedenk-Gottesdienst für die zehn innerhalb eines Jahres von der Polizei ermordeten Chicanos abgehalten. Als während der Veranstaltung im Moody-Park die Polizei wegen einer Kleinigkeit mit Gummiknüppeln einschritt, gelangte die aufgestaute Wut der Chicanos zur Explosion: Mit Steinen und Flaschen wurden zwei Angriffswellen der Polizei zurückgeworfen, zwei Polizeiwagen in Brand gesetzt. Als die Polizei Verstärkung herbeischaffte und die Chicanos zu umzingeln versuchte, zogen diese aus dem Park ab und setzten die Straßenschlacht in den Straßenzügen des Barrio (Elendsviertel der Chicanos) fort. Unterstützung für die Chicanos kam von Afro-Amerikanern, Portorikanern und Weißen, sodaß der Polizei schließlich mehr als 1500 Kämpfende gegenüberstanden. — Am nächsten Tag kam es zu einer neuerlichen Auseinandersetzung zwischen 200 Chicano-Jugendlichen und der Polizei beim Irvington Housing Project (einer Art Kommunalbau für arme Familien).

Insgesamt wurden an die 50 Personen verhaftet, einige von ihnen Stunden nach der Straßenschlacht um 4 Uhr früh aus dem Bett geholt.

Auch die Indianer sind im Kampf gegen die anwachsende Unterdrückung der Minderheiten durch die imperialistische Bourgeoisie aufgestanden. Vor kurzem ging die am 11.2. in Sacramento (Hauptstadt Kaliforniens) von 300 Indianern begonnene „längste Wanderung" in Washington zuende. Tausende Indianer nahmen an den Schlußveranstaltungen teil. Wie in einem Flugblatt mitgeteilt wurde, ging es bei dieser Wanderung um einen „Protest gegen Gesetzesvorlagen, die jetzt im US-Kongreß debattiert werden, und die

— alle Verträge mit indianischen Nationen abschaffen würden,

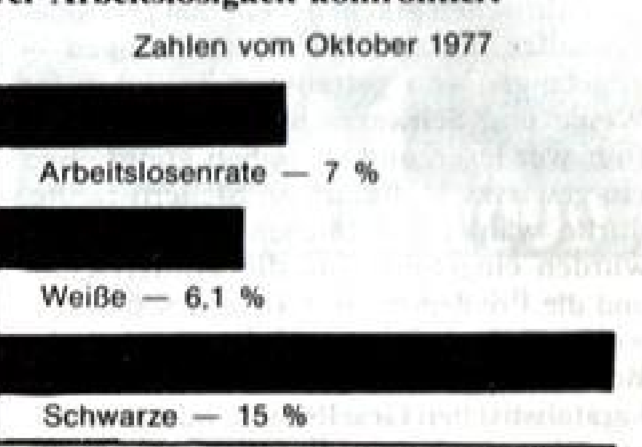
— der Selbstverwaltung in indianischen Reservaten ein Ende setzen würden,

— (vertraglich garantierten) Fisch- und Jagd-Rechten für Indianer ein Ende setzen würden."

(Bemerkung: In Reservaten lebende Indianer sind nicht US-Staatsbürger und zahlen keine Steuern; ihre Lebensbedingungen sind dort jedoch meist verheerend.)

Schwarze Jugendliche sind mit höherer Arbeitslosigkeit konfrontiert





Die schwere Krise des US-Kapitalismus führte in jeder Hinsicht zu einer besonderen Verschärfung des Elends und der Unterdrückung der Afroamerikaner und der anderen nationalen Minderheiten. Die beiden Graphiken zeigen, daß die Arbeitslosigkeit unter ihnen mehr als doppelt so hoch ist wie unter der weißen Bevölkerung. Die Jugendarbeitslosigkeit beträgt sogar fast 40%.

Neben diesem Protest laufen seit Jahren Gerichtsprozesse, in denen die Indianer die Rückgabe von Land fordern, das ihnen im Laufe der Jahre von der US-Bourgeoisie unter Verletzung bestehender Verträge weggenommen wurde. Der derzeitige Vorstoß der US-Imperialismus gegen die Indianer dient nicht nur dem Zweck, diese Minderheiten der direkteren politischen Kontrolle durch den bürgerlichen Staat zu unterwerfen, sondern hat auch unmittelbare ökonomische Ziele. Denn in vielen Reservaten wurden gewaltige Erdöl- und verschiedene Mineral-Vorkommen (Uran, Kohle, u.a.) entdeckt, die gerade für die Kriegsvorbereitungen des US-Imperialismus von großer Bedeutung sind.

Der Fall Bakke ist mit dem Urteil des Obersten Gerichtshofes der USA keineswegs abgeschlossen. Bereits in den vergangenen Jahren gab es immer wieder — oft Tausende Teilnehmer zählende — Demonstrationen gegen die Beschlüsse der kalifornischen Gerichte. Zuletzt kam es am 15. April zu einer Demonstration in Washington an der 15 000 teilnahmen. Bei diesen Demonstrationen ging es auch darum, auf die umfassende Bedeutung des Falles Bakke für die Minderheiten und die Massen insgesamt hinzuweisen. Gleich nach dem Urteil des Obersten Gerichtshofes kam es in mehreren Großstädten zu Demonstrationen, die zur Fortsetzung des Kampfes gegen diesen Angriff der Bourgeoisie aufriefen.

Insgesamt läßt sich sagen, daß der Widerstand gegen die Angriffe der Bourgeoisie auf die Rechte der Minderheiten zunimmt. Er umfaßt Angehörige aller Minderheiten und eine beträchtliche Anzahl fortschrittlicher Weißer. Er ist qualitativ verschieden von der Bürgerrechtsbewegung der 50er- und 60-er Jahre. Während es damals hauptsächlich um „gewaltlosen Widerstand" ging, hat sich heute bereits vielfach die Einsicht durchgesetzt, daß nur der entschlossene Kampf der Massen unter Verwendung aller notwendigen Mittel zum Erfolg führen kann; daß man nicht auf irgendwelche liberalen bürgerlichen Politiker bauen darf, sondern Vertrauen in die eigene Kraft haben muß. Zu dieser qualitativen Veränderung des Kampfes um die Rechte der Minderheiten hat auch die erstarkende (wenn

auch noch zahlenmäßig relativ schwache) marxistisch-leninistische Bewegung beigetragen. An dieser qualitativen Veränderung ändert auch die Tatsache nichts, daß etwa unter den Afro-Amerikanern kleinbürgerliche Kräfte um Jesse Jackson noch tonangebend sind, die der Demokratischen und Republikanischen Partei mit der „schwarzen Stimme bei den Präsidentschaftswahlen" drohen, falls die eine oder andere Partei Wahlversprechen nicht einhält.

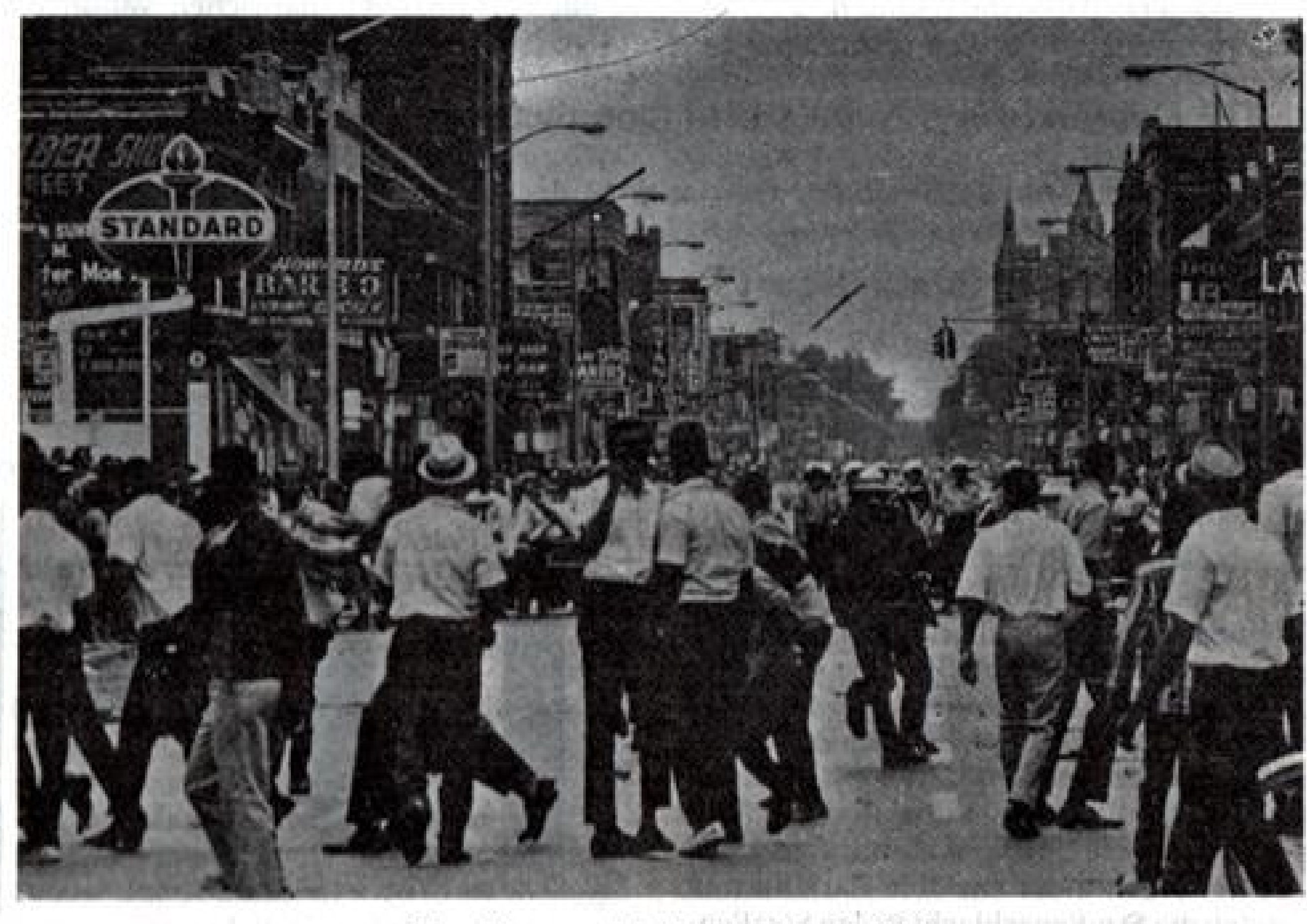
Daß sich die Bourgeoisie bewußt ist, welche Kraft der Kampf der Minderheiten darstellt, zeigt sich besonders im Fall Portoricos. Diese karibische Insel ist praktisch eine Kolonie des US-Imperialismus. Der Widerstand gegen die nationale Unterdrückung hat bereits ein solches Ausmaß angenommen, daß die US-Bourgeoisie ernsthaft die Absicht hat, Portorico zum 51. Bundesstaat der USA zu machen. Dadurch soll versucht werden, der Unabhängigkeitsbewegung in Portorico weitere „legale" Fesseln aufzuzwingen. Derzeit fließen wegen der billigeren Arbeitskräfte Investitionen nach Portorico, wodurch die ökonomische Kontrolle Portoricos durch den US-Imperialismus verschärft wird.

Die historische Entwicklung des Kampfes um die Rechte der nationalen Minderheiten

Im folgenden soll hauptsächlich auf die Entwicklung des Kampfs der Afro-Amerikaner gegen Rassismus und nationale Unterdrückung eingegangen werden. Die Afro-Amerikaner stellen ca. 10% der Gesamtbevölkerung der USA dar und sind die zahlenmäßig stärkste Minderheit.

Die Sklavenhaltergesellschaft der Südstaaten der USA wurde erst durch den Bürgerkrieg zwischen Nord- und Südstaaten (1861 – 65) zertrümmert.

Nachdem die Bourgeoisie des Nordens ihren ökonomischen Einfluß im Süden gesichert hatte, setzte sie 1877 durch das Hayes-Tilden-Abkommen und den darauffolgenden Abzug der Truppen der Nordstaaten der demokratischen Entwicklung der dem Bürgerkrieg folgenden Rekonstruktions-Periode ein Ende: Das Bündnis der Ex-Sklaven und armen Weißen, unterstützt von radikalen Demokraten und Marxisten im Norden, war für die Bourgeoisie des Nordens eine größere Gefahr als die Wiederherstellung der politischen Macht der ehemaligen Sklavenhalter. Rassistische Bestimmungen – angefangen von getrennten Toiletten für Weiße und Schwarze bis zum Wahlrecht (nur wer lesen und schreiben konnte und ein gewisses Minimum an Steuern zahlte, durfte wählen) – blieben aufrecht bzw. wurden eingeführt, um die Vorherrschaft und die Privilegien einer kleinen Schicht weißer Bourgeoisie zu sichern. Rassistische Bestimmungen drangen in alle Poren der kapitalistischen Gesellschaft, inklusive solche Gewerkschaften, die unter der Führung von Klassenkollaborateuren standen. Diese Bestimmungen blieben bis in die Fünfziger-Jahre aufrecht. Zwar hatten sich die schwarzen Massen niemals mit diesen Bestimmungen abgefunden; zwar war der damals revolutionären Kommunistischen Partei der USA in den Zwanziger- und Dreißiger-Jahren stellenweise die Errichtung der multinationalen Einheit gelungen (etwa in der Hafenarbeiter-Gewerkschaft der Golfküste oder bei der Organisierung von Pachtbauern – den „Sharecroppers"), doch war diese Periode zu kurz, der Wirkungsbereich der KPUSA nicht umfassend genug, um dauernde Erfolge gegen weißen Chauvinismus und Rassismus zu erzielen. Als die Bürgerrechtsbewegung der Afro-Amerikaner in den Fünfziger- und Sechziger-Jahren buchstäblich Millionenmassen der Schwarzen im Süden und Norden erfaßte und von anderen Minderheitenangehörigen und fortschrittlichen Weißen aktiv unterstützt wurde, da gab es keine revolutionäre Partei, die diesem demokratischen Massenkampf eine revolutionäre Perspektive hätte geben können. Einzelne Führer der Afro-Amerikaner erkannten in diesem Kampf den Zusammenhang von Imperialismus und nationaler Unterdrückung. Als sie aber diesen als Ursache der nationalen Unterdrückung erkannten und in Frage stellten, da hörte sich das demokratische Spiel für die Bourgeoisie auf. Zu groß war für sie die Gefahr, daß der entschlossene demokratische Kampf der Minderheiten in einen revolutionären Kampf der werktätigen Massen gegen die Bourgeoisie umschlagen könnte – zumal gegen Ende der Sechziger-Jahre der Widerstand gegen den Vietnamkrieg bereits über die Minderheiten, die den relativ höchsten Blutzoll zu leisten hatten, und die anti-imperialistische Studentenbewegung hinausging.



Eine Massenschlacht in Detroit 1968

Nachdem Martin Luther King sich offen gegen den Vietnamkrieg ausgesprochen hatte, wurde er 1968 in Memphis, Tennessee, wohin er zur Unterstützung streikender Kommunalarbeiter gekommen war, erschossen. 1969 wurde der 21-jährige Fred Hampton, einer der damals am weitesten sehenden Führer der damals ansatzweisen revolutionären Black Panther Party, in seiner Wohnung in Chicago bei einem Feuerüberfall von der Polizei ermordet. Der den Überfall leitende Polizeichef Chicagos ging frei.

Der bekannte Führer der Rassenbewegung Malcolm X war schon früher ermordet worden.

Obwohl der demokratische Kampf der Afro-Amerikaner und der anderen Minderheiten damals ohne revolutionäre Führung war, konnten wichtige demokratische Forderungen durchgesetzt werden. Neben der Erkämpfung des Wahlrechts wurde der Diskriminierung im öffentlichen Transport ein Ende gesetzt (bis dahin mußten in den Bussen die Schwarzen hinter den Weißen Platz nehmen); gesetzliche Bestimmungen gegen Rassendiskriminierung beim Hauskauf und bei der Wohnungsmiete, bei der Benützung von Restaurants und Hotels, von Bädern und Badestränden wurden erlassen. Besonders wichtig war und ist der Kampf gegen Diskriminierung im Erziehungswesen und am Arbeitsmarkt. Und gerade hier ist es, wo heute die US-Bourgeoisie hauptsächlich die Hebel ansetzt, um das Gift des Rassismus zu verspritzen, die Massen zu spalten und gegeneinander aufzuhetzen. Dabei stützt sie sich teilweise auf ultra-rechte Gruppierungen wie den Ku Klux Klan (entstanden in der Rekonstruktions-Periode als Terrorinstrument der Ex-Sklavenhalter) und verschiedene Nazi-Organisationen.

Nachdem in den Fünfziger- und Sechziger-Jahren Gesetze gegen Rassendiskriminierung im Bildungswesen und bei der Bewerbung um Arbeitsplätze erlassen worden waren, wurden vom bürgerlichen Staat auch Bestimmungen wie das „Busing" und bezüglich der Reservierung gewisser Prozentzahlen von Studien- und Arbeitsplätzen für Minderheiten angehörende Studenten und Werktätige erlassen. Diese Bestimmungen waren und sind nichts anderes als administrative Maßnahmen des bürgerlichen Staates, die formal gegen Rassismus gerichtet sind, in der Praxis jedoch gerade wegen ihres administrativen und zwanghaften Charakters häufig den offenen Ausbruch rassistischer Gefühle und Aktionen hervorrufen. Wer jahrzehntelang die Hirne der weißen Massen mit Rassenhaß praktisch ungehindert benebeln konnte, hat schließlich ein relativ leichtes Spiel, durch administrative Maßnahmen von oben Weiße gegen Minderheiten in Bewegung zu setzen. Und Busing wird auch durchgeführt, wo es Minderheitengruppen aus verschiedenen Gründen nicht wollen. Die Haltung der Genossen der CP(M-L) in dieser Frage ist konsequent: Wo die Minderheiten die Schulen integriert sehen wollen, dort tritt die CP(M-L) für das Busing ein; wo die Minderheiten ihre Kinder nicht in weiße Schulen senden wollen, tritt sie gegen das Busing auf. Diese Haltung ist keineswegs opportunistisch, sondern geht davon aus, daß in verschiedenen Situationen verschiedene Widersprüche im Vordergrund stehen: Im ersten Fall geht es um die Durchsetzung eines demokratischen Rechts (Bildungsgleichheit) gegen den Rassismus, im zweiten Fall ist der Widerstand gegen Zwangsmaßnahmen des bürgerlichen Staates die Hauptfrage.

An den Universitäten wurden „special admission programs" eingerichtet, die es Studenten aus Minderheiten (aber auch Kindern armer weißer Familien) ermöglichen sollte, ein Hochschulstudium zu absolvieren; spezielle Berufsschul-Programme für Minderheiten-Jugendliche sollten helfen, die Anzahl nicht-weißer Facharbeiter zu steigern. In den letzten Jahren sind jedoch die finanziellen Mittel für solche Programme drastisch gekürzt worden.

Der Kampf um die Rechte der Minderheiten und die Kriegsvorbereitungen der US-Bourgeoisie

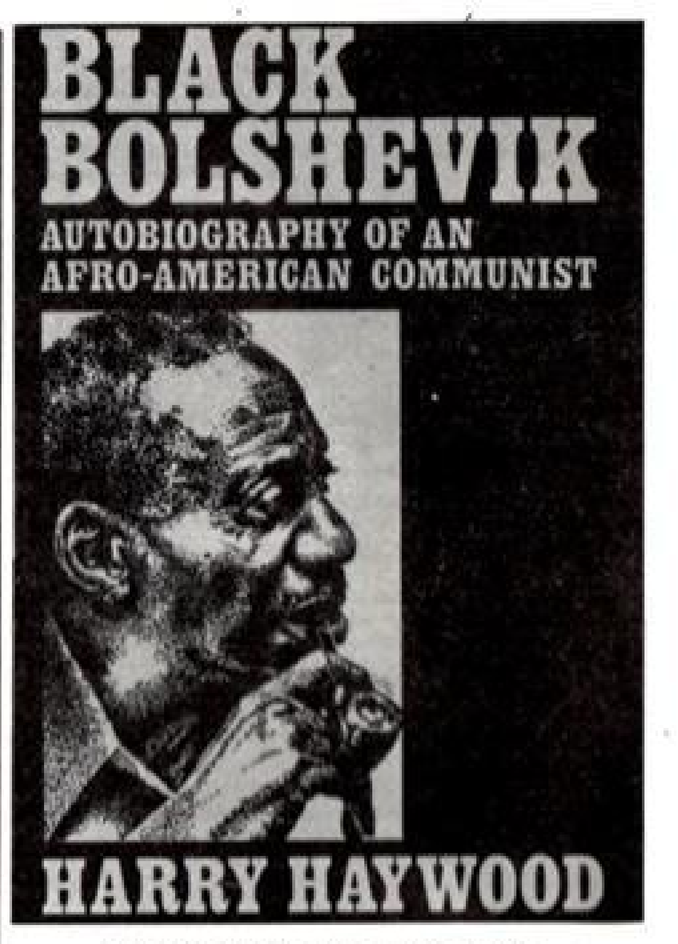
Gerade in der derzeitigen Krise zeigt sich, daß die dem bürgerlichen Staat abgerungenen Rechte nur in verstümmelter Form zum Ausdruck kommen. Die Auswirkungen der Krise wirken wie ein doppelter Peitschenhieb auf den Rücken der werktätigen Massen der Minderheiten. Das zeigt sich am deutlichsten in der Arbeitslosenstatistik: Unter den Minderheiten ist die Arbeitslosigkeit prozentuell mehr als doppelt so hoch als in den USA insgesamt; offiziell sind 14,5% Schwarze arbeitslos. Besonders arg ist die Jugendarbeitslosigkeit, die in manchen Großstädten bei den Minderheiten-

Der Fall Bakke ist ein Musterbeispiel der Legalisierung verschärfter Unterdrückung der Minderheiten. Er geht Hand in Hand mit einer Reihe anderer Maßnahmen, die direkt gegen das amerikanische Volk gerichtet und von denen besonders die Minderheiten betroffen sind. Die Gesetzesvorlage Nr. 13 in Kalifornien, eingebracht, um „die Steuern zu senken", hat bereits zu Entlassungen und der Verschlechterung öffentlicher Dienstleistungen geführt und Mietenerhöhungen bewirkt (obwohl gerade die Hausherren von ihr profitieren). Finanzielle Mittel zur Bezahlung von Abtreibungen wurden drastisch gekürzt, wovon arme Familien besonders betroffen sind. Die Bourgeoisie verlangt von den Werktätigen, das Streikrecht aufzugeben und unter der Inflationsrate liegende Gehaltserhöhungen hinzunehmen, um „die Inflation zu bekämpfen". Das Justizministerium bescheinigt den Nazis ihre „demokratischen Rechte", und 1.400 Polizisten beschützen eine Handvoll Nazis von Tausenden Gegendemonstranten in Chicago.

All diese Maßnahmen müssen im Zusammenhang mit der gegenwärtigen Weltwirtschaftskrise und den Kriegsvorbereitungen der Supermächte gesehen werden. Um sich für den heraufziehenden Dritten Weltkrieg zu rüsten, müssen diese imperialistischen Oberherren zunächst im eigenen Land die Situation möglichst gut unter Kontrolle haben; und das heißt: Angriff gegen die Massen auf allen Linien. Gleichzeitig wollen sie vor der Welt als Friedensengel und „Verfechter der Menschenrechte" auftreten: Die US-Bourgeoisie wirft dem Sozialimperialismus Verletzung der Rechte von Minderheiten (vor allem Juden) vor, der Sozialimperialismus will sich für die Afro-Amerikaner „einsetzen", und nimmt den Fall John Harris als Musterbeispiel für die Minderheitenunterdrückung in den USA. Da haben die beiden Hauptkriegstreiber allerdings recht: Sowohl in den USA als auch in der UdSSR werden Minderheiten unterdrückt. Indem sie einander den Spiegel vor die Nase halten, sprechen sie die Wahrheit aus. Allerdings nur die halbe Wahrheit: Von Minderheitenunterdrückung im eigenen Land wird nicht gesprochen.

Ist die „Sorge um die Menschenrechte" eine ideologische Waffe der US-Bourgeoisie gegen den Sozialimperialismus, so sind Chauvinismus und Rassismus eine ihrer ideologischen Waffen gegen das amerikanische Volk; eine tödliche Waffe, wie die Geschichte oft gezeigt hat. Rassismus und Chauvinismus dienen der Einschüchterung und Spaltung der Massen, sollen von den wahren Verhältnissen und deren Ursachen ablenken. Sie waren seit jeher wesentliche Waffen in der ideologischen Waffenkammer der Bourgeoisie. Zugegeben, der Rassismus ist nicht von der Bourgeoisie erfunden worden, aber er wurde von ihr bis zur Perfektion entwickelt und verfeinert.

Den Marxisten-Leninisten in den USA ist völlig klar, welche Bedeutung der Kampf gegen die Minderheitenunterdrückung, gegen Chauvinismus und Rassismus gerade angesichts der Kriegsvorbereitungen des US-Imperialismus hat. Gelingt nämlich der US-Bourgeoisie in verstärktem Maß die ideologische Vergiftung der Massen durch Chauvinismus und Rassismus, wird der Blutzoll der Massen auf den imperialistischen Schlachtfeldern umso höher sein. Je stärker diesem Angriff der Bourgeoisie durch die Praxis der ökonomischen und politischen Kämpfe, durch Aufklärung und Erziehung Widerstand geleistet und dieser Angriff abgeschlagen werden kann, umso stärker wird die multinationale Einheit der Massen auf revolutionärer Grundlage hergestellt werden können. Dadurch wird der Kampf gegen den US-Imperialismus umfassender geführt werden können, wird die Arbeiterklasse der USA und ihre Partei als Führerin der Massen den USA umso eher befähigt werden, den imperialistischen Krieg in den revolutionären Krieg zum Sturz des Kapitalismus in den USA zu verwandeln.



„Der schwarze Bolschewik" – eine Selbstbiographie eines eines afroamerikanisches Kommunisten

Der Autor dieses Buches ist Harry Haywood, ein alter Kommunist, Afroamerikaner und Kämpfer gegen die Unterdrückung der Schwarzen und gegen den weißen Chauvinismus. Er trat bereits frühzeitig in die Kommunistische Partei der USA ein und organisierte 1930 in ihrem Auftrag die Gründung einer neuen Organisation „Bundes für den Kampf um die Rechte der Schwarzen". Dies war die Folge einer richtigen Bestimmung der Aufgaben der KP USA hinsichtlich der Frage der Afroamerikaner, sodaß 1930 mit der korrekten Arbeit begonnen werden konnte. Die neue Organisation hielt fest, daß der Kampf der Schwarzen in den USA ein Kampf einer unterdrückten Nation gegen den US-Imperialismus sei.

Harry Haywood kämpfte sein Leben lang für die sozialistische Revolution und für die Einheit aller Arbeiter der USA, aller unterdrückten Nationen und Klassen. Heute arbeitet er in der neuen kommunistischen, marxistisch-leninistischen Partei der USA.